

von ihrer Seite aufgebaut hat. Ich glaube, es ist im Interesse der Menschen letzten Endes; von den Menschen wurde in der heutigen Diskussion noch sehr wenig geredet, es wurde sehr abstrakt gesprochen. Wir wollen uns an die Menschen wenden, denen wir mit der Ausstellung etwas geben wollen, und zweitens wollen wir zugleich durch die Entwicklung des Tourismus in der Region Arbeit schaffen für Menschen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Darüber wurde heute überhaupt nicht geredet von den Kritikern! Und das gelingt uns auch mit den Landesausstellungen.

So werden wir weiter fortfahren, und das gilt auch für andere Inhalte, das gilt für den „steirischen herbst“, über den heute besonders gut der Herr Abgeordnete DDr. Steiner berichtet hat. Der „steirische herbst“ war ja auch immer ein Magnet für den Fremdenverkehr, für einen Medientourismus – nicht für Massen, aber für viele Journalisten. Wir haben heuer über 200 Journalisten aus Österreich und aus Europa bei uns gehabt. Das bringt dieser Stadt Graz etwas, und das bringt diesem Land Steiermark etwas. Wir werden uns freuen, wenn sich die Stadt Graz beim „steirischen herbst“ stärker engagiert, heuer ist sie einmal über eine Million beim Programmbudget hinaufgestiegen; wir sind bei über 8 Millionen, das Verhältnis ist immer noch acht zu eins zwischen Land und Stadt, obwohl die Stadt ganz besonders davon profitiert. Wir werden uns erfreuen, wenn diese Summen in Zukunft erhöht werden und wenn wir dadurch dem „steirischen herbst“ mehr Mittel zuführen können. Das Land steht zum „steirischen herbst“, und wir haben auch in diesem Budget des Jahres 1990 die Mittel deswegen erhöht. Ich möchte danken an dieser Stelle dem scheidenden Intendanten Dr. Peter Vujica, er hat sieben Jahre lang den „steirischen herbst“ geleitet, er hat sich auf eigenen Wunsch verabschiedet, er hat viel Herzblut in diesen „steirischen herbst“ hineingelegt, hat gute Programme erarbeitet und hat sehr hohes Lob im In- und Ausland damit eingeheimst – nicht für sich, am wenigsten für sich, sondern für uns, meine Damen und Herren, für die Stadt Graz, als Hauptschauplatz des „steirischen herbstes“, und für die Steiermark. Wir sollten ihm dafür sehr danken. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte auch dem jungen Programmleiter der Styriarte Christopher Widauer danken, der in kürzester Zeit dieses Festival in die Hand genommen und gebracht hat und der mit seiner sehr unkomplizierten Art wirklich auf sehr sympathische Weise diese Styriarte weiterentwickelt. Ein wirklich talentierter junger Mensch, der auch dafür sorgt, daß dieses Festival ein ganz junges Festival ist. Da gibt es sicherlich manche Leute, die glauben, das ist irgend etwas für die Renommierten und Etablierten, das ist überhaupt nicht der Fall. Das können nur Leute sagen, die nie dort gewesen sind, die sich das nie angeschaut haben, was dort junge Künstler, dieses Chamber Orchestra of Europe zum Beispiel, ein bestechendes, in der Qualität hervorragendes ganz junges Orchester, leistet vor einem zum großen Teil oft sehr jungen Publikum, ist äußerst beeindruckend und ist ein gutes Zeichen auch für die weitere Entwicklung der Styriarte.

Ich nehme sehr ernst die Aufforderung des Kollegen Ussar, der über das Angebot der Vereinigten Bühnen,

betreffend die Abstecher, hier gesprochen hat. Der Sache muß man nachgehen, ich höre das zum ersten Mal so in dieser Form. Wir haben immer wiederum im Theaterausschuß größten Wert darauf gelegt, daß die Abstecherangebote der Vereinigten Bühnen voll da sind für die steirischen Bezirke, wenn ich wir sage, meine ich die Landespolitiker, weil wir eben den größeren Anteil zu diesen Vereinigten Bühnen zuschießen. Das ist daher eine Verpflichtung, daß wir für die Menschen in den Bezirken draußen auch die Stimme erheben. Wir werden das auch vorbringen. Es ist sicherlich so, daß man Schauspiel und kleineres Singspiel leichter anbieten kann. Die Oper hat natürlich solche Gesetze und solche Maschinerien, daß sie kaum mehr beweglich ist heutzutage. Das ist ein Problem, das stimmt, aber man muß darüber reden, und ich bin sehr gerne bereit, der Sache nachzugehen. Ansonsten sind ja die Entwicklungen im Theater im Hinblick auf die neue Theaterführung, die mit Herbst 1990 beginnt, sehr vielversprechend, ohne daß man deswegen vergißt, daß der Ausklang im Jahre 1990 auch noch bedeutend sein wird. Meine Damen und Herren! Es wird immerhin der komplette Ring von Richard Wagner aus dem Grazer Opernhaus vom ORF voll übers Fernsehen eins zu eins übernommen werden. Das ist eine Großtat des Hauses der Vereinigten Bühnen in Graz, und es ist auch eine ausgezeichnete Partnerschaft mit dem ORF. Ein Zeichen dafür, daß in diesem Haus und in diesen Häusern große Arbeit geleistet wird.

Was das Joanneum betrifft, möchte ich in erster Linie einmal danken. Es wird über dieses Haus erfreulicherweise auch gesprochen. Es werden endlich mehr Landesfinanzen zur Verfügung stehen. Konzepte gibt es längst, wie man weiß, der Herr Dr. Ficzek kennt sie noch nicht, wir werden sie ihm gerne mitteilen, er braucht viel Papier, und er soll dieses Papier auch bekommen. Aber zuerst muß man einmal sagen, man muß diesen Menschen danken, die in diesem Hause und diesen Häusern arbeiten. Das Joanneum besteht aus 16 Abteilungen. Da sind rund 200 Männer und Frauen, die dort arbeiten, und bis zum Oktober dieses Jahres haben sie seit dem 1. Jänner 1977 wiederum eine Erhöhung des Besucherstromes um 6,5 Prozent erlebt und erarbeitet. Wir stehen zwischen dem 1. Jänner 1989 und dem 30. Oktober dieses Jahres bei 677.000 Eintritten im Joanneum. Das sind zum Teil Doppeleintritte, weil es in manchen Häusern zwei Ausstellungen gibt. Aber auf die Personen gerechnet liegen wir zwischen 300.000 und 400.000 Besuchern in den Abteilungen des Joanneums. Das heißt, das ist ein Haus, das voll floriert und das sich sehr öffnet und das über eine Jugendbetreuung über seine Jugendabteilung eine Unzahl von Besuchern anlockt, die hoffentlich auch Kundschaften für die spätere Zeit bleiben. Wenn es gelingt, hier gewisse Beweglichkeiten in Zukunft zu schaffen, dann kann das nur ein Fortschritt sein. Weil natürlich die öffentliche Hand für ein Museum nicht der ideale Träger ist, wenn Mobilität gefragt ist. Sowohl in der Personalpolitik als auch in der Finanzpolitik hat ein Land zu strenge, zu enge Spielregeln, als daß ein so großer Betrieb wie ein Museum auf die Dauer wirklich gut damit reüssieren kann. Das ist der Grund, weswegen man im letzten Jahr für die Bundesmuseen in Wien die sogenannte Teilrechtsfähigkeit eingeführt hat, die ihnen also eine

Teilautonomie garantiert, und so etwas werden wir anstreben, und so etwas wird uns in Graz und in der Steiermark hoffentlich auch gelingen.

Ich möchte am Schluß, meine Damen und Herren, eine Gratulation sagen und einen Dank. Eine Gratulation einer Einrichtung, die im nächsten Jahr, im Jahr 1990, 175 Jahre alt sein wird. Es handelt sich um den Musikverein für Steiermark. Eine ganz frühe Gründung. Begründet im Jahre 1815. In dem Jahr, in dem Napoleon sein Waterloo erlitten hat. In einem Jahr, in dem Erzherzog Johann knapp über 30 Jahre alt war. Er war auch der erste Protektor dieses Vereins. Damals haben sich Männer und Frauen in Graz zusammengesetzt und gesagt, machen wir etwas für die Musik, machen wir musikalische Veranstaltungen, sorgen wir für Musikunterricht, und so hat dieser Verein zu arbeiten begonnen. Das Konservatorium in Graz ist ein Kind des Musikvereins. Das wird oft übersehen und gar nicht mehr gewußt. Die Hochschule, die aus dem Konservatorium entstanden ist, ist damit auch indirekt ein Kind des Musikvereins für Steiermark. Er wird seine 175 Jahre im nächsten Jahr erleben. Wir können ihm dazu sehr gratulieren und für viele großartige Leistungen in Geschichte und in Gegenwart danken. Stellvertretend nenne ich den jetzigen Präsidenten Dr. Grieb und seine Generalsekretärin Frau Dr. Erika Kaufmann, die in hervorragender Weise seit über einem Jahrzehnt Programm machen und für die das Jahr 1990 hoffentlich ein gutes Jahr werden wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Zuletzt ein Dank, der gebührt einem Mann, der mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand tritt, ohne deswegen seine Unruhe aufzugeben. Er wird uns weiterhin, zumindest indirekt, sehr dienen. Er hat ein großes Werk in der Steiermark aufgebaut, ein Werk, das jedes Jahr rund 100.000 Menschen anzieht, aus dem eigenen Land, aus Österreich und aus dem Ausland, und das ein österreichisches Werk ist. Es handelt sich um das Österreichische Freilichtmuseum in Stübing, das auf seine Weise zeigt, wie über die Geschichte hinweg, und da gehe ich mit dem Herrn Dr. Ficzkó auch sehr konform, der Mensch gelebt, gearbeitet, sich gefreut und gelitten hat. Denn das steckt im Hintergrund eines solchen Museums, von dem man annehmen könnte, das sei nur Vergangenheit. Das wäre ein grober Irrtum. Dort wird bis in den letzten Winkel gezeigt, wie es den Menschen damals gegangen ist und daß das Leben und die Arbeit bei Gott kein Honiglecken gewesen sind, und das wird auch immer wiederum betont, und ich stehe auch sehr dafür und dazu, daß nicht nur in Stübing, sondern auch anderswo – da gehe ich auch mit der Frau Kammländer konform – wir nicht vergessen, daß sich die Geschichte in verschiedenen Schichten abgespielt hat und daß sie nicht nur Herrschaftsgeschichte ist und sein darf in der Beurteilung und in der Betrachtung, sondern sehr wohl auch Geschichte des Volkes.

Wir wollen das so halten, und wir halten das auch in Stübing so, und daher ist Herrn Hofrat Viktor Pöttler zu danken, der dieses Museum aufgebaut hat. Er bekam im Jahr 1962 den Auftrag dafür von Hanns Koren, 1963 war Baubeginn, 1970 war die Eröffnung mit Bundespräsidenten Jonas und Altlandeshauptmann Krainer; seit 1970 hat sich dieses in die Landschaft hineinkomponierte Werk großartig weiterentwickelt. Damals

waren es rund 30 Objekte, jetzt sind es rund 80, man wird nicht mehr viel dazustellen und soll das nicht übertreiben. Es ist ein Querschnitt durch Österreichs Vergangenheit und durch die Vergangenheit seines Volkes, in diesem Fall seiner bäuerlichen Bevölkerung und ihrer Wohn-, Lebens- und Arbeitsweise. Ihm ist sehr zu danken, das Land Steiermark hat ihn auf die verschiedenste Weise geehrt – mit Ehrenzeichen und mit dem Hanns-Koren-Preis. Der Träger dieses Museums ist inzwischen eine Stiftung geworden, am Anfang war es ein Verein, jetzt ist es eine Stiftung, in der die Bundesländer und auch Ministerien aus Wien vertreten sind. Das wird so weitergehen, er bleibt Geschäftsführer dieser Stiftung, weil er noch immer frisch und munter ist und wahnsinnig viel Fachwissen und Energie einbringen kann, um einen Übergang zu schaffen für jüngere Hände, die endgültig wohl in ein paar Jahren dieses Haus beziehungsweise dieses Werk weiterführen werden. Lassen Sie mich also Viktor Pöttler und seinen Mitstreitern herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.)

Einen Dank auch allen Mitarbeitern in der Kulturabteilung des Landes mit allen ihren Verzweigungen, und einen Dank vielen, vielen Menschen, großen, kleinen, bekannten und völlig unbekannt, bedankten und völlig unbedankten Kulturschaffenden in der ganzen Steiermark, in der Hoffnung, daß auch das Jahr 1990 ihnen mehr Sonne als Regen und Schatten bringe. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 11.03 Uhr.)

Präsident Meyer: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 3 nicht vor. Die Frau Berichterstatterin hat auf ihr Schlußwort verzichtet. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 3 ist einstimmig angenommen.

Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Lore Schoiswohl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Schoiswohl (11.04 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 4 umfaßt die öffentliche und allgemeine Wohlfahrt und die Wohnbauförderung mit Einnahmen in der Höhe von 4.082,826.000 Schilling und Ausgaben von 5.000,637.649 Schilling. Der Finanz-Ausschuß hat sich mit diesem Kapitel eingehend befaßt und ersucht den Steiermärkischen Landtag, dieser Budgetgruppe zuzustimmen. (11.04 Uhr.)

Präsident Meyer: Meine Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die „Soziale Wohlfahrt“ und im zweiten Teil die „Wohnbauförderung“ behandelt werden. Wir müssen darüber abstimmen. Gibt es dagegen einen Einwand?

Das ist nicht der Fall. Nun beginnen wir mit der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“. Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Minder.

Abg. Minder (11.05 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Nach langen Bemühungen und Anstrengungen, man ist fast versucht zu sagen, nach vielen Kämpfen

und Krämpfen, ist das Grundsatzgesetz zur Jugendwohlfahrt mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1989 zustande gekommen. Vor uns liegt der Entwurf zu einem steirischen Ausführungsgesetz, das in der Begutachtung ist und mit 1. Juli 1990 in Kraft treten soll. Dazu möchte ich einige Schwerpunkte setzen:

Zum Beispiel die Beratung und Unterstützung der Familien, um ihre Fähigkeiten zur Selbsthilfe zu stärken.

Die Jugendwohlfahrt hat somit die Familie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Pflege und Erziehung Minderjähriger zu beraten und helfend einzugreifen – sei es in rechtlicher, psychologischer, psychiatrischer, fürsorgerischer oder erzieherischer Art. Das Kindeswohl steht somit im Mittelpunkt aller Überlegungen. Maßnahmen öffentlicher Jugendwohlfahrt sind dann zu setzen, wenn die Erziehungsberechtigten das Wohl der oder des Minderjährigen nicht gewährleisten. Jedoch ein Eingriff in familiäre Bereiche ist nur dann vorzunehmen, wenn es zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen notwendig ist. Ein effektives Eingreifen ist dann Pflicht, dort, wo zur Durchsetzung von Erziehungszielen Gewalt angewendet wird. Es gilt somit das Verbot der körperlichen Züchtigung und die sogenannte „gesunde Watschn“, die von gewissen Bevölkerungskreisen noch immer akzeptiert wird, ist somit in der steirischen Jugendwohlfahrt eindeutig verboten. Es gilt aber auch das Verbot der Zufügung von seelischem Leid – und da wissen wir, daß sicher schwer zu definieren ist, was seelisches Leid ist. Vielleicht kann aber doch ein Weg gefunden werden, daß dies festzustellen ist.

Besonderes Augenmerk wird im neuen Gesetz der Vorbeugung gewidmet. Es ist nämlich besser, helfend einzugreifen, bevor ein Jugendlicher strauchelt und vom Weg abkommt, als dann den Schaden zu reparieren, was erstens mit schmerzlichen Erfahrungen für den Betroffenen selbst verbunden ist und was auch oft ein Vielfaches an materiellen und finanziellen Mitteln erfordert. Es soll auch durch Nutzung der Medien zu einer Bewußtseinsbildung vor allem bei der gewaltfreien Erziehung, bei sexuellem Kindesmißbrauch und bei Kindesmißhandlung kommen. Die verstärkte Heranziehung von Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt stellt ein Grundanliegen der Neuordnung des Jugendwohlfahrtsrechtes dar, und es soll zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen kommen. Freie Jugendwohlfahrtsträger sollen dann herangezogen werden, wenn sie bestimmte, nicht hoheitliche Aufgaben qualitativ besser oder wirtschaftlicher erfüllen können.

Beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung wird wieder ein Jugendwohlfahrtsbeirat eingerichtet werden, der zwar im geltenden Steiermärkischen Jugendwohlfahrtsgesetz vorgesehen war und auch getagt hat, aber 1967 sanft entschlafen ist. Diesem neuen Beirat werden neben Behördenvertretern auch die Vertreter aller anerkannten freien Jugendwohlfahrtseinrichtungen angehören. Somit haben diejenigen, die im engeren Sinne Jugendwohlfahrtsarbeit leisten, auch die Möglichkeit der Mitsprache.

Von dieser Stelle aus wurde schon öfter die Bestellung eines Anwaltes für Kinder gefordert. Das Gesetz greift diesen Gedanken mit der Einrichtung einer

Kinder- und Jugendanwaltschaft auf. Leider ist es aber wegen der bundesgesetzlichen Bestimmungen unserem Bundesland nicht möglich, einen Anwalt einzurichten, der auch Einzelfälle bearbeiten beziehungsweise Kinder vor den Gerichten vertreten kann. Die vorgesehene Kinder- und Jugendanwaltschaft wird aber sicherlich die Kindesinteressen im Hinblick auf Bewußtseinsbildung und öffentliche Diskussion von Kinderproblemen vertreten können.

Die öffentliche Wohlfahrt wird eine serviceorientierte Verwaltung beinhalten, bei der es zu einer unkomplizierten, schnellen, bequemen und möglichst technisch fehlerfreien Erledigung der herangetragenen Anliegen kommen soll, denn das Angebot an sozialen Diensten muß im Sinne einer modernen Servicestelle mit einem umfassenden Leistungsangebot auch sehr vielfältig sein, um den Problemsituationen gerecht werden zu können und auch der Prävention den entsprechenden Stellenwert einzuräumen.

Eine im Oktober 1989 durchgeführte Erhebung über das derzeitige Angebot an sozialen Diensten durch öffentliche und private Träger in der Steiermark ergab, daß unter anderem bei Tagesmüttern, bei pädagogischen Jugendzentren, Suchtberatung, Elternvorbereitung und Erziehungshelfern der Bedarf kaum gedeckt ist. Nicht gedeckt war der Bedarf bei sozialpädagogischen Wohngemeinschaften, bei therapeutischen Angeboten, bei der Schuldenberatung, bei der Lernbetreuung und bei der mobilen Frühförderung. Bei dieser haben zum Beispiel nur fünf von 16 steirischen Bezirken die Initiative ergriffen und das Angebot auf 50 Prozent Kostenübernahme durch das Land zur Frühförderung verhaltensauffälliger Kinder bis zum sechsten Lebensjahr angenommen. Der Gesetzesentwurf sieht nunmehr einen Rechtsanspruch auf die Zuerkennung der mobilen Frühförderung sowie von notwendigen Therapien vor. Um in Zukunft eine steiermarkweite Versorgung an sozialen Diensten und eine optimale Verwendung der Geldmittel zu erreichen, ist einer landesweit koordinierten prioritäts- und bereichsorientierten Einrichtung dieser Dienste der Vorzug zu geben. Im heurigen Jahr wurden in Graz bereits Projekte aus anderen Bundesländern vorgestellt, die ich ganz kurz vorstellen möchte. Es sind dies der Verein „Soziale Arbeit in Tirol“ und das „Kinderdorf für Sozialwaisen in Salzburg“. Die Betreuung durch den Verein „Soziale Arbeit in Tirol“ ist eine Alternative zur Fremdunterbringung von Kindern und Jugendlichen und bietet vorbeugende Hilfestellung in Familiensituationen, bei denen es erfahrungsgemäß ohne einsetzende Fremdhilfe zu familiären Fehlentwicklungen und Gefährdung der Kinder und Jugendlichen kommen könnte, und bietet Angebote zur Bewältigung von Krisensituationen innerhalb der Familien. Die Problemfelder der betreuten Familien sind vielfältig. Erziehungsschwierigkeiten der Eltern, Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten der Kinder, Schulprobleme, Ehekrisen und Familienzerrüttung, Alkohol- und Drogenprobleme, Gewalt in der Familie, wirtschaftliche Probleme und ähnliches mehr. Ambulante Familienarbeit bietet hier ganzheitliche Hilfe, die innerhalb der Familie stattfindet, wobei auch die Beziehungen der Familienmitglieder zur Nachbarschaft, zur Schule beziehungsweise zum Arbeitsplatz miteinbezogen werden. Je nach der Pro-

blematik der Familie werden Betreuungsinhalte, das Ausmaß der Betreuung, die Betreuungszeiten und die Betreuungspersonen auf die spezifische Situation der Familie und deren Bedürfnisse flexibel ausgerichtet. Ein Team von sechs Psychologen, fünf Sozialarbeitern, vier Lehrerinnen und von Haushaltshilfen bieten beratende Erziehungshilfe, praktische Unterstützung in der gesamten Lebenssituation der Familie, Schularbeitshilfe und pädagogische Begleitung, hauswirtschaftliche und ökonomische Beratung. Das sieht dann so aus, daß zum Beispiel eine Hauswirtschaftslehrerin der Mutter zeigt, wie ein Haushalt zu führen ist. Die Arbeitszeit in der Familie beläuft sich variabel auf vier bis 20 Stunden pro Woche. Ziel der Betreuung ist es, belastende Lebensumstände gemeinsam mit der Familie anzugehen und aufzulösen.

Das zweite in Graz vorgestellte Projekt war das „Kinderdorf für Sozialwaisen“ der Kinderfreunde Salzburg und der Gesellschaft österreichischer Kinderdörfer. Dieses Kinderdorf wurde 1982 als Krisenstelle für krisengefährdete Jugendliche eingerichtet, und es konnten in den ersten fünf Jahren bereits 850 Kinder und Jugendliche fachlich qualifiziert betreut und versorgt werden. Das Haus umfaßt eine therapeutische Wohngemeinschaft für sechs längerfristige Betreuungsplätze, eine Krisenstelle für vier Betreuungsplätze, wo jugendliche Ausreißer oder Jugendliche in akuten Notsituationen bei Tag und Nacht Aufnahme finden und bis zu einer Woche Aufenthaltsdauer betreut werden. Es enthält weiters eine Übergangswohngemeinschaft für vier Betreuungsplätze, wo die Jugendlichen zum Umzug in eine eigene Wohnung oder in eine mobil betreute Wohngemeinschaft vorbereitet werden, und enthält auch eine Familienberatungsstelle, wo neben Beratung in allen Lebensfragen auch die ambulante Betreuung und die so wichtige Nachbetreuung für krisengefährdete Jugendliche durchgeführt wird. Viele dieser Ansätze sind im Sozialplan für die Steiermark enthalten, Landesrat Tschernitz hat uns diesen Sozialplan vorgestellt. Aber auch in der Praxis sind sie vorhanden. Ein Kinderschutzzentrum ist in Graz erfreulicherweise im Entstehen. Seit 1. Dezember sind entsprechende Räumlichkeiten vorhanden. Der laufende Betrieb kann nunmehr, nach Bereitstellung einer namhaften Subvention durch den Soziallandesrat, aufgenommen werden. Dieses Kinderschutzzentrum wird vorerst Familienberatung, Familientherapie und Krisenintervention anbieten, vor allem jedoch auch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit machen. Eine weitere Umstrukturierung der Heime in Bezug auf ihr Betreuungsangebot ist in Ausarbeitung und wird nach Inkrafttreten dieses zukunftsorientierten Gesetzes zur Jugendwohlfahrt sicherlich auch realisiert. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL. – 11.19 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Kammlander das Wort.

Abg. Kammlander (11.19 Uhr): Es tut mir leid, daß meine Fraktion so klein ist, aber das wird sich ändern. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Jeder hat einen Weihnachtswunsch frei!“) Ich lasse mich nicht abhalten!

1990 erstmalig im Budget ein Betrag von 50 Millionen Schilling für die Familien. Nach langem Hin und

Her hat man sich innerhalb der Regierung geeinigt. Fehlen tun ja noch die Vergaberichtlinien, und die bleiben in parteiliches Dunkel gehüllt. Soll dieser Beitrag, dieser Familienbeitrag, und ich nehme an, er wird nicht viel höher als 700 bis 1500 Schilling sein, als zusätzliche finanzielle Hilfe für die Betreuung von Kindern zu Hause oder auch außer Haus gewährt werden oder ist nur an eine reine Familienzubüße gedacht? Es ist auch anzunehmen, daß das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Familienmitglieder für die Bemessung herangezogen wird. So ähnlich, wie das im ersten Richtlinienentwurf gestanden ist. Das ergibt dann für eine vierköpfige Familie 2,6 Bewertungspunkte, und auch unabhängig davon, ob ein oder zwei Elternteile berufstätig sind. Ich nehme an, daß es in diese Richtung geht, und ich möchte heute hier im Landtag darüber Auskunft haben. Weil bis jetzt habe ich nur gehört, es wird schon richtig werden, aber wie richtig, darüber gibt es noch keine Transparenz. Das würde dann heißen, für mehrere Kinder steigt dann bei geichem Haushaltseinkommen eben der Familienzuschuß an. Bis zu welcher Höhe, das würde ich auch gerne einmal wissen. Ob diese Voraussetzungen noch gleich sind, wie damals im Entwurf von Herrn Landesrat Tschernitz, das möchte ich vorher wissen, bevor ich darüber abstimmen kann. Das steirische Klima scheint in diesem Bereich wieder für Intransparenz zu sorgen, und eine Beratung oder Alternativvorschläge scheinen hier nicht gefragt zu sein. Wie wir bei einem Resolutionsantrag der FPÖ erlebt haben, wo es um die Überweisung des Familienzuschusses ausschließlich an die Frauen gegangen ist, scheint man hier nicht sehr offen zu sein, obwohl man Frauenpolitik und Frauenarbeitsplätze, wie zum Beispiel gestern abend in der Schuldebatte, immer sehr weit im Vordergrund sieht.

Ganz wohl ist mir in der Frage des Familienzuschusses nicht. Ich habe den Antrag der Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher zwar unterstützt, aber es könnte auch anders sein. Ich möchte das jetzt anhand eines Beispiels illustrieren: Einer jungen Frau in der Südsteiermark, die trotz eines Kindes gerne einen bezahlten Arbeitsplatz hätte, bleibt ohne entsprechende Kinderbetreuungseinrichtung nichts anderes übrig, als sich arbeitslos zu melden und mit dem geringen Notstands- und Sondernotstandsgeld auszukommen. Dieser gesellschaftspolitischen Tatsache wird gerne ausgewichen, besonders auch in der Arbeitslosendiskussion. Es mangelt auch hier bei der Volkspartei im besonderen am Verständnis für die geänderten Familienstrukturen. Die Mütter, noch immer als die Hüterinnen des Familienglücks und des heimischen Herdes (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das hat die Frau Minister Flemming aufgeklärt!“), können nicht durch noch so große monetäre Anreize an diesen Herd gebunden werden. Vielleicht versuchen wir jetzt endlich auch einmal, die Situation umzudrehen: versuchen wir es bei den Vätern. Wie viele Väter würden wegen 1500 Schilling sich jahrelang ausschließlich dem familiären Kleinkram widmen wollen? (Abg. Pörtl: „Übertreibe nicht!“) Ich weiß, ich kenne mich aus – diesen Beruf habe ich zu 100 Prozent erfüllt, ich weiß, wovon ich rede! (Abg. Pörtl: „Das ist kein Kleinkram!“ – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist geschätzte Arbeit!“) Es ist wahnsinnig wichtige Familienarbeit, aber es ist die meiste Zeit langweilig, und die Decke fällt einem auf den Kopf! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das hängt

von der Person ab!“) Es gibt natürlich immer eine bessere Möglichkeit, aber ich bekenne mich zu meiner Hausfrauenzeit, es war nicht so schlecht.

Ich vermute, wenn jetzt die Männer auf dieses bißchen Geld zusätzlich für die Familien angewiesen wären und ihre Frauen ihren Beruf ausüben würden, daß sich in der Familienpolitik sehr bald etwas ändern würde! Dann wäre die Familienpolitik wirklich eine Politik, die sich nach den Wünschen der Betroffenen richtet, und ich glaube, daß es hier nicht die Wünsche der betroffenen Frauen sind, ein Familienzuschußgeld zu bekommen, ich glaube eher, daß es die Wünsche der Frauen wären, gute Kinderversorgungseinrichtungen angeboten zu bekommen – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Warum entweder oder oder?“) Ja, weil ich glaube, daß die 50 Millionen Schilling, wenn wir uns ein bißchen mehr Zeit genommen hätten, oder sagen wir so: ich will sie dort nicht wegnehmen, aber daß es auch um 50 Millionen Schilling mehr ginge, ihnen wirklich gute Infrastruktureinrichtungen anzubieten. Ich glaube, dieses Familienzuschußgeld verlängert diese antiquierten Vorstellungen von bequemer und konservativer Familienpolitik. Es nützt wirklich das schönste Geldgeschenk einer alleinverdienenden Mutter nichts, die einen Ganztagsarbeitsplatz hat, aber weit und breit keinen Kindergarten findet, oder sie findet einen, der mehr oder weniger der Verwahrung und Versorgung der Kinder dient, in großen Gruppen natürlich, und in der Abwesenheit der Mutter keine liebevolle und beschützende Atmosphäre bietet. Die bestehenden Kindergärten mit den großen Gruppen, mit den teilweise auch überforderten Kindergärtnerinnen, darüber müssen wir jetzt endlich parallel dazu nachdenken! Die landläufig angebotenen Kinderbetreuungseinrichtungen entsprechen weder räumlich noch personell beziehungsweise in ihren Betriebszeiten, daß sie zum Beispiel zu Mittag schon wieder aufhören, was einer ganztägig arbeitenden Mutter Probleme bringt. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Haben Sie das Kind gefragt, was es heißt, einen ganzen Tag im Kindergarten zu sein?“) Sie wollen das immer auf die Situation der Kinder abwälzen! Ich habe Kindergärten erlebt, zum Beispiel in der Waldorfschule, wo den Kindern eine Atmosphäre geboten wird, die mindestens so gut ist wie zu Hause, und es ist völlig unrealistisch, heute noch zu meinen, daß es diese „heile Welt“ der Mutter-Kind-Familie noch gibt. (Abg. Pinegger: „Die gibt es!“) Eine Mutter, die beruflich überfordert ist, eine Mutter, die einen Beruf ausübt, weil sie auf dieses Geld angewiesen ist, weil sie nicht warten kann, daß ihr ein Mann oder sonst irgendwelche Institutionen – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Da muß man helfen!“) Ich möchte die Frauen genau so wenig wie die Bauern auf Direktzahlungen angewiesen sehen! Ich möchte haben, daß sie auf Grund ihrer Arbeit ein dementsprechendes Einkommen erhalten und daß sie es sich leisten können, eine Familie zu haben, daß beides möglich ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Woher?“) Sie denken immer nur: entweder – oder, entweder bleiben sie zu Hause, und da ist die schöne Familie, und da werden die Kinder gut aufgehoben sein, das ist eine Illusion, bitte! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sowohl als auch!“) In der heutigen Zeit ist das eine Illusion! Ich weiß, Frau Kollegin Pußwald, da sind wir nicht einer Meinung! Ich schätze Ihre Meinung auch, und ich weiß, daß es auch

gute und behütete Familien gibt, aber es ist völlig unrealistisch, zu behaupten, daß es so und so viele Prozent – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Der größte Teil, Gott sei Dank!“) Der Anspruch der Frauen auf ein Arbeitseinkommen, auf einen Arbeitsplatz und die Möglichkeit zu haben, Kinder zu haben, ist berechtigt, sie auch gut versorgt zu wissen, wie ich es in der Waldorfschule erlebt habe, wo die Kinder um 16 Uhr oder 17 Uhr abgeholt werden und auch soziales Lernen erlebt haben – aber nicht 30 Kinder im Streß durch die Gegend jagen, betreut von einer Kindergärtnerin, die nicht mehr weiß, wen sie zuerst anziehen soll oder wohin sie rennen soll! Mit solchen Kindergärten machen wir uns wirklich keine Ehre in der Steiermark! Das höre ich oft genug.

Die heutige Kleinfamilie ist sozialpsychologisch nicht mehr der ideale Ort für die Entwicklung von Kindern. Das müssen Sie irgendwann einmal auch zur Kenntnis nehmen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das können Sie nicht apodiktisch behaupten!“) Die „Zu-Klein-Familie“, das Zusammengeworfensein von einem Kind mit einer Mutter zu Hause, ist mehr als sozialpsychologisch ungesund, das wage ich hier zu behaupten!

50 Millionen Schilling, meine ich, würden wir auch für bessere Kinderbetreuungseinrichtungen brauchen, es wäre im Zusammenhang mit den Kindergärten ja auch kein großer Betrag gewesen. Wir dürfen gerade aus den vorhin angeführten Gründen die Mütter und Väter nicht mit ihren Betreuungssorgen allein lassen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das will niemand!“) Mit dem Familienzuschuß heißt es, jetzt haben wir wieder für eine Zeitlang eine Ruhe, die 50 Millionen Schilling sind im Budget vorgesehen, damit ist wieder die Tuchent über das Problem drübergezogen! Mit reinen Geldbeträgen, noch dazu in dieser Größenordnung, sind familienpolitische Aufgaben nicht zu erfüllen. Wir brauchen wirklich beides: den Anspruch auf garantiertes Mindesteinkommen für die Familien und natürlich in erster Linie für die Mütter, und familienfreundliche Infrastruktureinrichtungen; die bestehenden sind nicht familienfreundlich, das werden Sie mir sicher bestätigen können. Ich danke. (11.30 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Pußwald das Wort.

Abg. Pußwald (11.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Die Familienförderung des Landes Steiermark ist sicherlich vom finanziellen Aufwand her ein Tropfen auf dem heißen Stein. Für diese Familienförderung von 50 Millionen Schilling bin ich wirklich sehr dankbar; daß sie im Budget verankert ist und sie Menschen zur Verfügung steht, also gezielt für eine Bevölkerungsgruppe zur Hilfe bereitsteht, die nirgends eine Lobby hat, die niemand deckt, die niemand unterstützt. Das sind die Alleinerzieher, die die Frau Kollegin Kammlander mehrmals angesprochen hat, das sind aber auch Familien, wo unter Umständen beide berufstätig sind und sie trotzdem an der Armutsgrenze leben, das sind die kleinen Landwirte, und das sind die kleinstrukturierten Gewerbetreibenden, und denen gilt es, ganz besonders Hilfe zu geben. (Abg. Kammlander: „Aber mit 500 Schilling werden sie nicht reich!“) Ja, es stimmt

500 Schilling sind kein großer Betrag, aber 500 Schilling haben oder nicht haben, wenn es darum geht, daß man am Monatsende nicht mehr weiß, wie man seine Familie ernähren soll, dann haben halt auch 500 Schilling ihren Wert. Wir wissen es bitte, daß im Sozialhirtenbrief das Wort gestanden ist „Armut ist weiblich, ist kinderreich und ist alt“, und ich muß sagen, das stimmt. Das ist eben die Tatsache. Die vorher genannte Personengruppe weiß wirklich oft zum Monatsende nicht, wie sie die Nahrung beschaffen soll oder wie es mit der Bekleidung geht. Die Kinder werden durch Medien und ihre Kameraden sehr wohl auf Modetrends bewußt aufmerksam gemacht. Sie werden auch davon beeinflusst, und ein Kind, das Zweitkleidung tragen muß, wird vielfach in der kindlichen Struktur des Kindergartens, der Schule ausgestoßen, weil man nicht up to date ist, und es wird manchmal auch zum Gespött der anderen gemacht. Oder wenn es darum geht, die Sorge zu haben, wie man monatlich die Miete, die Betriebskosten oder die Rückzahlungsraten erstattet, dann sind 500 Schilling oder 1000 oder 1500 Schilling ein Betrag, der der Familie sicherlich Hilfe gibt. Trotzdem möchte ich mich dagegen wehren, daß wir das nur aus dem sozialen Aspekt sehen. Das Soziale ist dabei ein Aspekt, ich möchte noch auf etwas anderes einsteigen: Die Krankheit unserer Familie ist die, daß die Männer die Frauen mit der Erziehungsarbeit fast ausschließlich alleingelassen haben. Da ist die Problematik! Ich stelle mich auch als persönliches Beispiel her. Ich habe immer, während ich drei Kinder erzogen oder miterzogen habe, meinen Beruf ausgeübt mit Ausnahme des Karenzjahres. Ich fühle mich deswegen nicht als schlechte Mutter, ganz im Gegenteil. Ich glaube, daß ich die Pflichten der Mutter erfüllt habe, aber ich habe das Glück, und dafür möchte ich hier auch meiner Schwiegermutter danken, daß sie meinem Mann beigebracht hat, sich in die Familie einzubinden, das verstehe ich unter Partnerschaft, und das ist auch das Ziel, das ich und wir in der ÖVP vehement verfolgen und erzielen möchten. (Beifall bei der ÖVP.) Partnerschaftliche Erziehung, Betreuung, Förderung der Kinder. Es stimmt, und da möchte ich wieder einsteigen, daß die ganz isolierte kleine Familienstruktur, wie wir sie jetzt leben, in der Großstadt, eingebunden in einem Hochhaus, große persönliche Probleme für Mutter und Kind bringen. Das läßt sich nicht weglegen. Aber da war auch ein Trend der Zeit, der uns jahrelang vorgegeben hat, weg von der Großfamilie, die Klein-, Kernfamilie ist das Ideale. Da haben wir jetzt die Probleme, daß wir es nicht mehr schaffen können, Mutter und Kind eingebunden zu haben in ein soziales Netz. Ich möchte damit nicht sagen, daß wir zurückgehen müssen in die große Familienstruktur, die es früher einmal gegeben hat. Auch dort gab es irrsinnig viele Probleme. Aber auch die emotionelle Abdeckung war für jeden viel leichter möglich, als es jetzt in dieser ganz kleinen Struktur ist.

Etwas möchte ich noch zur Familienförderung des Landes sagen. Die Richtlinien sind sicherlich so erstellt, daß es möglich ist, vom ersten Kind, von Alleinverdienern bis hin zur Vollfamilie aus der Berechnung des Familieneinkommens monatlich einen Beitrag für das Kind zu gewähren. Aber das darf uns nicht abhandeln kommen, daß das eine freiwillige Leistung des Landes ist und daß dafür eigentlich der Bund die Zuständigkeit

hätte und daß der Bund dafür sorgen müßte, daß den Familien finanziell geholfen wird, im steuerlichen Bereich, aber auch im – von Frau Kollegin Kammlander genannten – garantierten Existenzminimum, das sich am gewichteten Pro-Kopf-Einkommen zu errechnen hat. Wir haben diese Zuschüsse beziehungsweise dieses garantierte Existenzminimum bereits bei den Pensionisten. Warum gibt es das nicht auch bei den Familien? Ich möchte hier sehr vehement sagen: Eltern, die bereit sind, mehreren Kindern das Leben zu schenken, dafür auf Anerkennung in der Öffentlichkeit und ihre persönliche Absicherung im Alter weitgehend verzichten, denen sind wir es wohl als Staat auch schuldig! Es muß uns ein Anliegen sein, daß wir sie bis zu einem Existenzminimum fördern. Genauso wichtig wie die finanzielle Unterstützung erscheint mir aber auch die ideelle. Familie ist nie etwas Fix und Fertiges. Familie ist in einem ständigen Wandel. Dieser Wandel vollzieht sich schon von der Partnerfindung her. Wie die Urerlebnisse in der eigenen Familie sind, so sind auch die späteren Strukturen zum Großteil festgelegt. Beide Partner sollen sich freiwillig eigenständig finden, und ich lege Wert auf den Begriff „eigenständig“. Wenn einer aus der elterlichen Familie heraus flüchtet und Geborgenheit und Wärme, die er im Elternhaus nicht empfangen hat, in der Partnerschaft sucht, dann ist diese Beziehung, noch bevor sie gelebt werden kann, zum Scheitern verurteilt, dann wird einer ein Klumpen am Fuß des anderen. Das kann nicht in einer gleichwertigen Partnerschaft ertragen werden. Dazu gehört auch die Berufstätigkeit beider, die ich grundsätzlich unterstütze, aber, wo die Eltern übereinkommen, daß man es wichtiger und wertvoller findet, für die Zeit der Kinderbetreuung daheim zu bleiben, dann muß das auch ein Recht sein, das von allen Gesellschaftsschichten akzeptiert wird. Das ist eine Forderung, die ich neben der anderen ganz gleichwertig herstelle. Ich habe schon davon gesprochen, daß uns die Väter in der Erziehung abhandengekommen sind. Ich erwarte mir eigentlich von der zukünftigen Schule, ganz besonders von der berufsbildenden Schule, daß auf diesen Aspekt vermehrt Wert gelegt wird, daß auch der Vater für die Betreuung, Miterziehung der Kinder verantwortlich ist. Schön ist es, daß es schon da und dort und vermehrt junge Väter gibt, die sagen, es ist gut, und es ist positiv mitzuerleben, wie sich unser Kind entwickelt. Wichtig erscheint mir auch noch, daß wir den jungen Eltern Stützen anbieten für die diversen Erziehungsphasen, die es gibt. Jedes Kind verursacht Krisen, bewirkt Krisen, die sich teilweise auch auf die Eltern übertragen. Wenn aufmerksam gemacht wird auf Entwicklungsschübe und damit vorhandene Schwierigkeiten, dann kann von den Eltern diese Erziehungssituation viel besser wahrgenommen werden. Wir brauchen damit nicht unbedingt große Beratungszentren. Wenn wir begleitend, ähnlich wie beim Mutter-Kind-Paß, verpflichtend die medizinische Kontrolle verlangen, vielleicht könnten Schulung und Kurse miteingebunden werden, um die Eltern einfach auch positiv zu motivieren und ihnen Stütze und Hilfe zu geben.

Eine sehr schwierige Zeit für die Familie erscheint mir, wenn sich die Kinder loszulösen beginnen aus dem elterlichen, familiären Verband. Für beide Teile. Das Kind, das hinausdrängt, Freiheit sucht und will, und für die Eltern, die zurückhalten wollen. Reife für

beide, für Kinder und Eltern, gibt es nur, wenn Eltern loslassen können, um ihre Kinder dann später wieder als gleichgestellte Partner in das familiäre Leben aufnehmen zu können.

Das Enkelkind, die Großelternphase möchte ich als nächstes anschneiden. Ja, die Großelternphase ist wahrscheinlich eine sehr positive Phase, wo das Enkelkind ganz besonders unterstützt, gefördert wird, aber auch wo junge Eltern auf die Hilfe ihrer Eltern manchmal angewiesen sind. Das Unterstützen der Eltern ist sehr positiv und sehr wichtig. Wir haben dann den alternenden Menschen und den alten Menschen. Der alternde, der noch beweglich und interessiert ist und noch Anteil nimmt an der Umwelt und an der Umgebung, der Freude am Leben hat und eigenständig ist, und der alte Mensch, der wieder Pflege, Hilfe und Angenommen-sein im familiären Bereich beansprucht. Ein kleines Wort noch zur demographischen Entwicklung. Auf dieser Statistik kann man sehr gut sehen, daß sich innerhalb von 20 Jahren die Situation der Ein-Kind-Familie kaum verändert hat. 1971 gab es 431.000 Ein-Kind-Familien, 1988 436.000 Ein-Kind-Familien, also ein Plus von 5000. 1971 gab es 298.000 Zwei-Kind-Familien und 1988 284.000 Zwei-Kind-Familien, also ein Minus von 14.000. Auch da kein großer Unterschied. Der ganz große Einbruch ist bei Drei-Kind-Familien zu sehen. Wir hatten noch 1971 211.000 Drei-Kind- und Mehr-Kind-Familien, 1988 gab es nur noch 94.000, also ein Minus von 117.000 Drei-Kind- und Mehr-Kind-Familien. Die Ursachen liegen sehr klar auf der Hand. Es ist die Trennung der Lebens- und Arbeitswelt enorm fortgeschritten. Das ist auch ein Punkt, warum die Väter oft nicht in die Erziehung miteingebunden werden können. Gestern hat der Herr Kollege Dr. Lopatka von Pendlern gesprochen, von den Erziehungsproblemen der Pendler. Die sind hier mitintegriert. Die veränderte soziale Struktur ist da, wir haben auch das Selbstbewußtsein der Frauen, Gott sei Dank, in diesen Jahren beträchtlich heben können. Das ist ein positiver Wert. Wir haben aber auch eine neue Einstellung zur Geburtenregelung, zur Partnerschaft, wenn Sie wollen, auch zur „Jagd nach dem Glück“. Wir haben aber auch die Loslösung des Individuums aus einer christlich entstandenen und getragenen Kultur zu bemerken. Das ist, wie mir scheint, auch eine Ursache, daß die Geburtenfreudigkeit vor allem für Mehrkinder nicht mehr so gegeben ist.

Auch ein besonderes Kennzeichen: die Geburtenrate Europas ist etwa mit 1,5 Prozent, die Österreichs mit 1,42 Prozent, dazu ein Beispiel aus meinem Heimatort mit knapp 1000 Einwohnern: wir haben im heurigen Jahr sage und schreibe vier Geburten zu verzeichnen gehabt. Bis ins flache Land hinaus ist also der Rückgang da.

Wo gibt es Hilfen anzubieten? Die Frau Kollegin Minder hat das Hilfenprogramm in einer sehr schönen, abgerundeten Form dargelegt. Ich möchte das im Grunde genommen nicht wiederholen, ich lege nur noch einmal Wert darauf, daß wir lebenskundliche Fragen an unsere Jugend, an die Kinder herantragen müssen, das sind Konsumentenberatung wie auch lebenspraktische Dinge, wie Haushaltsführung, Erziehungsaufgaben wahrzunehmen, Pflegeaufgaben wahrzunehmen. Gestern abend sprach ich auch von der Erwachsenenbildung. Ich glaube, die Erwach-

senenbildung hat ein Netz über die gesamte Steiermark gelegt und ist hier ein wesentlicher Ansatzpunkt für viele Hilfen, die der Familie zugute kämen. Durch die Erwachsenenbildung kann lebensbegleitende Bildung geschaffen werden, wodurch diese neue Wertschätzung erhält.

Zum Abschluß möchte ich Ihnen noch etwas sagen, wovon ich meine, daß es nach wie vor Gültigkeit hat: Die Anerkennung des zweijährigen Kindes, das seinen Vater betrachtet und sagt: „Mein Vater, der kann wirklich alles, er ist der Größte, er ist der Tüchtigste!“ Das zehnjährige Kind sagt auch von seinem Vater: „Ja, der Vater kann noch viel, ich kann aber auch schon viel!“ Der Achtzehnjährige sagt: „Das, was der Vater kann, das kann ich schon lange!“ Und der Dreißigjährige sagt: „Vater, ich möchte dich noch fragen, wie schaut das aus?“ Und der Fünfzigjährige am Grab seines Vaters sagt: „Vielleicht könnte ich dich noch einmal fragen, ich wäre dir sehr dankbar dafür!“ Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 11.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schoiswohl.

Abg. Schoiswohl (11.45 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

In meiner Wortmeldung möchte ich auf eine Gruppe von Kindern hinweisen, die unsere Hilfe am meisten brauchen, nämlich die Behinderten. Die Behindertenhilfe ist eine der großen sozialen Verpflichtungen unserer Gesellschaft, auch in der steirischen Sozialpolitik besitzt sie großen Stellenwert. Auf der Grundlage eines guten Behindertengesetzes, das laufend den sich ändernden Erfordernissen angepaßt wird, war es möglich, in der Steiermark ein enges Netz an Betreuungsmaßnahmen und Betreuungseinrichtungen für unsere behinderten Mitmenschen zu schaffen. Es wurden Schwerpunkte in der Behindertenhilfe gesetzt, die wirklich wesentlich dazu beitragen, das Leben behinderter Menschen zu erleichtern.

Ein großes Problem stellt die Wohnversorgung Behinderter dar. Eine Altersstatistik der Eltern behinderter Kinder, die noch daheim wohnen, zeigt alarmierende Zahlen. Ein Drittel der Eltern ist älter als 60 Jahre, ein Fünftel ist alleinstehend. So werde ich oft mit großen Sorgen der Eltern konfrontiert, die dahin gehen, daß sie sich fragen: Was wird aus meinem behinderten Kind, wenn es uns nicht mehr gibt? Das ist das größte Problem von Eltern geistig behinderter Menschen für die Wohn- und Altersversorgung. Derzeit sind 570 Plätze vorhanden. In 20 Jahren werden zirka 1300 Wohnplätze benötigt. Die Ablösung vom Elternhaus soll etwa in jenem Alter erfolgen, in dem auch nichtbehinderte Personen ihr Elternhaus verlassen. In diesem Alter ist möglicherweise die Lernfähigkeit für ein relativ selbständiges Wohnen gegeben. Behinderte Menschen sollen so wohnen, wie andere gleichaltrige Personen auch. Sie sollen nur jene Unterstützung erhalten, die sie auf Grund ihrer Defizite in bezug auf die selbständige Lebensführung benötigen. Die Betreuung soll sich an ihren individuellen Bedürfnissen orientieren. Viele brauchen keine Vollzeitbetreuung. So sollen verschiedene Wohnmöglichkeiten geschaffen werden; zum Beispiel Wohnhäuser,

wo ein familienähnliches Wohnen gegeben ist mit einer Rund-um-die-Uhr-Betreuung, Trainingswohnungen mit Teilbetreuung für jene Menschen, die ohne Vorbereitung ein selbständiges Leben nicht schaffen. Diese Wohnform soll als Übergangsstufe zum offenen Wohnen gedacht sein, und offene Wohnplätze. Hier soll das Angebot von Gemeinschaftsräumen beziehungsweise Gruppenwohnungen mit etwa drei bis acht Bewohnern bis hin zur Einzelwohnung reichen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wohnversorgung behinderter Menschen wird in Zukunft ein großer Aufgabenbereich in der steirischen Sozialpolitik sein. Behinderte Menschen haben Anspruch auf Förderung und sollen bei Bedarf auch Anspruch auf eine gesicherte Wohnversorgung haben. Es ist unsere Verpflichtung, jenen beizustehen, die unserer Hilfe am meisten bedürfen.

Ich ersuche alle zuständigen Stellen, das Land Steiermark, unseren Sozialreferenten Herrn Landesrat Erich Tschernitz, der viel Verständnis für Behinderte hat, beizutragen, daß eine flächendeckende Wohnversorgung in der Steiermark für diese vom Schicksal benachteiligten Mitbürger gegeben wird. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGO/AL. – 11.50 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (11.50 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es ist fünf vor zwölf, aber nicht nur, was die Uhrzeit betrifft, sondern auch in vielen Bereichen, was die Sozialpolitik betrifft. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Zehn vor zwölf!“) Also haben wir noch etwas mehr Zeit, aber es ist kurz vor zwölf. Ich darf daher einige Bereiche anschneiden und kann leider nicht so ein Loblied anstimmen, wie es die Vorrednerinnen bisher angestimmt haben. Wir sprechen heute vom Sozialkapitel, das rund 2 Milliarden Schilling umfaßt. Wir haben aber, und das habe ich gestern schon gesagt, einen viel größeren Bereich in der Steiermark, der im Budget mehr als 6 Milliarden umfaßt. 6500 Millionen sind es in der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse, und es ist nicht die einzige Krankenkasse in diesem Land, wir haben mehr als 20. Diese Sozialversicherungen und deren Bürokratien kosten viel Geld, das eigentlich den Menschen und den Armen, von denen heute hier gesprochen wurde, nicht zugute kommt. Schauen Sie, eine Vollversammlung bei der Gebietskrankenkasse kostet rund eine Million Schilling. Jedenfalls einen Betrag, der in die Hunderttausende von Schilling geht. Das ist der erste Bereich, der der Sozialpolitik sehr geschadet hat. Dieser statische bürokratische Bereich. Der zweite Bereich: Diese Institutionen haben bisher die Milliarden vor allem in stationäre Einrichtungen gepumpt. Dabei wurde die Sicht auf die viel billigeren ambulanten, dezentralen Einrichtungen verstellt. Sie wissen, was ein Krankenbett kostet. In einem Krankenbett liegen viele, die dort nicht liegen sollten, sondern in einem Pflegebett. Aber da das Pflegebett nicht frei ist, muß der zuständige Sozialreferent den Primarius bitten, lassen Sie die Frau, den Mann noch einige Tage im Krankenbett. Hier wurde

vieles in der Vergangenheit versäumt, um ein Netz ambulanter Einrichtungen aufzubauen. (Abg. Reicher: „Herr Kollege Dr. Lopatka, ich glaube, Sie sind ein Mann der Zukunft, aber Sie reden immer von der Vergangenheit!“) Ich werde Ihnen sagen, diese Vergangenheit fällt uns auf den Kopf, und ich hätte mir gewünscht, daß die Zukunft auch in der Gebietskrankenkasse heute beginnen würde, und nicht erst übermorgen. Was hat die Steiermärkische Gebietskrankenkasse zur Hauskrankenpflege bisher geleistet? Nichts im Gegensatz zu den anderen Krankenkassen! Wir sind hier rückständigst. Kollege Schrittwieser, ich muß es dir leider sagen, daß die anderen Krankenkassen vor der KRAZAF-Vereinbarung Millionen, zum Beispiel Salzburg, zum Beispiel Wien – (Abg. Reicher: „Du hast mitgestimmt, und jetzt schimpfst du!“) Nicht schimpfen! Ich habe mich gestern so erregt, daß ich mich heute sehr im Zaum habe, damit mir ja nicht mehr etwas passiert, daher bleibe ich sachlich. Ich verstehe, daß ihr euch aufregt, da gibt es viele Punkte, wo man sich wirklich aufregen soll. Ihr hättet euch dort aufregen sollen, wo ihr die Mehrheit in diesem Bereich habt. (Abg. Reicher: „Ihr müßt nicht mitstimmen!“) Wir sind dort zum Mitstimmen oder auch nicht verurteilt. Entscheiden tut ihr das, was ihr wollt, und wir haben hier nichts zu bestellen in der Gebietskrankenkasse. Das System ist einmal so. Daher möchte ich diese Bereiche schon anschneiden. Denn um die Menschen soll es gehen, denen ist es egal, von wo die Millionen herkommen, ob vom Land, von der Gebietskrankenkasse oder vom Bund. Denen geht es darum, daß ihnen geholfen wird. Hier sind wir in vielen Bereichen, ob Sie es hören wollen oder nicht, rückständig.

Nächster Punkt: Wir haben viel zu sehr auf die privaten Initiativen verzichtet. Der einzige Behinderterbereich ist der, wo die Privatinitiativen hochgekommen sind, wo die Lebenshilfe und andere Einrichtungen wirklich entscheidend mitgestalten können. Aber es geht nicht so einfach, Frau Kollegin Minder, daß man sagt: der Jugendwohlfahrtsbeirat ist 1967 sanft entschlafen. Wissen Sie, was Kollege Dr. Ficzkó dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth vorgeworfen hat? Gesetzesbruch, hat er gesagt. Er sagt es nicht, aber könnte man ihm vorwerfen, da es den Kulturbericht nicht gibt. Ich sage Ihnen, seit 1967 ist vom zuständigen Landesrat, und ich kenne das Sozialhilfegesetz, dieser Jugendwohlfahrtsbeirat nicht einberufen worden. Es hat Briefe gegeben – (Abg. Minder: „Es hat viele Möglichkeiten gegeben, einen einzuberufen!“) Noch heuer hat es von privaten Trägern mehrere Briefe gegeben, was mir Landesrat Tschernitz auch bestätigen wird. Die Briefe wurden beantwortet mit Vertröstungen, aber nicht in der Sache, daß dieser Jugendwohlfahrtsbeirat einberufen worden wäre. Sie haben heute von der Zukunft gesprochen, das heißt für die privaten Träger, bleibt weiterhin ein Jahr oder ein halbes Jahr ausgesperrt, bis das neue Gesetz kommt. Mir wäre es viel lieber, würde dieser Jugendwohlfahrtsbeirat jetzt schon arbeiten. Denn das Gesetz ist aus dem Jahre 1958, und seit 1967 ist dieser Beirat nicht mehr einberufen worden.

Dritter Punkt: Soziales Gewissen darf keine Landesgrenzen kennen, sondern muß über die Landesgrenzen hinausgehen. Auch hier müssen wir mit dem Umdenken ansetzen.

Das sind meine Hauptkritikpunkte, die uns in mehrfacher Hinsicht auf den Kopf fallen. Einerseits, da wir finanziell dadurch Kosten haben, die nicht notwendig wären, hätten wir schon längst mit den ambulanten und dezentralen Einrichtungen, wie die Hauskrankenpflege, begonnen. Dann würden wir hier nicht am Ende der Länder stehen, die damit beginnen. Der zweite Punkt: Den Betroffenen ist mit den stationären Einrichtungen auch nicht immer geholfen. Die würden oft viel lieber zu Hause bleiben.

Ich darf aber jetzt einige Anmerkungen auch zum Jugendwohlfahrtsbereich machen, der uns in Zukunft bei der Verhandlung des Gesetzes beschäftigen wird. Es freut mich, und ich darf mich dafür auch bei Herrn Landesrat Tschernitz bedanken, daß hier zumindest ansatzweise ein Umdenken zu merken ist. Im Budget 1990 sind für Jugendwohlfahrtsmaßnahmen 127 Millionen vorgesehen. 108 Millionen gehen aber noch immer für die rund 215 stationären Plätze in die drei landeseigenen Großjugendheime hinein. Aber immerhin ist der Beitrag für Frühförderung im Rahmen der Jugendwohlfahrt von 200.000 auf 300.000 erhöht worden. Leider nicht der Beitrag für die vorbeugende Erziehungsvorsorge. Wenn man diese Zahlen vergleicht, einige 100.000 Schilling für vorbeugende Maßnahmen und 108 Millionen für stationäre Einrichtungen, dann sieht man, welchen schwierigen Weg Landesrat Tschernitz noch vor sich hat, um hier zu einem Verhältnis zu kommen, das ein richtiges wäre. Das jetzige kann ich nicht als richtig aus meiner Sicht ansehen. Was wir in Zukunft brauchen, und das möchte ich hier schon dezidiert anführen, ist, daß über diese 50 Millionen Schilling, die auch ein Beitrag für die Familien, für Krisenfamilien sind, denn oft ist auch das nicht vorhandene Geld mit eine Ursache, daß eine intakte Familie zur Krisenfamilie wird. Daß Probleme dazukommen, ob das Alkoholprobleme oder andere sind, die dann zu einer Situation führen, daß es den Kindern in diesen Familien sehr schlecht geht. Wir brauchen hier ambulante dezentrale Einrichtungen, Erziehungsberatung und eine Förderung und Unterstützung dieser Familien. Wir brauchen auch, glaube ich, eine stärkere Unterstützung für die Pflegefamilien vor Ort. Hier könnte eine neue Aufgabe für die Jugendheime dazukommen. Ich bitte darum, das beim Jugendwohlfahrtsgesetz zu berücksichtigen, daß die Erzieher der Heime auch in die Familien hinausgehen, und nicht die Kinder am Wochenende wieder in eine Krisenfamilie entlassen werden und dann wieder verstört zurückkommen. Daß man auch den Familien hilft.

Zweiter Punkt: Ich weiß, es geht nicht im Jugendwohlfahrtsgesetz, aber es müßte über das Sozialhilfegesetz möglich sein. Es kann doch nicht so sein, daß wir bereit sind, mehr als 40.000 Schilling im Monat in einem Jugendheim auszugeben, dann wird der Jugendliche entlassen, und dann gibt es nichts mehr für diesen Jugendlichen. Ich bitte, hierüber nachzudenken, daß es verpflichtend vom Gesetz her in Zukunft möglich sein wird, daß Jugendliche, die in Großheimen waren, nachher weiterbetreut werden und in diese Großheime, wenn sie nicht mehr Jugendliche sind und keine Familie haben, zurückkehren können. Ich habe auch mit Erziehern der Landesjugendheime gesprochen, vor wenigen Tagen ein ausführliches Gespräch mit den Erziehern zweier Heime

gehabt, die sich das auch sehnlichst wünschen, daß sie das nicht als ihr Privatvergnügen zu machen haben, wenn sie sich im Anschluß an die Heimerziehung um die Jugendlichen und um die Kinder kümmern, sondern daß man auch hier Wege findet, daß das rechtlich abgedeckt ist und auch finanziell honoriert wird. Ich komme jetzt zu einem Punkt, der für Schlagzeilen gesorgt hat und eine neue Dramatik in diesem Bereich der schwierigsten Kinder der Krisenfamilien aufgezeigt hat. Diese neue Dramatik in diesem Bereich ist durch das Bekanntwerden der Mißhandlungen von Kindern in der Heilpädagogischen Station im LSKH aufgetaucht. Es liegt mittlerweile der erste Zwischenbericht der von Landesrat Dr. Strenitz eingesetzten Kommission vor. In diesem Zwischenbericht wird leider das bestätigt, was für mich bisher noch nicht bestätigt war. Es hat Mißhandlungen gegeben, und die ärztliche Leitung hat die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft leider unterlassen. Die Kommission wird sich in Zukunft auch weiterer Fälle annehmen, und es wird bei der Untersuchung nicht bei diesem einen Fall bleiben. Ich hoffe aber, daß es bei der Bewahrheitung, daß es Mißhandlungen waren, bei diesem einen Fall bleibt.

Die Überforderung des Personals, das auf die Betreuung schwierigster Kinder gar nicht vorbereitet ist, ist damit bestätigt. Ich füge hinzu: es ist ein jahrzehntelanges Versäumnis der Spitals- und Soziallandesräte, daß es zu dieser Eskalation kommen mußte. Mir ist es unverständlich, daß die Heilpädagogische Station im LSKH-Betrieb mitgelaufen ist. Ein Spitalsbetrieb ist doch niemals eine geeignete Therapie für schwierige Kinder. Das Grundübel liegt hier sicher nicht beim Personal, sondern am System. Ich selbst war schon mehrmals gezwungen, zuletzt erst gestern, Kinder in ein Großjugendheim oder die Heilpädagogische Station einzuweisen, obwohl die Gutachter und auch ich größte Bedenken gegen diese Form der Betreuung von schwierigsten Kindern hatten, da in diesen Fällen andere Formen der Betreuung viel besser wären. Wenn man aber nur hier im Landtag auf Tirol, wie es die Frau Kollegin Minder gemacht hat, und auf Salzburg verweisen kann, und eben nicht auf Einrichtungen bei uns, dann ist man gezwungen, die Kinder und Jugendlichen gegen seine eigene innere Überzeugung in diese Einrichtungen einzuweisen, wo die Betreuung leider nicht optimal ist. Es muß daher raschest eine Reduktion der Großjugendheime auf den tatsächlichen Bedarf erfolgen und eine Ausgliederung der Heilpädagogischen Station und des Sonderkindergartens aus dem LSKH. Es muß ein Therapiezentrum mit einer ambulanten Jugendpsychiatrie aufgebaut werden, die bei uns ja leider fehlen. Deshalb habe ich das hier gesagt, da für mich hier Herr Landesrat Tschernitz der Zuständige ist und ich nicht diese Kinder hospitalisieren möchte und auch hier ein ressortmäßiger Wechsel von Landesrat Dr. Strenitz zu Landesrat Tschernitz zu erfolgen hat.

Ich habe vorhin noch von einem zweiten Bereich gesprochen: daß unser soziales Gewissen ein grenzüberschreitendes zu sein hat. Ich möchte dazu auch einige Worte sagen: Grenzüberschreitend im doppelten Sinne des Wortes, einerseits überschreiten die Menschen die Grenzen und kommen zu uns und haben hier, abgesehen von der Caritas und von der

katholischen Kirche und privaten Institutionen, von der Landesseite her kaum Hilfe erhalten, das sind die Flüchtlinge – andererseits sind Menschen in der dritten Welt auf unsere Hilfe angewiesen, und die Probleme des Südens sind nur zu lösen, wenn der Norden bereit ist, hier helfend einzugreifen. Ich darf Willy Brandt zitieren, der im Bericht der Nord-Süd-Kommission „Das Überleben sichern“ gemeint hat: „Wir erwarten viel von jenen innerhalb der nachrückenden Generation, die bald im entscheidenden Maße politische Verantwortung tragen werden. Wir hoffen, daß ihnen verstärkt bewußt wird, wie sehr es um lebendige Menschen zu gehen hat, nicht um blutleere Abstraktionen oder Institutionen, die sich selbst genug sind. Gleichfalls hoffen wir, daß die Jüngeren menschliche Werte wichtiger nehmen als bürokratische Regelungen und Sachzwänge. Weiters sind wir davon überzeugt, daß die Erziehung eine große Rolle zu spielen hat. Eine bessere Kenntnis internationaler Vorgänge, nicht zuletzt der Nord-Süd-Fragen, wird unseren Blick weiten, die Anteilnahme am Schicksal anderer Völker, selbst solcher, die weit entfernt sind, zu etwas machen, das uns selbst angeht, und das Bewußtsein dafür schärfen, daß es viele Probleme gibt, die im gemeinsamen Interesse gelöst werden müssen.“

Meine Damen und Herren, wir haben Gott sei Dank in diesem Land solche Einrichtungen, einerseits das Afro-Asiatische Institut, das schon seit 25 Jahren in Graz arbeitet und viel dazu beiträgt, daß Menschen aus der dritten Welt eine Begegnungstätte mit österreichischen Kollegen an den Universitäten haben und auch mit der steirischen Bevölkerung. Es freut mich, daß dieses Afro-Asiatische Institut, das erst kürzlich den 25. Jubiläumstag gefeiert hat, solche Erfolge zu verzeichnen hat und daß Kontakte zur dritten Welt geknüpft werden konnten, die man nicht unterschätzen darf.

Daß wir heuer im Budget – und es sind nicht viele Ansätze neu dazugekommen – einen neuen Budgetansatz für eine ebenfalls jubilierende Organisation, den Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik, den ÖIE, haben, der seit zehn Jahren wichtigste Informationsarbeit leistet, und wir bereit sind, hier im Landesbudget immerhin eine Viertelmillion zur Verfügung zu stellen, das sind für mich ganz wichtige Zeichen, die man nicht unterschätzen darf. Ich kann mich nur wiederholen: unser soziales Gewissen darf nicht an der Landesgrenze Halt machen. Das Budget im Bereich der Entwicklungspolitik, dieser Posten, ist in den letzten Jahren gestiegen wie kein zweiter, und zwar von einer Million auf nun schon 2,3 Millionen Schilling. Das ist ein schöner Budgetposten für einen Bereich, der eine freiwillige Leistung des Landes ist, aber zu den wichtigsten gehört. In diesem Sinne bitte ich, meine Budgetrede zu verstehen, nicht nur unsere Sozialbürokratien, wo Sitzungssitzer jahraus, jahrein hunderte Millionen österreichweit kosten, nicht nur diese Bürokratien zu verteidigen, sondern vielmehr darüber nachzudenken, wie wir tatsächlich den Ärmsten helfen können. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL. – 12.07 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Weilharter (12.07 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn man die Diskussion verfolgt hat um die steirische Familienbeihilfe, bekommt man fast den Eindruck, daß es nicht um die Familie gegangen ist, sondern auf Grund von Kompetenzstreitigkeiten und Diskussionen man sich beinahe nicht einigen konnte. Ich freue mich, daß erstmals in den Budgetansätzen 50 Millionen Schilling für die steirischen Familien vorgesehen sind, merke aber an, ich bedaure es – und es haben heute zur Sozialdebatte sehr viele Mütter geredet –, ich bedaure es, daß die Österreichische Volkspartei unseren Resolutionsantrag nicht unterstützt (Abg. Dr. Hirschmann: „Zu welchem Thema?“), nämlich weil sie ihr Männerempfinden wieder vor das soziale Empfinden gestellt hat.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung – (Abg. Dr. Hirschmann: „Das wird geklärt!“) Die Gelegenheit ist gegeben, beschließen wir es gemeinsam! (Abg. Dr. Hirschmann: „Das wird mit dem Herrn Landesrat Dr. Klausner geklärt. Ich nehme deine Anregung, nicht deine Aufregung mit!“) Die Gelegenheit ist gegeben, beschließen wir es gemeinsam! Mir persönlich tun die Mütter, auch Ihrer Fraktion, die als Vorredner hier agiert haben, leid, denn sie haben in erster Linie das Bekenntnis zur Mutter, und zur Familie dann erst abgelegt.

Meine Damen und Herren! Ungeachtet dieser Feststellung möchte ich meinen Beitrag, nachdem schon sehr vieles gesagt wurde, auf einen Bereich einengen: In der nächsten Diskussion wird noch speziell auf den sozialen Wohnbau eingegangen, aber trotzdem: eine steirische Tageszeitung hat es berichtet, und es gibt Studien aus der Bundesrepublik, daß der soziale Wohnbau mit der sozialen Armut oder mit dem sozialen Wohlstand in sehr engem Zusammenhang steht. Man hat zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland eine Studie gemacht, welche folgendes aussagt:

Auf Grund des Rücklaufes und des Rückganges des Wohnbaues ist es innerhalb der Bundesrepublik zu einer großen Verarmung gekommen. Man spricht von rund 10 Prozent Betroffener, die in sozialer Armut leben beziehungsweise denen eine soziale Schwäche zuteil wird. Im Raum Köln ist dies noch viel dramatischer, hier spricht die Statistik von rund 30 Prozent. Diese Zahl und diese Feststellung ist ja bekannt und wurde auch in den Medien interpretiert, aber auch führende Proponenten des Vereines der österreichischen Wohnbaupolitik haben schon vor einer solchen Entwicklung gewarnt. Damit es nicht, wie bei vielen Dingen, die in der Bundesrepublik erkannt werden, in der Folge, zeitverschoben, nach Österreich kommt und uns irgendwann in der Steiermark trifft, haben sie gewarnt, daß diese Entwicklung bei uns nicht Platz greifen sollte. Dazu gibt es aber schon jetzt Anzeichen innerhalb der Steiermark. Ich darf nur an einen Rechnungshofbericht erinnern, wo der Landesrechnungshof festgestellt hat, daß von den 21 sogenannten gemeinnützigen steirischen Wohnbauträgern rund 2 Milliarden an Rücklagen liegen, welche in Summe im Wirtschaftsumlauf, aber auch im Sozialumlauf uns fehlen. Ich glaube, diese Tendenzen zeigen uns (Abg. Dr. Hirschmann: „Du bist noch nicht ganz informiert!“), daß wir in der ersten Stufe sind, was die Entwicklung und Feststellung in der Bundesrepublik

Deutschland betrifft. (Abg. Kanduth: „Ist nicht vergleichbar mit Österreich!“) Lieber Kollege Kanduth, ich werde dir das an einem zweiten Beispiel untermauern. Es ist kein Geheimnis, und alle, die an eine positive Konjunktur glauben, und im speziellen Sinne die Vertreter der steirischen Wirtschaft und des Wirtschaftsbundes beklagen ja auch in jüngster Zeit einen ganz eklatanten Fach- und Hilfskräftemangel. Hier auch ein deutliches Wort, wobei ich schon weiß, daß da sehr viel in der Bundeskompetenz liegt, aber hier sollten wir auch einen eigenen steirischen Weg gehen, wie bei der Familienbeihilfe, nämlich die Industrie der Steiermark beklagt mit weit über 50 Prozent der Industriellen, daß ein eklatanter Arbeitskräftemangel ist, und andererseits steht dem eine Arbeitslosenzahl gegenüber von rund 27.000. Was mich persönlich sehr berührt, von diesen 27.000 sind an die 10.000 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren. In dieser Entwicklung ist sehr deutlich ein Widerspruch erkennbar. Ich meine damit, wir sollten auch an die Bundesstellen, an das Sozialministerium, an den Sozialminister herantreten. Ich will durchaus nicht allen Arbeitslosen eine Arbeitsunwilligkeit unterstellen. Ich meine aber auch, daß man jenen arbeitswilligen, aber betroffenen Arbeitslosen es nicht zumuten kann, daß sie schlechtergestellt werden, weil einige nicht wollen. Es überschreitet auch mein Sozialempfinden, und ich darf dies mit einem treffenden Beispiel untermauern. Ich kenne genug Beispiele aus dem obersteirischen und südsteirischen Raum. (Präsident Meyer: „Darf ich hier im Raum und im Zuschauerraum um mehr Ruhe bitten!“)

Wenn einer eine Facharbeiterausbildung macht, wenn einer zum Beispiel den Beruf eines Landmaschinenmechanikers erlernt und in die schwierige Situation gerät, daß er keinen Arbeitsplatz nach genossener Fachausbildung hat. Wenn er dann zur Arbeitsmarktverwaltung beziehungsweise zum Arbeitsamt geht und ihm angeboten wird ein Beruf, ein Job als Kfz-Mechaniker und wenn dann unter dem sogenannten Unzumutbarkeitspassus diese Arbeit nicht angenommen wird. Diese Vorgangsweise überschreitet mein Sozialempfinden. Es überschreitet aber auch mein Sozialempfinden, wenn wir Monopolbetriebe haben und wenn wir eine einzige steirische Energieversorgungsgesellschaft haben, die STEWEAG, und wenn der Rechnungshof auch dort wiederum bestätigt, daß Privilegien und Pfründe herrschen, welche auf Kosten der sozial Armen, der Mindestrentner über den Strompreis finanziert werden müssen. Dies überschreitet mein Sozialempfinden. Ich meine daher abschließend: Der gesellschaftspolitische Wandel, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erfordern zwar eine Sozialpolitik, die aber nicht losgelöst von der Wirtschaftspolitik auf Kosten anderer betrieben werden darf. Aus diesem Grund möchte ich noch bemerken, daß Sozialeinrichtungen für jeden unschuldig in Not Geratenen vorhanden sein sollen, eine sogenannte Mindestversorgung garantieren sollen. Ich denke da im speziellen Sinn an kranke Menschen, an verunfallte Menschen, an alte Menschen, die aus eigener Kraft den Herausforderungen nicht mehr standhalten können. Aber wichtig ist mir auch die Jugend, der junge Mensch, der arbeitswillige Mensch, der sogenannte leistungsbe-reite Mensch, und sollten daher auch Leistungskrite-

rien und vor allem die Leistungswilligkeit ein Kriterium sein zur Erreichung der sogenannten Sozialeinrichtungen. Ich bedaure es daher abschließend, daß beide Fraktionen unserem zweiten Resolutionsantrag, welcher mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Land fordert, nicht ihre Zustimmung geben. Wir werden aber trotzdem als Fraktion den Budgetansätzen zustimmen, da wir unsere Solidarität allen sozial bedürftigen Menschen der Steiermark kundtun wollen. (Beifall bei der FPÖ. – 12.17 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Kammlander das Wort.

Abg. Kammlander (12.17 Uhr): (Abg. Dr. Hirschmann: „Ich hoffe, daß dich der Engelbert nicht ermüdet hat!“) Nein, Herr Kollege, Sie werden schon für Stimmung sorgen, nehme ich an!

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich melde mich ein zweites Mal, weil die Entwicklungshilfe mit der Familienpolitik wirklich nicht in eine Wortmeldung zu verpacken war. Ich habe mir gedacht, zweimal und mit Abstand, vielleicht wäre ich erst am Nachmittag drangekommen, wäre mir lieber gewesen, aber ich habe versprochen, ich bin sehr kurz, und deswegen darf ich am Vormittag noch. Die sich laufend ändernden Verhältnisse zwischen Ost und West berechtigen die sogenannten Entwicklungsländer jetzt schon zur Sorge, daß in Zukunft die Entwicklungshilfe der Industrienationen zugunsten der osteuropäischen Staaten teilweise umgeschichtet wird. Wir haben in der Steiermark auch schon einen sehr hohen Betrag für Polen. 1988 im Rechnungsabschluß, glaube ich, war das drinnen, wir sind vom Land aus bereit, diesen Ländern zu helfen. Ich möchte das auch nicht gegenüberstellen, aber nur einmal darstellen, für Entwicklungshilfe insgesamt im Budget sind es 2,3 Millionen Schilling heuer, 0,5 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Wir dürfen es nicht geschehen lassen, daß einerseits die osteuropäischen Länder für uns mehr in den Mittelpunkt kommen und die anderen Entwicklungsländer etwas aus dem Gedächtnis verschwinden. Die österreichischen Entwicklungshilfegelder sind im Verhältnis zu den Beiträgen von skandinavischen Ländern sowieso schon sehr bescheiden. (Abg. Dr. Hirschmann: „Mies, Gundi!“) Mies, Sie sagen es richtig. Ich frage mich auch, sind Entwicklungshilfegelder an ökologische und soziale Bedingungen geknüpft? Der ökonomische Nutzen muß für diese Gelder hinter die ökosozialen Bedürfnisse gereiht werden. Ökosozial in aller Munde, auch jetzt bei der Entwicklungshilfe. Die drohende Klimakatastrophe durch die Vernichtung der Regenwälder ist nur ein Teil der weltweiten Entwicklungsfolgen. Die Vertreibung von Indianer- und Bauernfamilien und die Zerstörung fruchtbarer Böden durch Monokulturen müssen durch weltweite Proteste aufgehalten werden. Auch Österreich, das möchte ich hier betonen, trägt durch die Förderung der internationalen Organisationen, zum Beispiel der Weltbank und der Welternährungsorganisation, zur Umwelt- und zur Regenwaldzerstörung bei. Industrie- und Umsiedlungsprojekte werden finanziert, und diese werden wieder an Aufträge an österreichische Firmen, zum Beispiel die VOEST und die Elin, gebunden. Zum

Beispiel: Das Staudammprojekt in Indonesien, in Chirata, an dem die Elin mit 450 Millionen Schilling beteiligt ist, dort wurden 50.000 Menschen von ihrem Grund und Ackerland vertrieben. Das Umsiedlungsprogramm hat zur großflächigen Regenwaldvernichtung geführt, und hier ist Österreich indirekt beteiligt, indirekt durch diese „Intergovernment group of Indonesia“. Der Generalsekretär im österreichischen Außenamt Dr. Klestil erklärte im November 1988 in Djakarta, daß Österreich hoffe, auch in der zweiten Bauphase zum Zug zu kommen. Außenminister Mock hat dann in einer Anfragebeantwortung gegenüber meinen grünen Kollegen im Parlament gemeint, daß sich Österreich durch seine Stimmrechte, durch die Österreich vertretende Stimmgruppe in der Weltbank, bisher noch nie bei einem Darlehen zum Beispiel an Brasilien der Stimme enthalten oder dagegengestimmt hat. Dieser Bereich, inwieweit Österreich indirekt an der Zerstörung dieser Länder beteiligt ist, wird in der Frage der Entwicklungshilfe immer gerne ausgespart. Hier geht es wirklich um riesige Geldsummen, während die kleinen Projekte nur Länder betreffen, die außerhalb der tropischen Regenwälder liegen. Diese gehören laut Auskunft des Außenministers nicht zu den Schwerpunktländern der österreichischen öffentlichen Entwicklungshilfe. Daß österreichische Tropenholzimporte noch immer höher sind als die Schwedens und Norwegens, soll uns wirklich zu denken geben. 55.000 Tonnen wurden 1988 nach Österreich importiert und 500 Kubikmeter Furnierholz. Für diese 500 Kubikmeter Furnierholz hat sich die Frau Minister Flemming eingesetzt. Im Verhältnis zu 55.000 Tonnen Tropenmassivholz ist dies eine lächerliche Menge, und sie hat sich hier genau dem kleineren Problem gewidmet und hat natürlich dadurch auch Kritik ausgelöst. Ich habe im Mai einen Antrag in den Landtag eingebracht – (Abg. Ing. Stoisser: „Das mit dem Tropenholz muß man differenzierter anschauen!“) Ich habe gerade differenziert, das eine ist Massivholz von 55.000 Tonnen für Mahagonisärge, Klodeckel, Fenster und Türen. (Abg. Ing. Stoisser: „Es muß ein gewisser Holzeinschlag durchgeführt werden!“) Von einem gewissen Einschlag redet niemand! (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist nicht negativ. Wenn wir in Österreich nicht eine gewisse Menge Holz schlägern, ist das nicht wünschenswert!“) Ja, aber für Fenster, Türen, Särge und Klodeckel hätte man genug heimisches Holz! Das soll nicht das Problem sein. Da werden sich in Zukunft die Konsumenten wahrscheinlich besser, flexibler und bewußter verhalten als die Firmen, die diese Produkte anbieten. Ich habe im Mai einen Antrag in den Landtag eingebracht, betreffend diese Entwicklungsprojekte, und daß man diese auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft. Ich glaube schon, daß dieser Antrag so wichtig wäre, um bald einmal behandelt zu werden, und nicht erst nächstes Jahr. Inzwischen werden vielleicht auch durch solche durch die Steiermark unterstützte Projekte Bauern vertrieben und Wälder abgeholzt. Im Moment gibt es noch keine bessere Information, daß sich die steirische Entwicklungshilfe an solche ökologischen und sozialen Auflagen selbst gebunden fühlt. Ich danke. (12.26 Uhr.)

Präsident Meyer: Wir unterbrechen die Sitzung auf eine Stunde und beginnen dann wieder um 13.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 12.26 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: (Wiederaufnahme der Sitzung um 13.30 Uhr.) Ich setze die unterbrochene Landtagsdebatte zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, fort.

Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Sponer gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer (13.32 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, zum Kapitel Soziales mit einigen Vergleichen zu beginnen. Ich gehe ein bißchen weiter zurück, und zwar um 200 Jahre. Vor 200 Jahren fast genau war die Struktur unserer Bevölkerung in unserem Land so, daß 90 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig gewesen sind. Zum Vergleich heute: Heute haben wir einen österreichischen Durchschnitt von etwa 7 Prozent. Warum ich diesen Vergleich bringe, hat den Grund, daß es zur damaligen Zeit bis in etwa hineinreichend in unser Jahrhundert durch diese Struktur sehr viele Großfamilien gegeben hat. Ein weiterer Vergleich, was das Alter betrifft: Vor 100 Jahren war das Durchschnittsalter bei den Männern 34 Jahre, heute sind es 71 Jahre.

Und ein drittes Beispiel, meine Damen und Herren: Die Struktur unserer heutigen Bevölkerung in der Steiermark ist so, daß fast 20 Prozent unserer steirischen Landsleute über 65 Jahre alt sind, und laut der Prognosen werden in etwa 30 Jahren es nicht 20 Prozent, sondern bereits 36 Prozent sein, die älter als 65 Jahre sind. Diese Entwicklung ist sicherlich eine sehr erfreuliche, aber andererseits ist es so, daß diese erfreuliche Entwicklung natürlich auch Probleme mit sich bringt. Probleme insofern, daß eben mit Erreichung eines höheren Alters die Menschen auch anfälliger werden für Krankheiten, für Behinderungen und so weiter. Das bedeutet, daß Pflege, Hilfe und Betreuung im besonderen Maße verstärkt notwendig sein werden. Ich habe schon gesagt, die Zeit der Großfamilie ist vorbei, und gerade in diesem Bereich: Pflege, Hilfe bei Krankheit, konnte in der Vergangenheit, wo die Großfamilie vorhanden war, das innerhalb des Familienverbandes zum größten Teil gemacht werden. Heute ist es leider so, daß die Menschen, wenn sie älter werden, auch – und das ist leider keine Seltenheit – meist alleine ankommen. Diese Situation, meine Damen und Herren, verpflichtet uns, eine gewisse Vorsorge zu treffen beziehungsweise Maßnahmen zu setzen, um den Kranken, den Behinderten und den Pflegebedürftigen helfen zu können. Aus humanitären und auch aus Kostengründen soll es dem älteren Menschen bei Eintritt eines solchen Betreuungsfalles oder einer Pflegebedürftigkeit möglich sein, in seiner Wohnung oder zumindest in seinem Gemeindebereich bleiben zu können. Dieser sozialpolitisch richtige Weg ist in den Grundsätzen des steirischen Sozialplanes festgelegt, wonach künftig keine zentralen großen Pflegeeinrichtungen mehr errichtet werden sollen, sondern dem Ausbau der mobilen Betreuungs- und Pflegedienste der Vorzug zu geben ist. Den Sozialplan haben wir im vorigen Jahr hier einstimmig beschlossen, und so ist es nun auch an der Zeit, diese Dinge umzusetzen. Aber, meine Damen und Herren, wir wissen ja, und letztendlich reden wir jetzt drei Tage vom Geld, daß solche Maßnahmen, wie sie vorgesehen sind, natürlich wieder Geld kosten. Da möchte ich heute die Gelegenheit wahrnehmen, um dem Herrn Landesrat Tschernitz zu

danken dafür, er hat vorige Woche den Entwurf eines Pflegehilfegesetzes vorgestellt. Wir haben ja auch schon des öfteren darüber gesprochen. Warum ich mich bedanken möchte, hat eigentlich den Grund, daß er sehr rasch reagiert hat auf die Vorschläge, wie sie uns im Sozialplan aufgezeigt wurden. Es liegt letztendlich doch an uns, daß wir ebenfalls als Abgeordnete dieses Hauses bestrebt sein müssen, daß dieses Pflegehilfegesetz so rasch als möglich auch in die Realität umgesetzt werden soll. Worum geht es dabei? Es geht hier um zwei wesentliche Dinge, die uns bisher fehlen in diesem Problem Soziales. Und zwar zum Einen soll – und ich hoffe, es werden alle Kolleginnen und Kollegen mitstimmen – vorgesehen sein in diesem Gesetz, daß jeder, der in diesem Bundesland wohnhaft ist, einen gesetzlichen Anspruch auf Pflegehilfe haben soll. Das Zweite ganz Wesentliche, wovon ich überzeugt bin, daß es viele Tausende Familien im positiven Sinne betreffen wird, ist, daß es in Zukunft keine Regreßforderungen mehr bei Angehörigen geben soll. Wir wissen, daß der jetzige Zustand nicht unbedingt befriedigend ist. Was die Kosten betrifft, darf ich in Erinnerung rufen, wurde auch schon gesagt, aber es ist notwendig, um auch Vergleiche zu haben, ein Pflegebett kostet uns derzeit in der Steiermark in etwa 15.000 Schilling im Monat. In der Praxis ist es so, daß diejenigen, die nicht das Einkommen haben und sich in einem öffentlichen Landespflegeheim befinden, eben als Differenz zu ihrem Einkommen – meistens sind das eben Pensionen, und in den meisten Fällen sind das die niedrigsten Pensionen – das Land oder die Bezirksfürsorgeverbände oder Sozialhilfeverbände hier einspringen müßten. Wir wissen aber auch, so es nahe Familienangehörige gibt, die über ein entsprechend gutes Einkommen verfügen, daß eben diese Menschen auch herangezogen werden können und für den Angehörigen, der sich stationär in einem Pflegeheim befindet, mitzahlen müssen. Es ist uns auch bekannt, daß unter Umständen Gelder oder Grundbesitze oder Eigenheime auch dafür verwendet werden, um diese Kosten abzudecken, und erst, wenn nichts mehr vorhanden ist, dann wird das von der öffentlichen Hand übernommen. Das soll in Zukunft nicht mehr so sein, und ich bin überzeugt, daß für viele Tausende steirische Familien es hier auch eine Entlastung geben wird.

Abschließend möchte vielleicht noch auf etwas hinweisen, das wurde gerade in der letzten Zeit sehr oft zitiert und genannt, es ist etwas Erfreuliches. Und zwar im Jahre 1964, als das Behindertengesetz in diesem Hohen Haus beschlossen wurde, war die Steiermark beziehungsweise der Steiermärkische Landtag Vorreiter in Österreich. Jetzt bleibt mir eigentlich nur mehr der Wunsch und die Hoffnung, daß wir diese Vorreiterrolle vielleicht auch im Jahr 1990 mit der Beschlussfassung über ein steirisches Pflegehilfegesetz fortsetzen könnten. Ich bin optimistisch, ich hoffe, daß auch hier zu dieser Sache alle hier im Haus vertretenen Parteien beziehungsweise die Damen und Herren Abgeordneten mitstimmen werden. Mein Optimismus fußt eigentlich darauf, und das ist auch wieder etwas Erfreuliches und zeichnet auch dieses Hohe Haus aus, daß eigentlich schon seit längerem und bei jeder Gelegenheit, wenn hier im Haus über soziale Probleme gesprochen wurde, es eigentlich zum größten Teil Übereinstimmung und Einigkeit gegeben hat. Darauf können wir stolz sein, denn das soziale Anliegen oder die sozialen

Probleme sollen ja letztendlich nicht Zankapfel sein, und wenn wir hier etwas Gutes beschließen, wenn uns hier etwas Gutes gelingt, dann ist es letztendlich für diejenigen Armen, die der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, daß wir uns in Zukunft auch weiter so einig sein mögen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 13.45 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel (13.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte gleich beim Kollegen Sponer anknüpfen und auf die besondere Notwendigkeit eines Pflegehilfegesetzes hinweisen und zu bedenken geben, ob es nicht doch sinnvoll wäre, hiezu eine bundesgesetzliche Regelung zu erreichen, um einheitlich über die Landesgrenzen dann die Pflegefälle in sozialpolitischer Hinsicht betreuen zu können. Damit aber auch eines erreichen zu können, daß wir Bundesmittel in Anspruch nehmen können oder überhaupt die Finanzierung der Bund übernimmt.

Einen besonderen Bereich erlauben Sie mir herauszustellen, und zwar die bäuerliche Sozialversicherung. Ich freue mich, daß es in den letzten Tagen gelungen ist, auf Bundesebene im Sozial-Ausschuß einen Beschluß durchzubringen, daß den bäuerlichen Kleinstrentnern insofern wesentlich geholfen werden konnte, daß ein Betrag von etwa 600 Millionen Schilling aus dem Bundesbudget zur Verfügung gestellt wird. Der Betrag wird ab 1. Jänner 1990 den bäuerlichen Pensionisten zur Verfügung stehen, und zwar den 70.000 Ausgleichszulagenempfängern in Österreich. Das ist jener Bereich an Bauernpensionisten, die eine relativ geringe Pension bekommen, und es ist sehr zu begrüßen, daß beispielsweise in der Steiermark etwa 3000 solcher Bauernpensionisten durch diese neue gesetzliche Regelung der 14. Novelle zum Bauernsozialversicherungsgesetz eine höhere Pension bekommen werden. Die Pensionserhöhung, miteingebunden die Ausgleichszulage, wird im Schnitt etwa 700 Schilling ausmachen, und es gibt Einzelfälle, wo die Erhöhung pro Monat bis zu 2500 Schilling ausmacht. Ich möchte das deshalb so sehr herausgreifen, weil wir uns immer wieder bemüht haben, die Sozialversicherungsregelungen für die bäuerliche Familie zu verbessern. Es ist erfreulich, daß eine Übereinstimmung zwischen den beiden Koalitionsparteien gefunden werden konnte, und mir ist unverständlich, warum bei dieser so merkbaren positiven sozialen Regelung für die Bauern im Sozial-Ausschuß die Grünen und die Freiheitlichen nicht mitgestimmt haben.

Meine Damen und Herren, es würde sicher zu weit führen, im Detail dazu die näheren Erläuterungen zu bringen. Wir freuen uns jedenfalls, daß die Anrechnung des fiktiven Ausgedinges auf 35 Prozent von bisher etwa 49 Prozent gesenkt werden konnte und daß der nächste Schritt, den wir uns vorgenommen haben, die Senkung der Ausgedingsanrechnung ab 1. Jänner 1991 – so würden wir uns das vorstellen – auf 25 Prozent möglich ist und dann in der weiteren Folge zur Gänze beseitigt werden kann.

Ich möchte aber einen weiteren Bereich besonders herausstellen, der eigentlich zur Budgetgruppe Gesundheit gehört. Erlauben Sie mir, daß ich das in aller Kürze auch jetzt anbringe, weil ein Zusammenhang mit der sozialen Sicherheit besteht. Es geht um den 20prozentigen Selbstbehalt in der Krankenversicherung für die Bauernfamilien. Eine Härte, da die Bauernfamilien, die nach dem Bauernsozialversicherungsgesetz versichert sind, 20 Prozent Selbstbehalt bei Krankenhausaufenthalten zu leisten haben. Wenn von kompetenten Personen der Sozialversicherung, aber auch des Gesundheitsministeriums und der Arbeiterkammer sicher zu Recht der Verpflegskostenbeitrag von derzeit rund 50 oder 51 Schilling kritisiert wurde und zur Zeit Überlegungen angestellt werden, diesen Beitrag zu beseitigen, dann meine ich, daß mit Recht es angebracht ist, den Selbstbehalt der Bauern, der zur Zeit noch immer 20 Prozent ausmacht, auch mitzudiskutieren und dann mit einer Selbstverständlichkeit auch zu beseitigen. Ich bringe ein Beispiel: Wir haben zur Zeit eine durchschnittliche Bauernpension von etwa 3500 Schilling in der Steiermark; wenn ein Bauernpensionist mit 3500 Schilling, wobei dieser Betrag auch die Mitversorgung seiner Ehegattin beinhaltet, für die ersten 28 Tage 20 Prozent Selbstbehalt zu bezahlen hat, macht das einen Betrag von etwa 5000 Schilling aus, und zwar einen Betrag von rund 180 Schilling täglich. Hier besteht die Ungerechtigkeit: wenn die 51 Schilling bemängelt und als unerträglich hoch angesehen werden, so muß natürlich gleichzeitig mit Recht auch gemeint werden, daß die 180 Schilling für die bäuerliche Familie selbstverständlich auch nicht angebracht sind.

Ein Weiteres noch: Die Karenzgeldregelung und der Karenzurlaub, der ab dem kommenden Jahr auf zwei Jahre ausgedehnt wird, ist für die bäuerliche Familie noch unzureichend gelöst. Wenn es nach langwierigen Verhandlungen gelungen ist, eine Wochengeldregelung zu erwirken, wonach acht Wochen vor der Geburt und für acht Wochen nach der Geburt ein Betrag von rund 28.250 Schilling für die bäuerliche Wöchnerin geleistet werden, so verlangen wir mit Recht, daß auch die Bäuerin hier eine Aufstockung erfährt; in welcher Weise, das müßte noch ausdiskutiert werden – ob das ein Familienzuschuß, ein Erziehungsgeld für die Kinder ist, ganz gleich, in welcher Weise, hier dürfen wir die Bauernfamilien von dieser Karenzgeldregelung nicht abkoppeln.

Ein letzter Punkt: Die soziale Besserstellung für die Bäuerin ist uns ja ein allgemeines Anliegen. Die Bäuerin ist zur Zeit nicht pflichtversichert mit dem Bauern, sie ist natürlich mit ihrem Beruf als Bäuerin voll berufstätig. Wenn dazu gemeint wird, das könnte die Sozialversicherung der Bauern selbst lösen, so darf ich dazu allen Ernstes sagen: Es ist unmöglich, der Bauernschaft eine weitere Beitragsleistung zuzumuten. Wir sollten hier insofern über alle politischen Parteien ausgleichend wirken, daß wir bereit sind, einen neuen Sozialversicherungsausgleich zu schaffen. Wenn das ASVG Mitte der fünfziger Jahre beschlossen wurde, so glaube ich, paßt es in manchen Bereichen nicht mehr in die heutige Zeit. Eine grundlegende Umverteilung aller Berufe über das ASVG müßte erreicht werden, und hier ersuche ich um die Mitarbeit und um die Bereitschaft über alle politischen Parteien

und ersuche auch die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages, uns in der Landwirtschaft zu helfen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.55 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erhart (13.55 Uhr): Hoher Landtag! Sehr verehrte Damen und Herren!

In die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, gehört natürlich auch das Thema Altenpflege, Seniorenhilfe oder generell Alterspolitik.

War in den vergangenen Jahren mit dem Ausbau von Alters- und Pflegeheimen in der Altenfürsorge der Hauptanteil zu sehen, so geht nun die Entwicklung in Richtung mobiler, spitalexterner Sozial- und Pflegedienste. Aber immer noch konzentrieren sich diese Maßnahmen auf die ältesten Jahrgänge der Rentner und Pensionisten.

In anderen Ländern Europas dagegen wird vermehrt auf eine umfassendere Alterspolitik gesetzt. In Holland sind die „Vereinigung 50 Plus“ und ähnliche Gruppen mit Projekten für das Zusammenleben in Wohngemeinschaften erfolgreich. „Altern ist im Kommen“, so heißt der Titel für eine Kampagne, die in Schweden helfen soll, die negative Einstellung zum Altern zu ändern. Dänemark hat mit dem Verzicht auf den Bau weiterer Pflegeheime eine neue, auf Kontinuität und Selbstbestimmung ausgerichtete Alterspolitik in Gang gesetzt.

So wurde im dänischen Landesparlament 1987 eine Reform beschlossen, die in der Älterenfürsorge eine Wende zu einem grundlegend neuen, mitmenschlicheren Umgang mit dem alten Menschen führt. Dieses sogenannte „dänische Seniorenpaket“ hat folgende Ziele:

Erstens: Im Leben des älteren Menschen soll Kontinuität herrschen. Man soll ihn nicht aus seinen Gewohnheiten reißen; den alten Mitbürgern soll größtmögliche Selbstbestimmung eingeräumt werden; und die älteren Menschen sollen eigene Fähigkeiten und Möglichkeiten benützen.

Zweitens: Es werden keine neuen Altenpflegeheime mehr gebaut, nur noch Seniorenwohnungen mit zwei Zimmern, Küche und Bad, alles selbstverständlich altersgerecht eingerichtet.

Drittens: Diese und andere Maßnahmen sollen den Betagten soweit wie möglich ein Verbleiben in der Wohnung erlauben.

Viertens: Neben der Krankenpflege ist neu auch die Hauspflege (Heimhilfe) vom ersten Tag an kostenlos.

Die Entwicklung Dänemarks zu einem Industriestaat, besonders der wirtschaftliche Aufstieg in den sechziger Jahren mit hohen Wachstumsraten, hat dazu geführt, daß in der Altenfürsorge auch Prinzipien der Industriegesellschaft – wie Standardisierung, Konzentrierung, Spezialisierung und Maximierung – zur Anwendung kamen. Immer mehr größere Altenpflegeheime wurden so zu Eckpfeilern der dänischen Alterspolitik.

Der Kostendruck der steigenden Sozialausgaben – auch für die inzwischen gestiegenen Zahlen der Arbeitslosen (7 Prozent) – und nicht zuletzt der

Wunsch der Rentner nach einem menschengerechten Alter führte noch unter der sozialistischen Regierung zur Einsetzung einer Altenkommission.

Diese Kommission stellte fest, daß sich die bisherige Alterspolitik mit dem Ausbau der Pflegeheime immer stärker auf die älteste Altersgruppe und damit auf die negativen Seiten des Alters konzentrierte. Der Einsatz der öffentlichen Hand erfolge zu spät und sei nur auf Mängel konzentriert.

Damit würden die früheren Phasen des Alterns, wo die Ressourcen der Senioren noch groß sind, wo es leichter fällt, sich auf eine positive Weise mit dem Altern zu beschäftigen und sich neuen Herausforderungen zu stellen, ganz außer acht gelassen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Dieses Beispiel aus Dänemark, das noch weit ausführlicher geschildert werden könnte – ich habe nur ein paar Auszüge aus einem Bericht gebracht –, zeigt uns, daß wir – nun weg von Dänemark, zurück zur Steiermark – bei uns auch auf dem richtigen Weg sind, indem wir nicht noch mehr Pflegeheime bauen beziehungsweise vergrößern, sondern auch bereit sind, Alternativen zu fördern.

Gerade das vermehrte Bauen von Seniorenwohnungen – welches mittlerweile durch das neue Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz in die Förderung voll einbezogen wird – die Frau Präsident Meyer wird als Sprecher beim Wohnbau darauf eingehen – läßt hoffen, daß auch wir in der Alterspolitik rechtzeitig positive Veränderungen einleiten. (Abg. Dr. Lopatka: „Da hat es bei Ihnen ein starkes Umdenken gegeben!“ – Abg. Trampusch: „Im Gegensatz zu euch sind wir lernfähig!“) Herr Kollege Dr. Lopatka, Sie haben das ganz richtig beobachtet. Vor zwei Jahren hat sich mir in Knittelfeld das Problem gestellt, daß das Landesaltenpflegeheim derartig gefragt war, daß Menschen einfach nicht mehr hineinkommen konnten, und mittlerweile ist das – ich habe die Zahlen mit – noch schlechter geworden. Sie werden die jüngste Statistik ja kennen. Im Landesaltenpflegeheim warten derzeit 27 Frauen, 31 Männer, das sind insgesamt 58 Personen, auf eine Aufnahme. Die Wartezeit beträgt zirka sechs Monate für die Frauen, die der Männer zweieinhalb Jahre. Das heißt, da sind noch immer Leute auf den Listen, die vor zweieinhalb Jahren angesucht haben. Das hat sich nur verschlechtert. Die damalige Situation für mich war, daß ich mir gesagt habe, das kann doch nicht wahr sein, kein Mensch geht freiwillig gerne in ein Heim, daß der jetzt dann, daß er so schlecht beisammen ist, daß er unbedingt einen Pflegeplatz braucht, sich praktisch noch anstellen muß, so lange warten muß, ich habe das für unmenschlich gefunden. Nachdem ich wußte, daß es Pläne gab, es gab ja schon Planungen für einen Ausbau mit den damaligen Mitunterzeichnern des Aichfelder Oberen Murtales, war klar, wir würden dringend einen solchen Zubau brauchen. Das wurde von Ihnen richtig gesagt, zu dem stehe ich, aber mit dem näheren Befassen der ganzen Dinge, da kann mich niemand hindern, etwas dazuzulernen, und ich möchte auch einmal so gescheit werden, wie Sie, das wird mir wahrscheinlich nie gelingen, haben wir gesehen, auch der steirische Sozialplan geht in diese Richtung, meine ganze Ausführungen über Dänemark gehen in diese Richtung, daß es natürlich besser ist, Alternativen zu finden.

In diesem Sinne spreche ich heute dem Seniorenwohnhausbau das Wort, wenn dort solche Pflegeeinrichtungen zu inkludieren sind, damit man dort den Menschen in seiner Wohnung, Umgebung belassen kann, aber er trotzdem diese Pflege bekommt. Das ist hier kein Widerspruch. Natürlich würde ich es gerne sehen, daß diese rund 60 Menschen ihren Heimplatz auf der Stelle bekommen könnten. Noch schöner wäre es, hätten wir da schon ein Seniorenwohnhaus stehen, wo ihm in einer anderen Form geholfen werden kann.

Ich danke Ihnen für diese Erinnerung. Sie war nicht notwendig, da ich ja bei der letzten Sitzung ohnehin über die Vorlage berichtet habe für den Sozial-Ausschuß, wo die Landesregierung gemeint hat, weitervergrößern können wir nicht, aber wir wollen andere Dinge fördern. Der Herr Landesrat weiß, daß ich jetzt verstärkt für ein Seniorenwohnhaus für Knittelfeld eintrete, damit wir diese Überkapazität von Wünschen abbauen können.

Aber mit der Errichtung von Seniorenwohnungen allein ist es noch nicht getan. Jetzt kommt es darauf an, wie diese ausgestattet sind, denn es gibt auch schon Beispiele, da ist außer dem Titel Seniorenwohnhaus und dem Umstand, daß man nur Pensionisten hineingenommen hat, ist es früher passiert, daß es nichts anderes war als ein normaler Wohnbau. Bestenfalls hat es noch einen Gemeinschaftsraum gegeben. Das kann ich mir nicht vorstellen, im Gegenteil, nämlich eingehend auf diese Überlegungen müßte man natürlich die Frage an Menschen stellen, die nicht so weit sind, daß sie um den Pflegeplatz kämpfen müssen, sondern in einem früheren Alter sind, was ist, wenn sie morgen in ein Seniorenwohnhaus einziehen, was würden sie sich wünschen, was sie dort finden? Denn es geht vor allem um den Wohnwunsch des älteren Menschen, der für uns im Vordergrund zu stehen hat. Dieser Wohnwunsch ist im Regelfall der, daß der ältere Mensch zur Erhaltung der eigenen Wohnung und zur Betonung des Wunsches nach Selbständigkeit neigt. Dies wird vor allem aber durch die Qualität und Sicherheit der Erreichbarkeit von sozialen und medizinischen Diensten erreicht. Und allgemeine Planungsgrundsätze für ein pflegerechtes Seniorenwohnhaus müssen im Falle Neu- und Umbau in die Planung einfließen. Ich möchte hier, der Herr Landesrat wird ja in Kürze ein eigenes Buch vorstellen, das herausgegeben wird, besonders von ihm gefördert, befassen sich schon Leute ganz konkret, wie solche altengerechte, pflegerechte Wohnungen ausschauen sollen. Ich habe mich mit Freunden in Knittelfeld, mit den Bürgermeister, dem Stadtbaudirektor auf den Weg gemacht, wir haben mit einem Experten in Salzburg gesprochen. Es ist dies ein Planer namens Lettner. Er ist selbst schon seit vielen Jahren an den Rollstuhl gebunden, und er hat aus eigener Erfahrung heraus geplant, wie eine Wohnung ausschauen muß, in der man praktisch drinnen bleiben kann. Hier spielen viele Dinge eine Rolle. Ganz einfache Dinge zum Teil, die leicht zu lösen sind. Aber es geht einfach nicht, daß nur der gesunde Planer, Architekt und so weiter solche Überlegungen anstellt. Hier müssen jene miteinbezogen werden, die die Betroffenen von diesen Dingen sind. Und da ist hier die große Frage, wie schaut das mit einem Krankenbett aus, wie schaut es mit der Möglichkeit aus, wenn er zum Pflegefall wird, aber in der Wohnung bleiben

kann, daß der Mensch eine Rufanlage hat und ähnliches mehr. Trotzdem kommt diese Form noch immer weit billiger als das teure Akutbett. Wollen wir also, sehr verehrte Damen und Herren, eine Trendwende weg von den auf Spitalstandard ausgelegten Pflegeheimen hin zu den Seniorenwohnungen, die eine vollständige Pflege bis zum Ableben garantieren, dann müssen wir uns mit dem Umdenken etwas beeilen.

Wir müssen vor allem hinsichtlich der Kosten, und das paßt genau zu dem, was der Herr Kollege Sponer zur Pflegegeldversicherung gesagt hat, hinsichtlich der Kosten müssen wir für eine neue und rasch wirksame Alterspolitik eintreten. Mit der Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des steirischen Sozialplanes sind wir in unserem Bundesland sicherlich auf dem richtigen Weg. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.09 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz (14.09 Uhr): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren!

Ich möchte Ihnen einen Tausch vorschlagen: Ich beschränke mich auf die Hälfte der Redezeit, die ich eigentlich vorgehabt habe, und bitte Sie gleichzeitig, mir doppelt so aufmerksam zuzuhören. Dann hätten wir beide vielleicht etwas davon, denn es beschäftigt mich ein Problem schon lange, das ich heute, ohne es vorgeplant zu haben, aussprechen möchte. Wir alle kennen das Spannungsfeld, in dem Frauen und Mütter, aber auch Väter leben, die Beruf und Familie verbinden; die bewußt beides in Leid und Freud – und das gibt es ja Gott sei Dank auch in hohem Maß, und zwar die Freude in der Familie – verbinden. In erster Linie geht es natürlich immer zu Lasten der berufstätigen Frauen. Deshalb sage ich ein eindeutiges Ja – und das möchte ich vorausschicken, weil man mich sonst mißverstehen könnte –, ein eindeutiges Ja zu allen Maßnahmen, die berufstätigen Frauen helfen, Kinder, ich spreche in der Mehrzahl – es wäre sehr wünschenswert, wenn im Durchschnitt wieder zwei Kinder pro Familie erreicht werden könnten –, Kinder und Beruf zu verbinden. Da sind sicherlich Einrichtungen wie Ganztagskindergärten, Schultypen, die eine Auswahl ermöglichen, die Pensionsanrechnung von Erziehungszeiten, alle diese Maßnahmen, die wir schon haben, sehr sinnvoll. In der Zwischenzeit haben wir auch das zweite Karenzjahr faktisch im Abschluß. Im Modell „Arbeit“ des ÖAAB haben wir einen Mindestlohn für Arbeit, netto 7000 Schilling, vorgeschlagen. Das ist etwa das Maß einer Arbeitslosengeldzahlung im Mindestmaß. Wenn wir jede Arbeit mit monatlich 7000 Schilling bewerten und auch honorieren wollen, dann wäre es nur recht und billig, für jene Frauen, die sich ganz bewußt entschließen, länger als die Karenzzeit, ein, zwei, drei Jahre, auch bis zum Schuleintrittsalter, bis zum sechsten Lebensjahr bei ihren Kindern zu bleiben und für ihre Kinder und damit ausschließlich für die Familie zu arbeiten und für die Gesellschaft eine wichtige Funktion auszuüben, daß man jenen Frauen ein Familienarbeitsentgelt in der Höhe des Mindestlohnes für Arbeit gibt. (Abg. Hammer: „Finanzierung?“) Finanzierung – kommt sofort! Die Finanzierung ist durchaus denkbar und möglich über den Familienlastenausgleich oder/und, wahrscheinlich bei-

des, aus Geldern der Arbeitsmarktverwaltung. Denn was wird jetzt gemacht? Jetzt wird oft getrickst und versucht, dort und da aus den Töpfen die Zeiten zu überbrücken. Es wäre eine ehrliche Lösung zu sagen, das ist eine wesentliche Arbeit, gleichgesetzt mit jeder unselbständigen Arbeit in einem Betrieb, daher auch Mindestlohn für Familienarbeit für diese Frauen. Ich gehe noch weiter: es könnte ja sein, daß sich dazu ein Mann entschließt – diese Beispiele gibt es ja –, auch der würde diesen Mindestarbeitslohn für die Familienarbeit bekommen.

Wenn wir also bestmögliche Hilfen für jene Frauen hoffentlich bald in hohem Maß erreichen, daß wir Familie, Kinder und Beruf verbinden können, dann bitte auch keine Diskriminierung für jene Frauen, die in der Familie ihre Hauptaufgabe finden. Die Finanzierung ist meiner Meinung nach möglich aus dem Familienlastenausgleich und aus Geldern der Arbeitsmarktverwaltung. (Abg. Hammer: „Kollege Dr. Maitz, ein wunderbarer Vorschlag, aber zuerst müssen wir die kleine Forderung durchbringen!“) Das ist sicher ein mittelfristiges oder längerfristiges Ziel. Ich wollte es mir auch nur von der Seele reden, weil wir momentan alle Frauen in Beruf und Familienerziehung geradezu hineindrängen und jene benachteiligen, die die Familienarbeit als ihre Hauptaufgabe sehen. Also, ich möchte haben, daß Mütter und Väter, die außerhalb einen Beruf haben, jede Unterstützung bekommen. (Abg. Kammlander: „Schöne Bekenntnisse!“) Ich möchte aber auch haben, daß Mütter und Väter, die bei ihren Kindern bleiben, im Laufe ihres Lebens phasenweise diese Aufgabe als ihre Hauptaufgabe ansehen, auch eine entsprechende materielle Unterstützung bekommen. Und das nicht als soziale Leistung, sondern als Entgelt für diese für die Gesellschaft so wesentliche Aufgabe. Man kann jetzt sagen, das sind schöne Vorstellungen, die wir nie erreichen – es gab schon sehr viele Visionen, die wir gedacht haben, nie zu erreichen, schauen Sie nur rund um Österreich herum, wo wir auch sagten, das wird nie der Fall sein. Ich glaube, daß wir materiell und ideell imstande sind, wenn wir nur wollen, auch dieses Ziel zu erreichen! (Abg. Kammlander: „Da ändern sich vorher die politischen Verhältnisse!“) Ich danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.15 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (14.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vieles wurde heute schon über die Sozialpolitik in diesem Land gesprochen, und ich möchte mich Projekten zuwenden, die für die heutige Zeit große Bedeutung erlangt haben. Es handelt sich hier um die Sozialprojekte, die in der Steiermark auch immer mehr werden. In Österreich gibt es ein sehr dichtes soziales Netz, zu dem wir uns alle bekennen können. Neben der traditionellen Sozialpolitik haben sich in den letzten Jahren Sozialprojekte und Initiativen entwickelt, die vor allem für die Abdeckung von Problemen tätig sind, die von der herkömmlichen Sozialpolitik beziehungsweise vom herkömmlichen sozialen Netz nicht erfaßt werden. Das sind Projekte, die vor allem Jugendliche betreffen, die auf Grund ihrer schwierigen und

sozialen Verhältnisse – seien es Alkoholiker, Drogenabhängige, Haftentlassene – schwer in die Wirtschaft oder in Arbeitsprozesse einzugliedernde Personen sind. Was soll, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesen Projekten erreicht werden? Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Projekte dem oben angeführten Personenkreis eine Chance geben, den geistigen und körperlichen Verfall zu verhindern. 50 Prozent im Durchschnitt werden, wenn sie in diesen Projekten gewirkt haben beziehungsweise eingebunden waren, in den Arbeitsmarkt wiederum eingegliedert. Wenn man sich vor Augen führt, daß ein Patient im Durchschnitt pro stationärem Aufenthalt im Krankenhaus 23.000 Schilling kostet, und wenn man weiß, daß für Sozialprojekte pro Person rund 11.000 bis 12.000 Schilling aufzuwenden sind, so sprechen die Zahlen dafür, daß wir diesen Projekten in Zukunft größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. (Präsident Dr. Kalnoky: „Ich bitte um etwas mehr Ruhe!“) Ich danke daher, Herr Landesrat Tschernitz, daß in diesem Budget mehr finanzielle Mittel für diese Projekte zur Verfügung stehen. Ich bin zwar der festen Überzeugung, daß es sich hier nicht um die letzte Aufstockung für diesen Bereich gehandelt haben kann.

Auf eines möchte ich heute wieder aufmerksam machen: Wir dürfen diese Projekte nicht als öffentliche Hand selbst führen, da die Jugendlichen noch immer große Schwellenangst vor Behörden und öffentlichen Einrichtungen haben. Die Eigeninitiative führt in dieser Angelegenheit rascher und schneller zum Ziel. Mit großem Engagement, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind hier junge Menschen tätig, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben.

Ich möchte daher abschließend einige Forderungen für die Zukunft anbringen. Diese Sozialprojekte werden am Beginn meistens über die Aktion „8000“ finanziert, zu der ich mich uneingeschränkt bekenne und auch alle auffodere, dafür einzutreten, sollte nur der Gedanke auftauchen, sie abzuschaffen, das zu verhindern. Die Finanzierung von Personalkosten, die ja zum Teil jetzt schon finanziert werden, soll in Zukunft verstärkt noch vom Land übernommen werden. Termingerechte Zusagen über Förderungen möglichst auch für mehrere Jahre verbindlich, da die ständige Existenzbedrohung enorm viel an Arbeitskapazität der Betreuerinnen und Betreuer kostet. Ein klarer Schlüssel der anteiligen Kosten, Gemeinden, Land und Bund, um ein Ausspielen um eine unnötig verzögerte Entscheidungsfindung der Subventionsgeber zu vermeiden. Eine klare Absicherung dieser Projekte ist notwendig. Aber wir werden das Verständnis auch der breiten Öffentlichkeit brauchen; die ideelle Unterstützung, die wir neben allen finanziellen Unterstützungen diesen Projekten geben müssen, ist genauso wichtig. Denn wenn wir die Öffentlichkeit nicht davon überzeugen können, daß wir diese Projekte brauchen, um diesem Personenkreis, den ich genannt habe, zu helfen, dann wird es auch in Zukunft schwer möglich sein, die finanziellen Mittel wesentlich zu erhöhen, weil die breite Öffentlichkeit dies nicht verstehen würde. Wenn wir aber da ansetzen, daß wir um Verständnis für diese Projekte werben, dann werden wir in Zukunft auch in dieser Frage einen guten Schritt weiterkommen. Ich danke fürs Zuhören. (Beifall bei der SPÖ. – 14.20 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer (14.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Morgen darf ich über die Vorlage 922/1 berichten, aber nicht mehr dazu sprechen, daher möchte ich das jetzt tun und mich in aller Form bei der Landesregierung, insbesondere beim zuständigen Referenten Landesrat Tschernitz und beim Landesfinanzreferenten Dr. Klauser dafür bedanken, daß sie bereit sind, das entsprechende Grundstück für die Errichtung eines Seniorenwohnhauses mit Pflegestation der Bezirksstadt Deutschlandsberg zu überlassen. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Es ist das die zweitbeste Lösung für die Stadt Deutschlandsberg, nachdem dem Antrag, das Land möge ein entsprechendes Landesaltenpflegeheim errichten, nicht stattgegeben wurde. Das Grundstück dafür war aber angekauft, und nun hat sich die Stadtgemeinde entschlossen, ein Seniorenwohnheim selbst zu errichten, und um die Überlassung des Grundstückes ersucht. Dem soll jetzt mit diesem Landtagsbeschluß Rechnung getragen werden, und ich darf Sie darum bitten. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 14.22 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Tschernitz. Ich erteile es ihm.

Landesrat Tschernitz (14.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich persönlich, daß sich so viele Mitglieder des Hohen Hauses zu den verschiedenen Themenbereichen der Sozialpolitik gemeldet haben und hier diskutiert wurde. Ich finde dieses Interesse als gutes Zeichen für die Lösung der wichtigen Vorhaben im Sozialbereich, die vor uns liegen. Es wurden viele Anregungen und Anliegen vorgetragen, vor allem der Abgeordnete Dr. Lopatka hat auch in seiner Wortmeldung LSKH drinnen gehabt, und wenn ich an unsere Heilpädagogische Station in Wetzelsdorf denke, die Gott sei Dank sehr gut mit Herrn Dr. Danzinger besetzt wurde und hervorragendes Ansehen genießt, muß man auch hier feststellen, wie es schon einige Male zum Ausdruck gebracht wurde, daß es halt auch ein gewisses Umdenken gibt. Vor einigen Jahren hat man auch noch geglaubt, diese Station aufzulassen und dem LSKH einzugliedern. Jetzt ist man auch auf dieser Seite anderer Meinung, was mich persönlich sehr freut, weil es uns gelungen ist, hier wirklich positiv im Sinne dieser Kinder zu handeln. Im allgemeinen ist aber immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß alle Vorhaben einerseits von der finanziellen Möglichkeit geprägt sind, und andererseits natürlich vom starken Ansteigen der älteren Menschen, wo wir alle wissen, daß die Lebenserwartung in der Steiermark gerade in der letzten Zeit von 1969 bis 1989 doch immerhin von 72,3 auf 78,5 Jahre bei Frauen gestiegen ist, bei den Männern von 66 auf 72 Jahre, und daß sich auch die Zahl der Achzigjährigen von 20.000 auf 37.000 erhöht hat. Und daß, wie es hier schon zum Ausdruck gebracht wurde, der Anteil der Sechzigjährigen an der Gesamtbevölkerung in kurzer Zeit von 20 Prozent auf fast 25 Prozent der Bevölkerung steigen

wird. Wenn wir versuchen, unsere Vorhaben im Sozialbereich zu realisieren, so werden wir jenen Weg gehen, den hier die Steiermärkische Landesregierung und der Steiermärkische Landtag beschlossen haben, nämlich den Steirischen Sozialplan, der eigentlich festlegt, daß der Grundsatz lauten muß – hier hat es viele Wünsche in die Richtung gegeben –, die dezentrale vor der zentralen und mobile vor der stationären Betreuung noch mehr zu verankern, und daß alle Maßnahmen in diese Richtung in der Zukunft gehen müssen. Wir müssen daher auch mitwirken, wie es auch bei einigen Rednern zum Ausdruck gekommen ist, daß der ältere Mensch die gewohnte Wohnumgebung nach Möglichkeit beibehalten soll, daß er in seiner Gemeinde eingebunden bleibt, auch wenn er Hilfe braucht. Es ist nichts schlechter, als die Entwurzelung des älteren Menschen, wenn er Hilfe und Pflege braucht, und hier, glaube ich, müssen wir alles tun, daß dies vermieden werden kann. Aus eigener Erfahrung weiß ich, und auch Langzeituntersuchungen bestätigen das, daß bei regelmäßigen Besuchen bei älteren Menschen weniger Krankentage auftreten, daß es weniger Krankenhausaufenthalte gibt, daß es viel verzögerte Eintritte in die Pflegeheime gibt und daß natürlich auch die ärztlichen Konsultationen und auch Todesfälle weniger werden und zurückgehen, wenn also hier die persönliche Hilfe und Ansprache gegeben ist. Das bewirkt das, was hier zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir für mehr mobile Hilfs- und Betreuungsdienste eintreten müssen, und ich glaube, gerade hier in der Steiermark müssen wir uns in den nächsten Jahren für diese älteren Menschen besonders auf jene Vorhaben konzentrieren. Ich meine damit, daß die Verbesserung und Ausarbeitung von Angeboten hiezu besonders im Vordergrund stehen müssen, um die Isolation und Vereinsamung zu verhindern oder zumindest zu mildern und dazu beizutragen, daß diese Hilfs- und Pflegebedürftigkeit hintangehalten wird beziehungsweise noch weiter hinausgezögert werden kann. Ich glaube, was auch vom Herrn Abgeordneten Erhart gesagt wurde, daß die Errichtung und Adaptierung von alten- und pflegegerechten Wohnungen oder Seniorenwohnhäusern durch den verstärkten Einsatz von Wohnbauförderungsmitteln eine besondere Bedeutung hat. Natürlich werden wir auch aus unserem Sozialressort für die Einrichtung unseren Anteil des Landes beitragen. Besonderes Augenmerk müssen wir mobilen Betreuungs- und Pflegediensten widmen: Das sind die Heimhilfen, die Hauskrankenpflege, sonstige soziale Dienste, um in der Steiermark eine flächendeckende Versorgung zu erreichen.

Voraussetzung für den Auf- und Ausbau eines, den sozialen und psychischen Bedürfnissen der älteren Menschen entsprechenden Betreuungs- und Pflegeangebotes ist die gesetzliche Verankerung eines Rechtsanspruches auf finanzielle Absicherung der Betreuung und Pflege.

Der Herr Abgeordnete Sponer hat ja sehr klar in seinen Ausführungen dargelegt und richtig hervorgehoben, daß dafür die Einführung einer Pflegeversicherung im Rahmen des ASVG die beste Lösung wäre. Ich glaube, auch der Herr Abgeordnete Schrammel hat es zum Ausdruck gebracht, und wir werden natürlicherweise diese Richtung anstreben. Ich kann dem voll zustimmen und darf darauf hinweisen, daß die Sozial-

referenten der Bundesländer seit Jahren, unterstützt von verschiedenen Organisationen, beim Bund darauf dringen, daß es zu dieser Art einer Pflegeversicherung kommt. Dieses Drängen hat sehr wesentlich dazu beigetragen, daß der Nationalrat 1988 drei Arbeitsgruppen in diesem Bereich zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine Pflegeversicherung eingesetzt hat. Diese Vorschläge sollen bis Mai 1990 vorliegen. Die Sozialreferenten der Bundesländer haben vor kurzem getagt und hoffen, daß der Bund danach Schritte zur Einführung einer Pflegeversicherung setzen wird. Auch das möchte ich in diesem Zusammenhang betonen, daß auch sehr nachdrücklich die Landesfinanzreferenten diese Einführung gefordert haben. Das Land, die Sozialversicherungsträger und die Sozialhilfverbände werden ihre derzeitigen Leistungen auch in der Zukunft einbringen müssen, das wird auch Inhalt dieser Verhandlungen sein. Sollte sich aber, das möchte ich hier im Hohen Haus sagen, im Verlaufe des Jahres 1990 auf Bundesebene keine Lösung für die Einführung einer Pflegeversicherung abzeichnen, so müssen ganz sicher die Bundesländer darangehen, landeseigene Lösungen für eine finanzielle Absicherung der Pflege herbeizuführen.

Ich glaube, daß dies ungeheuer wichtig ist, da sonst gerade in diesem Bereich eine Kostensteigerung eintreten würde, die nicht zu verkraften wäre. Darum habe ich auch im Verlauf dieses Jahres von der Sozialabteilung einen Entwurf für ein Pflegehilfegesetz erarbeiten lassen. Dieser Entwurf ist fertiggestellt und wird in diesen Tagen als Diskussionsgrundlage allen privaten und öffentlichen Einrichtungen, die mit der Betreuung und Pflege von Menschen befaßt sind, zur Stellungnahme übermittelt. Ich glaube, daß es das Ziel dieser Vorgangsweise sein muß, bis zum Sommer 1990 zu einem endgültigen Entwurf eines steirischen Pflegehilfegesetzes zu kommen. Um eine möglichst breite Zustimmung haben wir ersucht, und darum haben wir diesen Entwurf ausgesandt, zum Schutz der pflegebedürftigen Menschen, aber auch als Sicherheit für Träger von Pflegeeinrichtungen. Ein wichtiger Punkt ist auch die Bewilligungspflicht und das Überprüfungsrecht der Landesregierung, denn ich glaube, daß es notwendig ist, daß es nicht nur um ein Gesetz, um die finanzielle und rechtliche Absicherung gehen soll, sondern daß in Zukunft auch das Land die Möglichkeit haben müßte, die Bewilligungspflicht zu erteilen und das Überprüfungsrecht zu besitzen, um vor allem bei der Festlegung des baulichen und personellen Standards für alle Pflegeeinrichtungen mitwirken zu können. Für die Festlegung des baulichen Standards wurde über Auftrag der Landessozialreferentenkonferenz eine Studie in Auftrag gegeben, die noch in diesem Jahr vorliegen wird. Den personellen Standard von Pflegeeinrichtungen wird die Rechtsabteilung 9 mit Fachleuten bis zum Sommer 1990 erarbeiten.

Mit dem Thema Errichtung von Wohnungen und Wohnhäusern, die dem Menschen, auch wenn er pflegebedürftig werden sollte, ein Verbleiben ermöglichen, hat sich der Herr Abgeordnete Erhart sehr eingehend befaßt und hat jene Modelle aus Dänemark dargelegt, wo man gewisse Anhaltspunkte hat. Ich möchte ergänzend dazu sagen, daß wir mit der Ablehnung, wo er meinte, daß ein Umdenken stattgefunden hat, daß keine neuen Landesaltenpflegeheime errich-

tet werden, sondern daß hier die Mittel der Förderung für dezentrale Einrichtungen, für gemeindenahe und kleinere Einrichtungen herangezogen werden sollen, richtig liegen. Die Gemeinden sind bereit, in diesem Sinne Leistungen für ihre älteren Bewohner zu erbringen; es gibt einige Beispiele, wo diese Förderung bereits in diesem Jahr zugesagt und zum Teil auch schon gewährt wurde. Das Land hat die Pflicht, die Gemeinden dabei bestmöglich zu unterstützen. Auch das neue Wohnbauförderungsgesetz sieht dafür Möglichkeiten vor.

Darüber hinaus ist es aber recht und billig, jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die sich das Land dadurch erspart, indem es keine neuen Pflegeheime errichtet. Beispiele sind Deutschlandsberg, Feldbach, es gibt einige Beispiele, wo diese Förderung bereits gewählt wurde. Dieser berechtigten Forderung wurde durch die Erhöhung der Förderungsmittel für stationäre Pflegeeinrichtungen in den Gemeinden im Budget 1990 teilweise entsprochen.

In diesem Zusammenhang darf ich unserem Finanzreferenten, Herrn Landesrat Dr. Klausner, sehr herzlich danken, daß es in diesem Bereich eine Aufstockung gegeben hat. Wir haben mit allem Nachdruck hier verhandelt, und ich bin darüber sehr dankbar, daß gerade er sich bei den Budgetverhandlungen dafür eingesetzt hat.

Die privaten Wohlfahrtsträger leisten im Sozialbereich außerordentlich viel und verdienen sich neben aufrichtigem Dank und Anerkennung auch die entsprechende finanzielle Unterstützung des Landes. Es wurde hier von den Sozialprojekten gesprochen, und wir erkennen, wie notwendig wir diese Sozialprojekte brauchen, um zu einer flächendeckenden sozialpolitischen Versorgung zu kommen.

Privatinitiativen – der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka hat in seiner Budgetrede diese Befürchtung zum Ausdruck gebracht – werden bei uns nicht behindert oder gar beiseitegeschoben. Ich kann hier sagen, daß wir uns sehr bemühen, gerade die Sozialprojekte im besonderen zu unterstützen. Seit vielen Jahren besteht eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen, Wohlfahrtsträgern und allen, die sich damit beschäftigen.

Ich darf auf die Behindertenhilfe verweisen, in der von allen Einrichtungen in der Steiermark nur zwei von der öffentlichen Hand geführt werden. Alle anderen wurden von privaten Organisationen aufgebaut. Eine hervorragende sozialpolitische Zusammenarbeit, sie funktioniert auch einwandfrei. Die Bauvorhaben werden von den privaten Behindertenorganisationen nach Prüfung durch das Referat für Planung und Wirtschaftlichkeit in der Rechtsabteilung 9 durchgeführt. Ich darf darauf hinweisen, daß die Rechtsabteilung 9 in Zukunft für diese Aufgaben, wenn sie vermehrt herangetragen werden, natürlich mehr Personal brauchen wird, wenn man die Wirtschaftlichkeitsberechnung und Kontrolle in Zukunft verbessern will. Ich bin der Überzeugung, daß vor einer überhasteten Privatisierung auch von Landessozialeinrichtungen eingehend geprüft werden muß, ob nicht durch eine Umstrukturierung der Verwaltung der

selbe, wenn nicht gar ein besserer Effekt erzielt werden kann. Es bleibt wirklich zu hoffen, daß das Personalreferat dann, wenn man die Wünsche heranträgt, zur gegebenen Zeit auch in dieser Richtung zugänglich ist. Wir werden in der nächsten Zeit den hörgeschädigten Kindern und Jugendlichen und deren Lehrern und Erziehern gegenüber auch eine Maßnahme setzen. Es wird 1990 das seit Jahren gegebene Versprechen eingelöst werden, die äußerst beengte Raumsituation durch die Adaptierung der Räumlichkeiten der ehemaligen III. Chirurgie zu beseitigen. Ein wichtiger Punkt, der im kommenden Jahr in Angriff genommen wird. Es wird ebenso ein wichtiges Vorhaben sein, wenn wir im kommenden Jahr die Behandlung und Verabschiedung des auch hier einige Male zitierten Jugendwohlfahrtsausführungsgesetzes zu erledigen haben. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf, der sich derzeit im Begutachtungsverfahren befindet, wird eine gesetzliche Grundlage für neue Wege in der Jugendwohlfahrt zur Diskussion gestellt. Die Frau Abgeordnete Minder hat Beispiele und Möglichkeiten für diese neuen Wege sehr umfassend aufgezeigt, die auch die Voraussetzung für eine weitere Umstrukturierung und möglicherweise auch Verkleinerung der von Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Lopatka, immer wieder so heißgeliebten Landesjugendheime sein könnten. Für mich, meine Damen und Herren, und das darf ich auch sehr klar hier zum Ausdruck bringen, sind die Landesjugendheime kein Tabu. Ich muß jedoch immer zu bedenken geben, daß über die bereits erfolgten Umstrukturierungen hinausgehende Maßnahmen erst gesetzt werden können, wenn bessere und bewährtere Alternativen zur Verfügung stehen. Eines, Herr Abgeordneter Dr. Lopatka, muß ich schon sagen, weil Sie gerade die Jugendheime immer wieder zitieren, daß der Großteil des Landesbudgets für die Jugendwohlfahrt für die stationäre Unterbringung von Jugendlichen eingesetzt wird. Allerdings, und das müßten gerade Sie als Jugendwohlfahrtsreferatsleiter wissen, daß sich das aus der gesetzlichen Zuständigkeit des Landes für die Fürsorgeerziehung ergibt und die Jugendämter der Bezirke in Zusammenarbeit mit den Sozialhilfeverbänden auch bisher die Zuständigkeit und die Möglichkeit gehabt hätten, auch auf dieser Ebene Betreuungs- und Beratungsdienste einzurichten und anzubieten. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Gemeinden haben kein Geld!“) Ja, aber wie gesagt, die Möglichkeit ist da, aber was haben die Bezirke gemacht? Sie haben aus Kostengründen lieber das dem Land abgegeben und haben das Angebot des Landes angenommen. Ich weiß aber sicher, daß die Kosten für die Unterbringung in den Landesjugendheimen hoch sind. Ich finde es aber nicht ganz korrekt, wenn man, wie Dr. Lopatka, mit falschen Zahlen operiert. Wenn ich die letzten Ziffern nur ganz kurz sagen darf: Wenn ich Rosenhof und Blümelhof nehme (Abg. Dr. Lopatka: „Die Zuständigkeit liegt beim Land!“), da haben wir einen Kostensatz von 870 Schilling, wenn ich das mal 30 nehme, sind es 26.000 oder 27.000 und nicht 36.000 Schilling, und wir sind im Rosenhof kostendeckend mit diesem Satz. So schlecht schaut es nicht aus, und auch dort sind wir Wege gegangen, wenn ich mir nur anschau, daß bereits jetzt viele Jugendliche außerhalb des Heimes wohnen, in Privatwohnungen zum Teil schon sind. Es sind kleine Schritte, das ist richtig, aber wir gehen diesen Weg.

Ich möchte auch nicht zurückschauen oder gewisse Dinge aufrechnen und vorwerfen, sondern mir geht es in diesen Wohlfahrtsbelangen, dem Grundsatz des Sozialplanes entsprechend, darum, in den kommenden Jahren ein möglichst dezentrales Hilfs- und Beratungs- und Betreuungsangebot auszubauen, und das neue Jugendwohlfahrtsgesetz sieht ja wirklich Möglichkeiten dafür vor. Darum werden wir das in Angriff nehmen. Dazu, meine Damen und Herren, werden auch zusätzliche Mittel benötigt werden. Das ist einfach gegeben. Auch wenn wir in die Kalkulation Umschichtungen aus den Landesjugendheimen einbeziehen, glaube ich, daß wir trotzdem hier nicht auskommen werden. Ich hoffe sehr stark auch auf die Unterstützung aller in diesem Haus, vor allem von Ihnen als Sprecher, Herr Abgeordneter Dr. Lopatka; daß Sie sehr wesentlich in Ihrer Fraktion die Frage unterstützen, und daß wir einen gemeinsamen Weg gehen, habe ich schon mehrmals hier festgestellt. Im Gesetzentwurf ist drinnen, daß ein Jugendwohlfahrtsbeirat vorgesehen ist, der ähnlich wie in der Behindertenhilfe ein Instrument für eine gute Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Jugendwohlfahrts-trägern zur Verfügung steht. Der wird laufen und wird funktionieren, wenn man auch gesagt hat, es ist einer einmal entschlafen, so wird er sicherlich in Zukunft sehr aktiv sein. Der Sozialpolitik werden wir in den nächsten Jahren großes Augenmerk zuwenden müssen, wenn wir diese anstehenden Probleme in einer, für unsere steirischen Landsleute zufriedenstellenden Weise lösen wollen. Ich freue mich, daß die ÖVP in ihrem Modell Steiermark sehr viel aus dem Programm der Landessozialreferenten drinnen hat, ist ja erfreulich. Sie haben es übernommen, und seit Jahren arbeitet eine Arbeitsgruppe kontinuierlich. Mir gefällt auch der Name, den Sie ja verwenden: Neue Wege in der Sozialpolitik. Den haben die Sozialreferenten schon lange geschrieben, warum nicht? Ist dort übernommen worden, selbstverständlich. Ich glaube, daß wir gerade 1989 zukunftsweisende Maßnahmen gesetzt haben. Ich sage nur drei Dinge, weil es mich persönlich wirklich freut. Das eine, daß mit dem Jugendwohlfahrtsausführungsgesetz richtungweisende, zukunftsweisende Schritte gegangen werden. Wir werden mit der Diskussionsgrundlage zu einem Pflegehilfegesetz in Zukunft einen Schritt gehen, der für die steirische Bevölkerung von größter Bedeutung sein wird. Ich freue mich natürlich, und das darf ich auch sagen, daß es Gespräche gibt in dem Zusammenhang über die steirische Familienbeihilfe. Auch hier bin ich überzeugt, daß wir uns finden werden. Wir haben Grundlagen auch dazu geschaffen. Es gibt Parteiengespräche, und wir werden sicherlich den Weg gehen. Weil ich es als sehr positives Jahr sehe, möchte ich vor allen Dingen den Mitarbeitern der Rechtsabteilung 9, vor allen Dingen Herrn Hofrat Dr. Knapp, sehr, sehr herzlich danken. Es ist mit allem Nachdruck an diesen Aufgaben gearbeitet worden. Ich darf besonders danken natürlich auch meinen Mitarbeitern im Büro, Herrn Hofrat Dr. Wurzbach und Dr. Rundhammer. Ich bin zuversichtlich, meine Damen und Herren, daß wir die vor uns liegende Arbeit mit vieler Übereinstimmung ein Stück weiterbringen werden. Ich habe schon gemeint, auch mit dieser steirischen Familienbeihilfe werden wir einen gemeinsamen Weg finden, und wir können der Frau Abgeordne-

ten Kammlander, sie hat die Frage gestellt, eine positive Antwort geben. Genauer können wir noch nicht sagen, weil es hier in diesem Bereich noch Gespräche geben wird. Ich danke damit allen, die im Sozialbereich irgendwo tätig sind, und darf auch hier noch einmal sagen: Sozialpolitik wird nur möglich sein, gemeinsam diesen Weg zu gehen, vor allem alle jene, die in diesem Land bereit sind, Sozialpolitik zu machen, miteinzubeziehen. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön, und ich habe wirklich die Hoffnung auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit auch in den kommenden Jahren. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.49 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung.

Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Meyer. Ich erteile es ihr.

Abg. Meyer (14.50 Uhr): Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn man die Debatte der letzten zehn Jahre hier im Hohen Haus zum Kapitel „Wohnbau“ zurückverfolgt, so wird man feststellen können, daß die Schwerpunkte der einzelnen Fraktionen für den Wohnbau ganz verschiedene waren. Wenn wir auch alle das Wohnen als ein Grundbedürfnis des Menschen, als einen Anspruch, welcher mit dem Recht auf Lebensqualität untrennbar verbunden ist, anerkannt haben und wenn wir uns alle immer wieder darüber einig waren, daß die Versorgung mit Wohnraum der öffentlichen Verantwortung unterliegt, so trennten sich unsere Wege meist dort, wo wir Sozialisten den verstärkten Bau von Mietwohnungen für sozial Schwache verlangt haben. Gerade diese Forderung war es immer wieder, die wir im Interesse jener Menschen gestellt haben, die sich auf Grund ihrer Familien- und Einkommenssituation keine Eigentumswohnung mehr leisten konnten. Ich kann mich noch gut daran erinnern, daß uns immer wieder der Vorwurf der Eigentumsfeindlichkeit gemacht wurde, obwohl wir wirklich nie eigentumsfeindlich waren, sondern sehr wohl wußten, daß es viele Menschen gibt, die sich gerne Wohnungseigentum schaffen und die auch dazu finanziell in der Lage sind. Uns schien immer eine Differenzierung zwischen Mietwohnungen einerseits und Eigentumswohnungen andererseits aus sozialen Gründen gerechtfertigt, und wir waren auch immer der Meinung, daß die Förderungsmöglichkeiten für Eigentumswohnungen ausreichend sind. Sicherlich war die Verankerung der Subjektförderung für die sozial Schwächeren von weitreichender Bedeutung. Die Einführung der Wohnbeihilfe ermöglichte es, die Wohnungsaufwandsbelastung nach der Bedürftigkeit der Wohnungswerber zu stufen. Auch das sozial motivierte und zur Abdeckung der aufzubringenden Eigenmittel vorgesehene Eigenmittlersatzdarlehen hat als Förderungsmaßnahme gute Dienste geleistet. Nur sind wir im Laufe der Zeit darauf gekommen, daß es durch die immer mehr gestiegenen Baukosten und der dadurch gestiegenen Anteile an einzubringenden Eigenmitteln kaum mehr einen Wohnungswerber gab, der dieses Eigenmittlersatzdarlehen nicht bekommen hätte. Deshalb war hier ein Umdenken bei dieser Förde-

ungsmaßnahme notwendig geworden, insofern, als es dieses Eigenmitteldarlehens ja in Zukunft nicht mehr geben wird und auch keine Eigenmittelaufbringung für die Baukosten mehr. Durch die Verländerung der Wohnbauförderung haben die Länder nun die Möglichkeit, ihre Förderungen auf die nach Regionen verschiedenen Wohngepflogenheiten sowie sozialen, landschaftlich vorgegebenen und wirtschaftlichen Unterschiede abzustellen. Zum anderen wird die verstärkte Förderung der Erhaltung des erhaltenswerten Altbestandes notwendig sein. Mit der Verländerung wurde den Forderungen der Länder nach größerer Freiheit in der Gestaltung der Förderung, dem Anliegen des verstärkten Energiesparens, des behindertengerechten und umweltbewußten Wohnbaues entsprochen. Das Bundesland Steiermark hat mit rund 50.000 nach Wien den größten Wohnungsfehlbestand aller Bundesländer aufzuweisen, und das, obwohl auch bei uns in der Steiermark große Leistungen auf dem Sektor der Wohnversorgung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten vollbracht wurden. Sicher gibt es unter diesen 50.000, die eine Wohnung in der Steiermark suchen, viele, die zu den sogenannten „Wohnungsverbesserern“ gehören. Aber es gibt auch viele junge Familien, die noch immer keine eigene Wohnung haben.

Natürlich spielt auch eine große Rolle, daß die jungen Menschen immer früher das Elternhaus verlassen, sich immer früher selbständig machen und ihren Bedarf an Wohnraum anmelden.

Wenn ich eingangs erwähnt habe, daß die Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien zwar immer gemeinsame Anliegen hatten, jedoch sich in manchen Forderungen unsere Wege trennten, so ist es umso bemerkenswerter, daß das neue Wohnbauförderungsgesetz, welches am 1. Jänner in Kraft tritt, die Wünsche aller Fraktionen berücksichtigen konnte. Dieses neue Gesetz wurde ja bei seiner Beschlußfassung im Juni dieses Jahres im Hohen Haus ausgiebig diskutiert und erläutert, so daß es heute nicht mehr zweckmäßig wäre, dieses Gesetz wieder zur Gänze hier zu kommentieren. Als eine Vertreterin der sozialistischen Fraktion möchte ich nur einige Bemerkungen dazu machen:

Die letzten zwei Jahrzehnte haben nicht nur die quantitative, sondern die qualitative Wohnraumversorgung in den Mittelpunkt gerückt. Den Menschen in unserem Bundesland werden die verschiedensten Wohnformen angeboten. Die Aufgabe des Landes ist es, dafür zu sorgen, daß die Anschaffung der Wohnungen erschwinglich wird, aber auch die monatlichen Belastungen den Bewohnern zugemutet werden können. Die Wohnungspolitik hat dafür zu sorgen, daß jeder eine seinem Bedarf entsprechende Wohnung erlangen kann. Deshalb ist es notwendig, daß einerseits die bei den Wohnungsuchenden vorhandene Bereitschaft zur Erfüllung von finanziellen Leistungen voll in Anspruch genommen wird, und andererseits jenen mit der Förderung am meisten geholfen wird, die dieser Unterstützung auf Grund ihrer Einkommens- und Familiensituation am stärksten bedürfen. Wir Sozialisten waren immer der Meinung, wir sind es heute noch, daß die Wohnbauförderung sich die soziale Gerechtigkeit als Ziel setzen muß. Es muß auf die unterschiedliche finanzielle Belastbarkeit der

Bewohner Rücksicht genommen werden. All diese Forderungen – so meine ich – sind im Wohnbauförderungsgesetz doch jetzt verankert. In der vorjährigen Budgetdebatte habe ich in meinem Debattenbeitrag eine 75prozentige Landesförderung für Mietwohnungen für ausschließlich einkommensschwache Familien verlangt. Im neuen Gesetz wird es diese 75prozentige Förderung geben, wenn die Gemeinden Grund und Aufschließung zur Verfügung stellen. Meine Meinung dazu ist bekannt, denn die Gemeinden haben sicher sehr große Belastungen in den letzten Jahrzehnten aufgebürdet bekommen. Das ist richtig, sie haben sich aber auch aus dem Wohnbau in den letzten Jahrzehnten herausgehalten und diesen eigentlich nur den Genossenschaften überlassen. Ich meine aber, daß die Gemeinden auch hier eine Verpflichtung zu erfüllen haben, die Verpflichtung mitzuhelfen, daß einkommensschwache Familien, dazu gehören meistens die jungen Familien, die ja erst am Anfang ihrer Berufslaufbahn stehen und daher wenig verdienen, ein Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann, der familiengerecht und zeitgemäß ist. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn also Wohnungen gebaut werden – (Abg. Kröll: „Die Gemeinden machen das sehr gern!“) ja, das ist sehr erfreulich! –, bei denen die zukünftigen Mieter nicht mit Grund- und Aufschließungskosten belastet werden, wird die Förderung eben 75 Prozent betragen, bei sonstigen Mietwohnungen 71 Prozent. Daraus ergibt sich natürlich eine viel geringere Miete, so daß man hier wieder, so meine ich, vom sozialen Wohnbau reden kann. Gerade für die Ballungszentren, für die in den nächsten Jahrzehnten eine hohe Nachfrage nach Wohnungen bestehen wird, wird der Bau von Mietwohnungen von besonderer Bedeutung werden. Aber gerade auch für diese Zentren wird es dringend notwendig sein, die ältere Generation mit erschwinglichen Wohnungen, aber auch mit Wohnheimen zu versorgen. Denn aus einer Studie geht hervor, daß im Jahre 2015 jeder vierte Österreicher über 60 Jahre alt sein wird, und die älteren Menschen verdienen sich einen würdigen Lebensabend. Eine Voraussetzung dafür ist auch die Wohnqualität.

Deshalb ist es so wichtig, daß auch die Eigenmittelaufbringung für die geförderten Baukosten von Wohnheimen entfallen wird. Natürlich werden Wohnheime nicht nur für ältere Menschen gebaut, aber doch hauptsächlich für sie. Auch hier wurden unsere Vorstellungen verwirklicht.

Als besonders wichtigen Punkt erachten wir auch die umfassende Sanierung. Da gerade in der Steiermark – und hier besonders wieder in den größeren Städten, in den Märkten –, viele Substandardwohnungen bestehen, die dringend saniert werden müssen, damit sie wieder den heutigen Bedürfnissen der Menschen entsprechen.

Doch werden Sanierungen sicher nur dann vorgenommen, wenn die Förderung dafür attraktiv genug ist. Diese 50prozentigen Annuitätzuschüsse für die umfassende Sanierung ist sicher attraktiv genug, und wir dürfen bestimmt in Zukunft auf Grund dieser Förderung darauf hoffen, daß viele Substandardwohnungen modernisiert werden.

Seit Anfang der siebziger Jahre ist auch noch ein anderes Problem akut geworden, nämlich das Problem der Stadterneuerung. Auf Grund der technischen Ent-

wicklung haben sich die Umweltbedingungen in den Städten sehr verschlechtert, und viele Menschen sind an die Stadtränder gezogen. Aber eine Stadt lebt nur mit ihren Menschen, die darin wohnen. Es ist nichts deprimierender als eine Innenstadt, in der niemand mehr wohnt oder wohnen will. Dem – so meine ich – muß wirkungsvoll entgegengesteuert werden. Neben der so wichtigen Sanierung einzelner Häuser müssen wir auch zum Zurückdrängen des Verkehrs und anderer Maßnahmen kommen, damit die Stadtzentren wieder als Wohngebiete gefragt werden.

Durch das neue Gesetz, in dem es heißt, daß Maßnahmen gefördert werden, die den Wohnbedürfnissen von behinderten und älteren Menschen dienen, wird es nun auch möglich sein, daß durch die großzügige Wohnbauförderung all die nicht mehr zeitgemäßen Altersheime saniert werden können. Ich habe bereits im Frühsommer dieses Jahres den Umbau beziehungsweise die Sanierung der Bezirksaltersheime Bruck und Kapfenberg gefordert, und ich freue mich, daß nun auch auf Grund dieser günstigen Wohnbauförderung diese meine Forderung der Verwirklichung sehr nahe ist. (Beifall bei der SPÖ.) Die Pläne für den Umbau und den Zubau sind bereits vorhanden, und Herr Landesrat Tschernitz hat ebenfalls seine finanzielle Unterstützung zugesagt. In diesem Zusammenhang darf ich Herrn Landesrat Tschernitz auch im Namen aller anderen Bezirke danken, in denen dank seiner Unterstützung Zubauten beziehungsweise Umbauten bei Altersheimen vorgenommen werden konnten. (Beifall bei der SPÖ.) Herzlichen Dank für dein Verständnis und für deine Zusagen.

Erwähnenswert scheint mir auch noch eine Neuregelung im Zusammenhang mit diesem Wohnbauförderungsgesetz, das wir heuer beschlossen haben, nämlich die, daß auch Gastarbeiter Wohnbeihilfen für sanierte und geförderte Mietwohnungen erhalten können, wenn sie fünf Jahre lang in Österreich sind, wenn die steuerpflichtig sind und über eine Beschäftigungsbewilligung und einen Befreiungsschein verfügen. Das ist nur recht und billig, und es war an der Zeit, daß hier diese Regelung getroffen wurde. Denn wenn jemand seine Arbeitskraft hier bei uns zur Verfügung stellt, wenn er hier seine Steuern zahlt, dann soll er auch für seine Wohnung eine Förderung erhalten können, wenn er zu den Einkommensschwächeren zählt.

Daß bei der Förderung im Geschosßbau auch den Bedürfnissen behinderter und alter Menschen in Zukunft Rechnung getragen wird, ist ebenfalls ein großer sozialer Fortschritt. Denn wir alle wissen, wie viele Barrieren behinderte und alte Menschen oft zurückzulegen haben, wie sorglos man in der Vergangenheit Bauten errichtet hat, ohne daran zu denken, daß Behinderte und Ältere oft nicht in der Lage sind, über Stufen zu steigen. Auch hier wird in Zukunft sich insofern etwas ändern, als bei Gebäuden der Eingang und das Dachgeschoß stufenlos erreichbar sein müssen. Mir sind die Diskussionen unter den Bauträgern darüber bekannt, aber wer – wenn nicht wir Politiker – sollte dafür da sein, um den Schwächeren, und dazu gehören zweifellos die behinderten und die älteren Menschen, zu helfen? Dort, wo wir als gesetzgebende Körperschaft die Möglichkeit haben.

Abschließend darf ich feststellen, daß wir in der Steiermark mit unserem Wohnbauförderungsgesetz

wieder einen Schritt dem sozialen Wohnbau, aber auch der Lebensqualität, die durch den modernen Wohnbau maßgeblich beeinflußt wird, nähergekommen sind. Die Budgetrede von Finanzlandesrat Dr. Christoph Klausner, der auch über neue Aufgaben für die Wohnbauförderung gesprochen hat, hat gezeigt, daß wir auch in Zukunft immer wieder neue Überlegungen anstellen müssen, um die Wohnbauförderung den immer wieder auf uns zukommenden Anforderungen anzupassen. Wir sind noch lange nicht am Ziel unserer Vorstellungen, aber wir sind diesem Ziel durch das neue Wohnbauförderungsgesetz gemeinsam doch einen Schritt nähergekommen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.04 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Harmtodt. Ich erteile es ihm.

Abg. Harmtodt (15.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte auch ganz kurz zum Wohnbauförderungsgesetz sprechen. Der Wohnbau wurde verländert, und es war deshalb möglich oder notwendig, daß wir ein eigenes Wohnbauförderungsgesetz zu beschließen hatten. Unser zuständiger Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat seine großen Erfahrungswerte hier im Gesetz eingegeben. Der Wohnbauförderungsbeirat und der Unterausschuß haben sich sehr eingehend mit dieser Materie befaßt, und es konnte auch sehr leicht ein Konsens gefunden werden. Es war sozusagen ein Paradebeispiel für das steirische Klima. Wenn Frau Präsident Meyer gemeint hat, daß das nicht immer so war, möchte ich hinzufügen, wir haben in Verbindung mit dem Wohnbau immer wieder einen Konsens gefunden, der ja notwendig war.

Nun möchte ich ganz kurz zur neuen Förderung in Erinnerung bringen: Wir haben auch eine bessere Förderung für das Einfamilienwohnhaus. Auf Grund einer Umfrage ist bekannt, daß das Einfamilienwohnhaus den höchsten Stellenwert hat. Aber leider ist es für viele nicht finanzierbar, und daher mußten wir andere Förderungsmöglichkeiten schaffen. Wir haben im ländlichen Bereich vor allem das Bauen in Gruppen möglich gemacht, und hier gibt es eine zusätzliche Förderung von 250.000 Schilling, begrenzt allerdings mit den Grundstücken. Eine neue Förderung ist der Wohnbauschek. Hier gibt es auch wieder zusätzlich 250.000 Schilling beziehungsweise insgesamt 600.000 Schilling. Wenn man über 70 Quadratmeter baut, sogar um 50.000 Schilling mehr, und über 90 Quadratmeter zusätzlich 100.000 Schilling. Eine beachtliche Förderung, und wir meinen, daß das eine Variante ist, die notwendig ist, denn wir ersparen uns sehr viel an Subjektförderungen. Einen hohen Stellenwert hat nach wie vor die Geschosßbauweise. Hier gibt es ab 1. Jänner 1990 keine Anzahlung mehr. Die Betriebskosten machen uns ja sehr große Sorgen, und es war sicherlich auch ein Grund, daß wir hier auf diese 10prozentige Anzahlung verzichtet haben. Wir haben hier die Eigentumswohnung auch involviert, das Reihnhaus allerdings mit der gleichen Förderung wie die Geschosßbauweise, und wir haben hier auch, wie Frau Präsident Meyer gemeint hat, eine zusätzliche gute Förderung gefunden. Allerdings möchte ich hinzufügen, das war auch die Eingabe von unserem Wohnbaureferenten Dipl.-Ing. Hermann Schaller, der

gemeint hat, man müßte für die Gruppe der sozial Schwachen mehr tun. Wir haben diese Mietwohnungen, die mit 70 Prozent und einer Verzinsung von 1 Prozent gefördert werden, und eine Sonderförderung für Mietwohnungen, wo das Land Steiermark immerhin einen gewaltigen Beitrag von 75 Prozent leistet. (Abg. Mag. Rader zeigt auf die Uhr.) Soweit bin ich noch nicht, lieber Freund! Ich habe erst angefangen! (Abg. Mag. Rader: „Das ist deine Uhr!“) Hier wollen wir auch die Genossenschaften einbinden. Hier könnte diese Sparte wirklich einen Platz finden, und hier geht es in erster Linie um junge Menschen, die noch keine Ersparnisse für die Anzahlung haben, oder auch ältere Menschen, die meinen, es sei nicht mehr sinnvoll, sich eine Eigentumswohnung zu schaffen. Es wird hier sicherlich möglich sein, diese angesprochene Form auch für Seniorenwohnhäuser anzuwenden.

Über die Wohnhaussanierung möchte ich nicht reden, es wird noch ein Kollege darüber sprechen, ich möchte aber noch ganz kurz über die Subjektförderung sprechen, auch zur Erinnerung: Wir geben für die Hausstandsgründung 100.000 Schilling auf fünf Jahre mit einer 6prozentigen Förderung; aber neu ist, meine sehr geehrten Damen und Herren: Für zehn Jahre geben wir 300.000 Schilling mit einer Zinsbegünstigung von 6 Prozent in Verbindung mit der Hausstandsgründung und Althauskauf für junge Leute. Das ist eine neue Förderungsform, die notwendig ist. Neu ist auch eine Sonderförderung für Gemeinden, nicht rückzahlbar, das sind Zinszuschüsse von 3 beziehungsweise 5 Prozent auf fünf Jahre für Grundstücksbeschaffungen, denn Gemeinden müssen präsent werden, müssen diese Grundstücke bereitstellen, und dafür werden schwache Gemeinden gefördert. Es gibt noch ein Förderungsdarlehen auf 20 Jahre mit 1 Prozent Verzinsung, und zwar für Ortserneuerungen, die allerdings in Verbindung mit Wohnraumbeschaffungen stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Förderung ist wirklich ausgezeichnet; wir haben auch eine gute Bauweise, daher die angesprochene notwendige höhere Bezahlung. Es handelt sich hier aber um eine zusätzliche Wirtschaftsförderung. Es geht hier gar nicht so sehr um den Baumeister, sondern auch um das Baunebengewerbe, Bauhilfsgewerbe und reicht diese Wohnbauförderung fast in alle Bereiche der Wirtschaft hinein. 1989 haben wir noch keine abgeschlossene Zahl, aber ich darf es kurz erwähnen: Im Jahr 1988 wurden 3568 Wohneinheiten im Eigenheimbereich mit einer Summe von 1.273.000.000 Schilling gefördert. Sehr beachtlich ist die Summe von 2038 Wohneinheiten im Geschoßbau mit einer Summe von 1.820.000.000 Schilling. Für die Wohnhaussanierung wurden im Jahr 1988 6040 Förderungszusicherungen gegeben. Insgesamt haben wir im Jahr 1988 eine Summe von etwa 4 Milliarden Schilling ausgegeben. Wir haben im Budget für das nächste Jahr einen geringeren Ansatz, aber Sie wissen ja, wir haben noch irgendwelche Förderungen bei den Genossenschaften aufliegen, so daß diese 4-Milliarden-Summe sicherlich auch im Jahr 1990 erreicht wird. Rechnet man noch die Haussanierungen dazu, die Eigenleistungen, die auch beachtlich sind, speziell beim Einfamilienwohnhaus, dann kann man sagen, daß jährlich etwa 10 Milliarden Schilling der steirischen Wirtschaft zufließen.

Abschließend möchte ich noch eine Zahl sagen, und zwar durch das Rückzahlungsbegünstigungsgesetz wurden ab 1988 bis jetzt 709.640.000 Schilling bezahlt. Ich möchte abschließend herzlichen Dank sagen unseren Wohnbaureferenten Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und Dipl.-Ing. Hasiba, ich möchte der Rechtsabteilung 14 sehr herzlich danken, dem sehr bewährten Herrn Hofrat Dr. Nopp mit seinen Mitarbeitern, ich möchte aber allen, die in irgendeiner Form beim Wohnbau Hand angelegt haben, Dank und Anerkennung aussprechen, und Ihnen danke ich für das Zuhören. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.14 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pinegger.

Abg. Pinegger (15.14 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Durch die Änderung des Bundesverfassungsgesetzes wurde der Wohnbau in die Länderkompetenz übergeführt. Das diesbezügliche Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz wurde im Juni 1989 beschlossen. Es ist schon angeklungen, daß es breitesten Konsens gegeben hat. Meine Damen und Herren, immer, wenn es um große Dinge geht, ist der Konsens da. Nur liegt der Teufel manchmal im Detail! Dieses Steiermärkische Förderungsgesetz birgt in sich altbewährte Förderungen, die zum Teil modifiziert wurden, und darüber hinaus auch neue Förderungsmodelle. Ich möchte heute über drei Förderungsmodelle im Bereich Wohnbau sprechen, die für den ländlichen Raum überwiegend Bedeutung haben. Nämlich den Einfamilienhausbau, die Wohnhaussanierung, Hausstandsgründung und Jungfamilienförderung. Ich glaube, der Engländer pflegt zu sagen: My home is my castle – mein Haus ist mein Schloß. Es ist heute schon angeklungen, eine Rundfrage österreichweit, deren Fragestellung gelautet hat: Was wäre dir für dein Daheim, für dein Wohnen am liebsten? Darauf haben über 80 Prozent geantwortet: ein Eigenheim. Daß diese Realisierung der Wünsche aber schwierig ist, steht außer Zweifel.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Förderung für das Einfamilienhaus auf Grund der jüngsten steiermärkischen Förderrichtlinien einen Sockelbetrag von 350.000 Schilling. Zu diesen 350.000 Schilling gibt es Zuschläge ab dem dritten Kind von 40.000 Schilling. Darüber hinaus auch für jeden Elternteil, und das würden wir auch sehr begrüßen, daß auch betagte Eltern in diesem neuen Einfamilienhaus in Zukunft ein Daheim hätten. Wir würden uns manche Dinge, die Kollegin Kammlander ausgeführt hat, unter Umständen ersparen, über Beaufsichtigung von Kindern und so weiter. Es gibt auch Zuschläge für eine Architektenplanung in der Höhe von 25.000 Schilling. Wenn jemand in dem Sinne umweltbewußt ist und bei diesem seinem Bauvorhaben bereits Alternativenergie einkalkuliert, sprich Sonnenkollektoren oder Wärmepumpen, kann er zusätzlich noch 50.000 Schilling aus dem Titel der Wohnbauförderung erhalten. Diese Förderung, meine Damen und Herren, wird als Direktdarlehen mit einer Verzinsung von 1 Prozent für Jungfamilien unter 35 Jahren, unberücksichtigt dessen, ob sie schon Nachwuchs haben, gewährt. Darüber hinaus gelangen in den Genuß dieser Direktförderung auch

kinderreiche Familien, unberücksichtigt ihres Alters, die mehr als drei Kinder haben. Auch einbezogen in diese Förderung, und das ist sehr positiv, sind Schwerbehinderte, aber auch einbezogen in dem Sinne sind Alleinstehende, Alleinversorger mit einem oder mehr Kindern. Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit eine Anmerkung anbringen, und das tue ich als langjähriger Bürgermeister: Ich glaube, von dieser Stelle aus sagen zu müssen, daß die Einfamilienhausbauer im ländlichen Raum eigentlich die „Ehrenbürger der Nation“ sind. Weil sie, und zwar unter Einsatz dieser Förderungsmittel, die nicht abgestimmt sind auf die sogenannten sozialen Bedürfnisse, einzig und allein einen riesigen Einsatz an Eigenkapital und darüber hinaus auch an Kraftaufwendung erbringen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Jenen Einfamilienhausbauern gebührt wirklich der Dank der ganz großen Gemeinschaft!

Meine Damen und Herren! Jenen, die schon mehrere Lenze zählen, also über das Jugendalter 35 Jahre hinausgewachsen sind, steht auch diese Förderung mit dem Unterschied zu, daß sie einen sogenannten Zinszuschuß, bezogen auf den gleichen Betrag, aber mit einer geringeren Laufzeit, nämlich einer Laufzeit von 15 Jahren und einer Verzinsung von 6 Prozent erhalten. Eine besondere Variante – und die scheint mir auch sehr notwendig, denn Land und Grund sind nicht vermehrbar, ist das sogenannte Bauen in Gruppen, der verdichtete Flachbau.

Um auch Einhalt zu gebieten, daß die Zersiedelung weiter voranschreitet, aber wir haben im Zuge der Raumplanung dieser Zersiedelung Einhalt geboten, und wir haben zusätzlich eine Sperrklausel in dem Sinne drinnen, wo die Führung eines Kanals in nächster Zeit nicht möglich ist, wird sich ja auch jedes Bauen erübrigen. Die Bürgermeister in den ländlichen Gemeinden befassen sich ja mit dieser Thematik der Entsorgung nunmehr schwerpunktmäßig. Ich glaube es zu erahnen, wenn diese Entsorgung erledigt ist und wenn bei Wiederauflage der sogenannten Flächenwidmungs- und Bebauungspläne erneut Bauland ausgewiesen wird, wird es in diesen Bereichen zu einem Bauboom kommen. Ich glaube, es ist auch in den ländlichen Gemeinden notwendig, so die Infrastruktur stimmt und auch jene Möglichkeiten der Entsorgung bestehen, daß hier weiterhin gebaut werden kann. Denn einer Entsiedelung aus diesen Gebieten können wir in dem Sinne nicht voll die Zustimmung geben, sondern vielmehr werden wir darum kämpfen, daß diese Siedlungsräume nach wie vor Zukunft haben. Die Eigenheimförderung im verdichteten Flachbau, wo zehn Bewerber in dem Sinne der Beanspruchung von kleineren Grundstücken erstens einmal gemeinsam unter Umständen planen, aufschließen und einreichen und unter Umständen, auch vielleicht zeitlich verschoben, gemeinsam sich auch gegenseitig helfend, ohne die gewerbepolizeilichen Dinge zu mißachten, wenn die hier bauen, so können die zusätzlich eine Förderung zu der erwähnten Einfamilienhausförderung von 250.000 Schilling erhalten. Dritte Möglichkeit: Die Wohnhaussanierung. Mieter, Wohnungseigentümer, Besitzer von Eigenheimen können um einen Annuitätzuschuß ansuchen. Er beträgt 30 Prozent der Annuität. Das ist Kapitalrückzahlung plus Zinsen pro Jahr für ein Darlehen, das sie mit einer Laufzeit von zehn

Jahren bei irgendeiner Bank aufnehmen. Die Genehmigung, meine Damen und Herren, die Baubewilligung, so es sich nicht um Errichtung neuer Energien in dem Sinne von Alternativenergien, sprich Fernwärme oder energiesparende Maßnahmen, oder behindertengerechte Maßnahmen handelt, können ausgesprochen werden, ausgenommen, was ich vorhin genannt habe, wenn die Baubewilligung der Gemeinde 20 Jahre zurückliegt. Diese zusätzlichen Maßnahmen bei der Wohnhaussanierung können bis zu einer Höhe von 250.000 Schilling gewährt werden. Sind energiesparende Maßnahmen damit verbunden, so kann dieser Betrag auf 300.000 Schilling aufgestockt werden.

Nunmehr kommen wir zum glücklichsten Bereich, das ist die Hausstandsgründung. Trotz aller alternativen Formen des sogenannten Zusammenlebens ist nach wie vor die Gründung einer Familie, meine ich, sehr entscheidend. Auch dem trägt dieses Wohnbauförderungsgesetz vollinhaltlich Rechnung. Jungfamilien, die einen Hausstand nach den alten Förderungsrichtlinien gründen werden, die übernommen wurden, erhalten wieder einen Betrag von 100.000 Schilling. Diese 100.000 Schilling haben eine Laufzeit von fünf Jahren bei einer 6prozentigen Verzinsung. In die gleiche Begünstigung gelangen Alleinstehende mit einem oder mehr Kindern. Neu ist in diesem Steiermärkischen Förderungsgesetz die Möglichkeit, daß für den Ankauf einer Wohnung beziehungsweise eines Objektes junge Familien mit einer Laufzeit von zehn Jahren zu einer Verzinsung von 6 Prozent 300.000 Schilling erhalten können. Der Rückzahlzeitraum ist zehn Jahre. Das wird mit 1. Jänner des Jahres 1990, also demnächst, realisiert.

Meine Damen und Herren! Wohnung, Unterkunft, ein Dach über dem Kopf sind die Bedürfnisse der Menschen. Wenn wir ihnen bei der Erfüllung dieser Wünsche behilflich sein können, unberücksichtigt, welcher Variation, ob in der Form der Mietwohnung, der Eigenheimschaffung, der Eigentumswohnung, der Sanierung, so müssen wir uns glücklich schätzen. Wenn selbst noch dieser Bewerber seine Eigenleistung, seinen Fleiß einbringt, dann haben wir glücklichere Menschen. In diese Richtung wollen wir unterwegs sein. Denn eines glaube ich auch: Wer sein Daheim hat, ist in dem Sinne innerlich frei (Abg. Schrammel: „Die sind bei der ÖVP!“), und innerlich freie Menschen, die nicht manipulierbar sind, die wünschen wir uns in Zukunft, meine Damen und Herren. Allen Jungfamilien und allen Menschen, die mit viel Fleiß an diese Arbeit herangehen, aber auch allen Gemeinden, die sich hier unterstützend bemühen, dürfen wir herzlich danken. In diesem Sinne danke ich auch Ihnen, daß Sie mir Ihr Gehör geschenkt haben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.28 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis.

Abg. Dr. Cortolezis (15.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die wohlige Wärme hier in dieser Stube hat dazu beigetragen, daß es heute so sachlich und ruhig und geglättet dahingeplätschert ist. Die Abgeordneten haben natürlich auch die Verpflichtung, Mißstände, von denen sie Kenntnis erlangen, hier dem Hohen

Haus auch tatsächlich aufzuzeigen und aufzudecken. An sich ist der Zielpunkt meiner Kritik der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross. (Abg. Reicher: „Dazu ist dir nichts eingefallen!“) Ich habe mir da schwer getan, das zu machen, weil er von seinen eigenen Genossen derart letztklassig und übel behandelt worden ist, daß ich nicht ein Schäuferl nachlegen wollte! Aber manchmal ist es notwendig, auch darüber hinwegzuschauen. (Abg. Trampusch: „Ich würde mich mit der eigenen Partei befassen!“) Jetzt wacht der Herr Abgeordnete Trampusch auf! (Abg. Trampusch: „Man soll sich damit befassen, wo man sich auskennt!“) Ich hoffe, Sie werden nach dem, was ich darzulegen habe, ähnlich engagiert sein wie gestern, als es darum ging, den „Skippitaren-Kurtl“ zu verteidigen. (Abg. Trampusch: „Er fängt mit der gleichen Methode an wie der Abgeordnete Dr. Lopatka!“)

Meine Damen und Herren, worum ist es gegangen? Im Sommer dieses Jahres ist ein junger Familienvater in Krieglach zur Sparkasse gegangen und hat dort die Formulare ausgefüllt, die notwendig sind, daß er ein Wohnhaussanierungsdarlehen erhält, die notwendige Unterstützung vom Land. Er hat geglaubt, damit ist die Sache erledigt, die Bank wird das weiterleiten an das Land, er wird seinen Kredit bekommen, seine Zuschüsse, und die Sache ist in Ordnung. Was war? Einen Monat später – er hat mit niemandem gesprochen als mit der Sparkasse – flatterte ein Brief in seinen Postkasten, und zwar vom Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross. In diesem Brief steht: „Herr ...! Von Herrn Landtagsabgeordneten Vollmann wurde ich auf Ihr Ansuchen um Wohnhaussanierung aufmerksam gemacht und um Unterstützung gebeten.“ (Abg. Schrittwieser: „Briefe zu schreiben wird wohl noch erlaubt sein!“) Ich komme schon darauf zurück, woher Sie das erfahren haben! „Selbstverständlich bin ich gerne bereit, Ihnen bei Ihrem Begehren im Rahmen der mir gegebenen Möglichkeiten zu helfen. Ihr Antrag wird von mir zum Anlaß genommen, um eine entsprechende Intervention beim zuständigen Referenten der Steiermärkischen Landesregierung vorzunehmen.“ Soweit, so gut, bis auf den Umstand, warum der Herr Abgeordnete Vollmann da eingeschaltet wurde. Aber jetzt kommt es: „Es darf angenommen werden, daß sich Ihre Wartezeit dadurch verkürzen wird.“ (Abg. Schrammel: Schau, schau!) Das, meine Damen und Herren, das ist der eigentliche Skandal! Wenn hier vom Ersten Landeshauptmannstellvertreter quasi mittels eines Briefes bekanntgegeben wird, auf Grund seiner Intervention arbeite die Verwaltung schneller! Ja, wo sind wir denn da! Wenn es nämlich notwendig ist, hier Maßnahmen zu setzen, dann sehr wohl, daß man sagt, die Verwaltung muß sich mehr anstrengen (Abg. Trampusch: „Für so naiv hätte ich Sie nicht gehalten!“), aber das muß man halt hinnehmen! (Abg. Schrammel: „Das ist ein Skandal!“ – Abg. Trampusch: „Das ist eine Disqualifikation des LandesparteiSekretäres!“) Sie meinen also, das gehöre zum Alltag! Dann sage ich Ihnen, was das ist: Das ist das veraltete, verkrustete Patronagedenken, wo im Osten niemand mehr auf seinem Platz sitzen würde, weil das sind die „tönernen Füße“, wo niemand von den jungen Leuten das versteht! Niemand versteht das! (Abg. Trampusch: „Das ist stark!“ – Abg. Dr. Maitz: „Das ist wirklich stark!“ – Abg. Trampusch: „Zeigen Sie auf die ÖVP. Da wird viel mehr interve-

niert! Sie leben am Mond!“) Ach so, ich lebe am Mond! – Jeder Abgeordnete ist natürlich verpflichtet, Interventionen vorzunehmen, wenn er der Meinung ist, die Verwaltung arbeite schlecht oder es sei irgend etwas liegengeblieben, aber apodiktisch zu behaupten, weil ich mich eingeschaltet habe (Abg. Trampusch: „Erklären Sie, daß die ÖVP nicht interveniert!“), genau das ist das Mißverständnis, daß Sie hier nicht unterscheiden können zwischen einer Intervention, wo es darum geht, das Anliegen des Bürgers der Verwaltung nahezubringen (Abg. Trampusch: „Die ÖVP darf intervenieren, alle anderen nicht!“), und auf der anderen Seite zu sagen, weil ich, Landeshauptmann Gross, interveniere, deshalb geht es schneller! (Abg. Trampusch: „Alle Älteren lächeln, weil sie wissen, wie das ist!“) Das ist das Skandalhafte daran! Weil es schneller gehen soll, als ob es sonst nicht schnell genug ist! (Abg. Schrammel: „Das ist ein Skandal!“ – Abg. Trampusch: „Wenn es keinen Skandal gibt, findet man einen!“)

Herr Abgeordneter Trampusch, ich erwarte jetzt nicht nur, daß die Sparkasse Krieglach überprüft wird, wie sie dazu kommt, die internen Daten eines Ansuchens weiterzugeben, dem Herrn Abgeordneten Vollmann (Abg. Dr. Maitz: „Woher hat der Abgeordnete Vollmann das gehabt?“), das würde mich auch sehr interessieren, wie Sie dazu kommen! (Abg. Trampusch: „Ihre Kollegen lachen alle!“) Ich bin sehr gespannt, gestern haben Sie sich ja auch ordentlich aufmunitioniert und künstlich aufgeregt; jetzt erwarte ich mir, was Sie darauf sagen werden, wie Sie dazu kommen! (Abg. Schrittwieser: „Sie sind noch zu wenig lange in der ÖVP, daß Sie die Gepflogenheiten kennen!“) Ist das der Datenschutz, der gewährleistet ist? (Abg. Trampusch: „Ein einziger von der ÖVP soll aufstehen, der noch nicht interveniert hat!“) Sie meinen, das ist bei Ihnen so üblich. Jawohl! Weil es der Herr Abgeordnete Trampusch nicht verstehen will! (Abg. Trampusch: „Bringen Sie einen einzigen ÖVP-Abgeordneten, der noch nie in Wohnbaufragen interveniert hat, dann gebe ich Ihnen recht!“) Jetzt werde ich Ihnen den Unterschied erklären: Jeder ist verpflichtet, und jeder macht es gerne, daß er interveniert, das ist das eine Ding. Aber, wenn ich der Meinung bin, als Regierungsmitglied garantiere ich jemandem eine schnellere Behandlung, das ist ja der Skandal! Wenn ich der Meinung bin, die Verwaltung funktioniert nicht ordentlich, dann habe ich meine Maßnahmen zu treffen. Er garantiert, ich lese es noch einmal vor (Abg. Trampusch: „Wer garantiert? Sie haben gesagt, Sie nehmen an!“): „Es darf angenommen werden, daß sich Ihre Wartezeit dadurch verkürzen wird.“ Er setzt sogar voraus! Meine Damen und Herren, um die Sache auf den Punkt zu bringen, das ist das veraltete, verkrustete Denken, das ist das, was unter Altparteien, was unter dem Denken einer Altpartei verstanden wird, das ist veraltetes, überholtes Denken, was von den jungen Leuten heute überhaupt niemand versteht, und deshalb ist auch klar, warum diese Herrschaften sich so aufregen, weil es ihr Lebenselixier getroffen hat. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 15.36 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile es ihm.

Abg. Erhart (15.36 Uhr): Sehr verehrte Damen und Herren! (Abg. Schrittwieser: „Die ÖVP ist die größte

Interveniererpartei!" – Abg. Trampusch: „Lassen wir den Landesrechnungshof prüfen, wie viele Interventionen stattfinden. Soll ich Ihnen vor allen Kollegen Briefe ähnlichen Inhalts zeigen?"

Ich möchte noch etwas beitragen, um die erhitzten Gemüter noch mehr zu erhitzen! (Präsident: „Mein Vorschlag lautet: Der Herr Abgeordnete Erhart ist am Wort!") Sehr gut, danke, Herr Präsident!

Die Österreichische Volkspartei, Hauptbezirksleitung Knittelfeld, schreibt an die Familie Brigitte und Wilfried Bachner, Wien, Ennstaler Straße 3, Pausendorf, betreffend Eigenmitteldarlehen: „Sehr geehrte Familie Bachner! Wie Ihnen sicherlich Herr Landesrat – da ist der Referent genannt – „bereits mitgeteilt hat," (Abg. Schützenhöfer: „Sage ruhig den Namen!") „Dipl.-Ing. Josef Riegler bereits mitgeteilt hat, wird Ihnen für Ihre Wohnung ein unverzinsliches Darlehen in der Höhe von ... Schilling gewährt. Es freut mich, daß ich als Gemeinderat der ÖVP Spielberg behilflich sein konnte (Abg. Schützenhöfer: „Unvergleichbar!"), stehe ich für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung und bleibe mit freundlichen Grüßen Ihr Matthias Kranz." (Abg. Dr. Cortolezis: „Er mißbraucht die Verwaltung nicht dafür!") Warten Sie ein bißchen! Nun schreibt Frau Brigitte Bachner aber zurück. Brigitte Bachner, Ennstaler Straße 3, Spielberg, schreibt an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Rechtsabteilung 14, Dietrichsteinplatz: „Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 14. Jänner 1984, in dem Sie mir Ihren Entscheid über mein Förderungsbegehren für einen 6prozentigen Zinszuschuß für meinen Jungfamilienkredit mitgeteilt haben. Kurze Zeit später aber, ich war sehr erstaunt, als ich einen Brief von einem gewissen Matthias Kranz erhielt – Kopie liegt bei –, worin er zum Ausdruck brachte, daß er sich als ÖVP-Gemeinderat der Gemeinde Spielberg über die Zuteilung eines Zinszuschusses zu meinem Kredit sehr freue und daß er mir in dieser Angelegenheit behilflich gewesen sei." (Abg. Dr. Hirschmann: „Wunderbar!" – Abg. Trampusch: „Wieso weiß er das?") Moment! „Ich kenne diesen Herrn nicht", schreibt sie, „und habe ihn nie um seine Hilfe gebeten." Ich zitiere weiter: „Wieso ist es möglich, daß nicht kompetente Personen Informationen über mein – (Abg. Günther Ofner: „Das ist der Skandal!" – Abg. Trampusch: „Hirschmann, sage deinem Nachfolger, daß er eingefahren ist!" – Abg. Dr. Hirschmann: „Den feinen Unterschied wollt ihr nicht heraushören!") Lieber Herr Kollege Dr. Hirschmann – „Wieso ist es möglich", schreibt sie weiter – (Abg. Dr. Hirschmann: „Der Jugendsprecher ist am Wort!") „Wieso ist es möglich" – ich kann es nur solange wiederholen, bis Sie mich nicht mehr stören – „Wieso ist es möglich, daß nicht kompetente Personen Informationen über mein Ansuchen an das Land Steiermark erhalten?" (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist der Wohnbausprecher aus dem Bezirk Knittelfeld!") „Ich bin der Meinung, daß meine Gesuche an das Land Steiermark für den Gemeinderat der Gemeinde Spielberg genauso tabu sein müssen wie für meinen Briefträger oder andere Personen. Bisher glaubte ich, daß für uns das Datenschutzgesetz existiert." (Abg. Dr. Hirschmann: „Wann kommst du zum entscheidenden Punkt?") „Bildet die Steiermärkische Landesregierung darin eine Ausnahme? Ich sehe nicht ein, daß x-beliebige Personen,

die ich gar nicht kenne, meiner Gemeinde Auskunft über meine finanzielle Situation geben, und bitte Sie um eine Erklärung." (Abg. Dr. Hirschmann: „Du suchst noch immer die Pointe!") Aber, liebe Damen und Herren, es kommt noch dicker. Ich darf Ihnen noch etwas anderes vorlesen. Hier habe ich vor mir ein Mitteilungsblatt der ÖVP (Abg. Schützenhöfer: „Ihr informiert euch nur mehr bei uns!") Bezirksparteileitung der Volkspartei Knittelfeld. Dieses Blatt geht an alle Ortsobmänner, Bürgermeister, Bündeobleute, Betriebsräte und so weiter und so weiter, ein Rundschreiben und einer der Punkte betrifft den Wohnbauförderungssprechtag, jeden Montag von 9 bis 11 Uhr im ÖVP-Sekretariat. (Abg. Dr. Hirschmann: „Purer Neid, Mißgunst!") Informationen über Förderungen bei Althaussanierung, Eigenheimen und so weiter. Hören Sie auf den Satz genau hin, ich kann das dann fotokopieren, wenn Sie wollen, und allen verteilen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist ein ganz anderer Fall!") Nachdem das Wohnbaureferat in unseren Händen ist, haben wir diesbezüglich große Möglichkeiten. Wenn Informationen sowie Interventionen über Gemeinden oder Ortsfunktionäre erfolgen, so ist es sehr zu begrüßen. Wichtig ist, daß die Bevölkerung über diese Servicemöglichkeit informiert wird. (Beifall bei der SPÖ. – 15.40 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth.

Abg. Kanduth (15.40 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! (Allgemeine Heiterkeit. – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten.)

Ich freue mich sehr, daß diese heiteren Einlagen an diesem Nachmittag doch noch stattfinden, denn bisher war es ja eigentlich sehr ruhig und fast zu gemütlich. Ich freue mich aber auch über diese Briefe, die verlesen werden, denn das zeigt, daß unsere Mitarbeiter draußen in den Gemeinden wirklich bürgernah sind. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Da freue ich mich sehr darüber! (Abg. Trampusch: „Du gibst schon zu, daß wir bürgernah sein dürfen?") Aber selbstverständlich, Kollege Trampusch. (Abg. Dr. Cortolezis: „Nicht Mißbrauch der Verwaltung!") Ich glaube nur, daß wir einen Schritt schneller waren in diesen Dingen. Das ist alles. Ich gönne euch das. Mir tut es persönlich leid. Fragen tue ich mich ja noch etwas. Wirklich, das fällt mir gerade ein, lieber Freund Erhart. Du hast eigentlich Papiere in der Hand und verliest die. Hast du vom Datenschutz noch nie etwas gehört? Aber bitte, ich bin nicht betroffen, und daher stört es mich nicht besonders. Vielleicht sollte man bei Namensnennungen doch ein bißchen mehr aufpassen, auch in diesem Hause! (Abg. Erhart: „Ich habe den Namen nicht nennen wollen!") Mir tut es ein bißchen leid. (Abg. Erhart: „Dann ist aus euren Reihen der Wunsch gekommen, den Namen zu nennen!") Du hast den Namen heruntergelesen. Ich habe gar nicht gewußt, daß du so ein folgsamer Abgeordneter bist. (Abg. Schützenhöfer: „Jetzt hast du das Datenschutzgesetz verletzt!") Aber bitte, meine Damen und Herren, ich habe noch einige Anmerkungen zu machen, weil ich glaube, daß wir im Juni dieses vergangenen Jahres sehr deutlich und sehr ausführlich über die Wohnbauförderung in der Steiermark – (Landesrat Dr. Klausner:

„Das ist eine Gaudi!“) Das ist keine Gaudi. Das muß man schon sagen. Es ist überhaupt nicht lustig, wenn er glaubt, er muß sich unterhalten. Ich wünsche das keinem meiner Freunde, wenn er hier heraußen steht, daß es hier so laut ist. Ich muß das wirklich einmal sagen.

Wir haben uns im Juni ganz ordentlich über den Wohnbau unterhalten und die Vorzüge der steirischen Wohnbauförderung im besonderen herausgestrichen. Ich habe mich heute ein bißchen über den Kollegen Weilharter gewundert, der leider jetzt nicht da ist, weil er Vergleiche der Wohnbauförderung von der Bundesrepublik mit der Steiermark bringt. Ich sage Ihnen, es gibt hier keine Vergleiche, weil es keine vergleichbaren Förderungen gibt. Es ist ja schon schwierig, innerhalb Österreichs Vergleiche anzustellen, und schon gar mit der Bundesrepublik. Er hat von zwei Milliarden gesprochen. Ich habe aber nicht gewußt und bin nicht daraufgekommen, und meine Freunde auch nicht, welche zwei Milliarden er gemeint hat. Hat er jene gemeint, die bei den Genossenschaften als Rücklagen liegen, die aber – ich habe das auch im Juni sehr deutlich gesagt – zum Wohle der zukünftigen Wohnungssuchenden und Konsumenten eingesetzt sind, oder hat er jene zwei Milliarden gemeint, die „auf der Kante liegen“ und bis jetzt nicht verbaut wurden. Wobei ich bei diesen – insgesamt sind es 1,5 Milliarden – meine, daß diese zur Zeit einer inneren Anleihe des Landes dienen. Aber das könnte uns der Herr Landesrat Dr. Klausner sehr deutlich sagen. Daher auch, wenn Sie wollen, sehr gut eingesetzt sind. Es macht mir schon Sorge, es wurde sonst immer auch unser Landeswohnbaureferent mit der Frage attackiert, daß zuwenig Mittel verbaut werden. Es macht mir aber schon Sorge, daß dies nicht ganz wegzuwischen ist. Ich habe mir gerade auf diese heutige Debatte herausgeben lassen von zwei völlig verschiedenen Gemeinden, wobei die Gemeinden keine Schuld trifft, wie lange es dauert, bis man bauen kann. In einem Fall neun Monate, daß man zu einem Baubescheid kommt. In einem anderen Fall elf Monate, weil es Stellen im Lande gibt, wo gewisse Anträge liegenbleiben. Ich meine hier ganz sicher nicht die Rechtsabteilung 14, die ist über diese Dinge wirklich erhaben. Aber vielleicht müßte man in dieser Frage einmal näher hineinsteigen und da und dort ein bißchen nachhelfen, damit man schneller bauen kann.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, eines muß man auch sehr deutlich herausstreichen: Diese Idee des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Hermann Schaller, in der Steiermark 1000 Wohnungen mit der erhöhten Förderung von 75 Prozent zu bauen, wobei 25 Prozent von den Genossenschaften als Eigenmittel einzubringen sind, weil dies eine ganz großartige soziale Tat ist. Ich glaube, das kann man gar nicht genug unterstreichen. Und wie wir wissen, ist von den Gemeinden dieses Angebot sehr gerne angenommen worden. Man muß auch sagen, daß auf Grund dieser Mietwohnung und dieser besonderen Förderung natürlich die monatliche Belastung wesentlich geringer ist, weil der Quadratmeter etwa auf 30 Schilling kommt. Dies ist eine großartige soziale Tat, das möchte ich sagen.

Die zweite entscheidende Frage, die auch in diesem Gesetz eingebracht wurde, ist, daß Wohnungseigentümer erstmalig ab 1. Jänner des kommenden Jahres

einen gesetzlichen Anspruch auf Wohnbeihilfe haben. Das hat es bisher auch nicht gegeben und ist in der Steiermark damit eingeführt. Ich danke dir, Hermann Schaller, weil du damit wirklich jede Unsicherheit von den Wohnungswerbern weggenommen hast. Ich danke Ihnen sehr herzlich! (Beifall bei der ÖVP. – 15.47 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (15.47 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Um den Kollegen Kanduth aufzuklären, von welchen Geldern der Kollege Weilharter gesprochen hat: das waren natürlich jene in einem Rechnungshofbericht und auch im Hause diskutierten Rücklagen, die sich in den Genossenschaften angehäuft haben, wobei ja damals, wie du genau weißt, der Landesrechnungshof angemerkt hat, daß das an sich recht hohe Rücklagen sind, und zum Zweiten, daß die Hälfte dieser zwei Milliarden – das hat er besonders angemerkt – einem Bereich zuzuordnen sind, der quasi „die größten Wohnbaugenossenschaften einer Reichshälfte“ beinhaltet. Wir haben damals auch übereinstimmend feststellen können, daß ein Teil dieser Rücklagen eigentlich in Grundstücken besteht, und wenn man die aktiviert, wäre die Größenordnung in Wahrheit noch viel größer als zwei Milliarden. Die Anmerkung, verehrter Herr Kollege Kanduth, ist schon erlaubt, daß man sich fragt, wie es eigentlich dazu kommen konnte, daß Wohnbaugenossenschaften, die an sich aus der Sicht ihrer Gemeinnützigkeit keinen einzigen Schilling hätten verdienen dürfen, schlußendlich zwei Milliarden in Grundstücken und Geld auf der „hohen Kante“ haben. Diese Anmerkung muß erlaubt sein in diesem Hause, und diese Anmerkung hat auch der Herr Kollege Weilharter angedeutet, um das jetzt zu erklären, um was es hier gegangen ist.

Meine Damen und Herren, ich habe mich ja eigentlich von der Rednerliste zu dieser Debatte bereits wieder streichen lassen, ganz einfach deshalb, weil ich mir nicht erwartet habe, daß Sie selbst dieses System, um das es bei dieser Wohnbauförderung geht, in einer derartig dramatischen Art und Weise offenlegen. Mein Gott, der Kollege Dr. Cortolezis hat (Abg. Kammlander: „Er ist unerfahren!“) das Abendland völlig zu Recht untergehen sehen, wenn weiterhin politisch interveniert wird. Er hat recht; es gibt mir, um mit der Terminologie des Herrn Kollegen Dr. Schilcher zu sprechen, eine der wenigen Gelegenheiten, mit dem Herrn Kollegen Dr. Cortolezis völlig einer Meinung zu sein. Das ist ein Stil, den die jungen Leute überhaupt nicht verstehen, warum sie von irgendwelchen Politikern mitgeteilt bekommen, daß er für sie etwas getan hat, obwohl sie von dem überhaupt nichts wollten. Aber das ist ja, wie wir wissen, Herr Kollege Harmsdott, überall dasselbe (Abg. Harmsdott: „Er kommt ja!“), und jeder von uns könnte jetzt in sein Büro gehen und könnte Hunderte von solchen Briefen heraussuchen und sie gegenseitig vorlesen. (Abg. Kohlhammer: „Das muß man mithaben!“)

Das hat ja alles keinen Sinn! Was aber wirklich einen Sinn hat – und das schlage ich Ihnen vor, und das habe ich im Juni schon vorgeschlagen –: Ja, warum um

Himmels willen bekennen wir uns denn nicht wirklich zu einer Privatisierung auch dieses Förderungsbereiches? Warum um Himmels willen kommen wir nicht wirklich so weit, daß wir alle diese Wohnbauförderungsmittel sowieso erstens nur in die Subjektförderung geben, damit da keiner mehr zu einer Genossenschaft muß, und zweitens nur mehr durch den Bankenapparat abwickeln lassen, und daß in Wahrheit kein Abgeordneter seine Pfoten mehr da drinnen vergessen hat und auch kein Wohnbaureferent und kein Gemeinderat und was auch immer. Wieso tun wir denn das nicht? Wenn ihr eh schon anfangt, euch gegenseitig eure Briefe vorzulesen, und sagt: „Warum mischt ihr euch da ein?“, dann schlage ich vor: Machen wir doch gemeinsam ein System, in dem sich keiner mehr einmischen kann und darf. Und die Leute interessiert es ja nicht, bitte, ob der Herr Abgeordnete Pimpelhuber dort einen Brief schreibt oder nicht; der soll seine Kraft besser für etwas Gescheiteres verwenden. Daher machen wir ein anderes System. Im Juni haben wir einen kleinen Schritt gemacht – er war noch lange nicht so weit, wie wir vorgeschlagen haben –, und ich bin ja guter Hoffnung, wenn Sie sich jetzt gegenseitig anagitieren, daß wir irgendwann einmal in den nächsten Jahren gemeinsam den nächsten Schritt zu einer Entpolitisierung und Privatisierung gehen werden. (Beifall bei der FPÖ. – 15.51 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (15.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mich eigentlich nur spontan gemeldet, nachdem der Kollege Trampusch gemeint hat: „Gibt es hier überhaupt einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete, die noch nie in Wohnbaufragen interveniert hat?“ Ich bin eine von diesen, möchte ich hier betonen. (Abg. Dr. Dorfer: „Traurig, traurig!“ – Abg. Pinegger: „Weil zu Ihnen niemand kommt!“) Ich habe sicher noch nie in irgendeiner Weise interveniert, und wir sollten bitte in dieser ganzen Frage – der Herr Kollege Dr. Cortolezis erscheint mir in dieser Causa sehr unerfahren, und deswegen ist er auch ins offene Messer gelaufen – nicht vergessen, daß es sich hier in dieser Diskussion um den sozialen Wohnbau handelt und daß es ja darum geht, daß Personen der unteren Gehaltsgruppen durch das Land unterstützt werden – also durch das Land die Möglichkeit haben sollten, zu Wohnraum zu gelangen, daß es sich hier nicht um irgendeine Personengruppe handelt. Der Kollege Mag. Rader vertritt ja immer nur die Gruppe der überhaupt Wohnungsuchenden. Ich glaube, Sie vergessen immer, daß es ja auch Sozialpolitik ist, die hier betrieben wird, und daß man die nicht am freien Markt machen kann und daß man nicht alles dem Markt überlassen kann. Das ist eine politische Frage. (Abg. Mag. Rader: „Ich erkläre dir das privat!“) Gut, ich bekomme ein Privatissimum, wie sich das der Herr Abgeordnete Mag. Rader vorstellt. Aber ich fürchte sehr, wenn das eintritt, was der Herr Kollege Mag. Rader vorschlägt, daß das mindestens so schlimm ist, wenn nicht viel schlimmer. (15.53 Uhr.)

Präsident: Zum Schlußwort ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba gemeldet.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (15.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem der Herr Abgeordnete Pinegger, soweit es im Rahmen der Wohnbauförderung meine Kompetenz betrifft, umfassend über die Möglichkeiten informiert hat, die ab dem 1. Jänner auf Grund des neuen Gesetzes gegeben sind, möchte ich doch abschließend noch einige Zahlen, die die geleistete Arbeit der Beamtenschaft, vor allem der Rechtsabteilung 14, beweisen mögen, zu Ihrer Information bekanntgeben:

Es konnten im Bereich des Eigenheimbaues vom Jänner bis November des laufenden Jahres 2764 Wohneinheiten, im Sanierungsbereich 6701 Anträge und im Bereich, der die Anträge im Rahmen der Hausstandsgründung für Jungfamilien betrifft, 2787 Anträge, insgesamt also 12.252 Ansuchen und Anträge, positiv erledigt werden. Auch für eine so große Abteilung, wie es die Rechtsabteilung 14 ist, eine sehr beachtliche Arbeitsleistung. Daher möchte ich es nicht verabsäumen, stellvertretend für alle Mitarbeiter dieser Rechtsabteilung 14 dem Vorstand, Wirkl. Hofrat Dr. Erich Nopp, und auch seinem Stellvertreter, Hofrat Dr. Friedrich Rauchlatner, für ihre Arbeit und für ihr Engagement, das in dem Bemühen begründet ist, möglichst zeit- und fristgerecht den Ansuchenden zu ihrem Recht zu verhelfen, sehr, sehr herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP. – 15.55 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (15.55 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Auch ich möchte einige Bemerkungen zur Wohnbaudiskussion machen. Ich möchte erstens einmal herzlich danken für die Beiträge und möchte zur Diskussion einen Satz sagen: Ich bin viele Jahre selbst Abgeordneter gewesen, und es sind viele Menschen zu mir gekommen, die Hilfe und Rat gesucht haben. Und selbstverständlich habe ich mich dort, wo ich konnte, für sie eingesetzt – selbstverständlich! Das ist ein Teil auch unseres Dienstes, den wir am Bürger zu erfüllen haben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Zweitens: Ich habe nie in meinem Leben auch nur einen einzigen gefragt, ob er ein Parteibuch hat oder nicht. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Und drittens: Ich habe lange genug dem Wohnbauförderungsbeirat angehört und war auch einige Jahre Vorsitzender. Ich kann dem Hohen Haus berichten, daß die Listen dort offenliegen – auch mit dem Einreichdatum – und daß jeder mit oder ohne Intervention drangekommen ist. Soviel zur Diskussion.

Ich möchte aber doch zu einigen Fragen noch kurz Stellung nehmen. Ich bin an sich dankbar, daß zu Fragen der Wohnbaupolitik eigentlich im Haus immer großer Konsens herrscht, wenn man von der einen oder anderen Frage absieht. Ich glaube, daß wir mit 1. Jänner 1990 in eine neue, aber auch sehr entscheidende Phase eintreten, nämlich der vollständigen Veränderung der Wohnbauförderung. Das bedeutet auch, daß wir das neue Modell, wie es erarbeitet und ausdiskutiert worden ist, ab diesem Zeitpunkt in der Steiermark haben, und das bedeutet auch, daß wir uns natürlich um die Fragen der Finanzierung Gedanken machen

müssen. Und wenn wir im Landesvoranschlag heuer immerhin einen Betrag von 3,6 Milliarden Schilling für das nächste Jahr vorgesehen haben, so ist das eine Riesensumme und zeigt auch, welche Impulse über die Wohnversorgung hinaus auf die Wirtschaft in diesem Land ausgehen. Wir haben alle dafür gekämpft – alle Fraktionen –, daß das Land auch seinen Finanzierungsbeitrag leistet. Wir sind sehr froh, daß wir es durchgesetzt haben, daß auch in Zukunft, so wie es in der Vergangenheit der Fall war, das Land ein Sechstel jener Beträge aufbringen muß, die der Bund über die Steueraufteilung zur Verfügung stellt.

Aber dennoch – und das hat der Herr Finanzreferent schamhaft in seiner Budgetrede verschwiegen – haben wir weniger Landesmittel – er hat uns zwar das Sechstel zur Verfügung gestellt, aber nicht jene weiteren Beträge, die eigentlich auch vorzusehen wären, nämlich im Bereich der Wohnumfeldverbesserung, für die Finanzierung der Eigenheime, aber auch für die Jungfamilienförderung, so daß wir insgesamt sehr wohl um 234 Millionen Schilling weniger im Wohnbauförderungstopf des nächsten Jahres haben. Ich bin aber der Meinung, daß wir mit diesem Betrag auskommen werden, vor allem auch angesichts der Tatsache – uns sie ist schon vom Herrn Abgeordneten Kanduth angeschnitten worden –, daß wir tatsächliche Rücklagen auf unseren Konten haben. Es sind immerhin mit 29. November 1989 1,6 Milliarden Schilling, die als Reserve zur Verfügung stehen. Aber ich möchte trotzdem sagen, daß diesen Mitteln auch Verpflichtungen gegenüberstehen, das heißt, daß das Land Steiermark beziehungsweise die Landesregierung Zusicherungen in der Größenordnung von 2,6 Milliarden Schilling hinausgegeben hat. Das heißt, wir haben um eine Milliarde mehr zugesichert, als wir eigentlich auf unseren Konten liegen haben. Natürlich muß man sich die Frage stellen, irgendwas funktioniert da nicht. Es ist richtig, wir haben uns mit der Tatsache auseinandersetzen, daß die Mittel nicht im vollen Umfang abberufen werden, wie sie eigentlich zugeteilt sind. Ich habe daher in einer genauen Analyse durch die Rechtsabteilung 14 einmal feststellen lassen, wo die Ursachen für diese Reserve liegen. Wir haben feststellen müssen, daß eine Reihe von zugesagten Vorhaben aus alten Programmen, zurückgehend bis in die frühen achtziger Jahre, nicht gebaut worden sind. Die Ursachen sind vielfältige. Sie reichen von Problemen im Vollzug der Bauordnung – da es oft unendlich schwierig ist, zu einem Baubewilligungsbescheid zu kommen –, von Anrainereinsprüchen über Probleme mit der Raumordnung bis hin zu Fragen, die damit zusammenhängen, daß manchmal eben auch die Bürokratie vielleicht zu sehr im Vordergrund steht. Ich habe auf jeden Fall einmal veranlaßt, und ich hoffe, daß wir jetzt reinen Tisch bekommen, daß alle Bauvorhaben aus älteren Programmbeständen entweder heuer eingereicht werden müssen oder sonst verfallen. Dadurch werden wahrscheinlich ziemlich viel Mittel verfügbar. Wir werden sie dann im nächsten Jahr neu disponieren können, weil ich nichts davon halte, daß Bauvorhaben bestehen, die nicht vollzogen werden.

Einen zweiten Bereich darf ich vielleicht kurz ansprechen. Wir haben heuer erstmals im Budget eine Position für die Beschaffung von Wohnbauland gehabt. Die ist noch nicht in dem Maße in Anspruch genom-

men worden, wie ich es eigentlich erwartet habe. Offensichtlich dauert das seine Zeit, bis es sich herumspricht. Es ist so, daß wir dennoch in der Zwischenzeit 16 Gemeinden mit einem Volumen von insgesamt 22,1 Millionen Schilling mit dieser Förderung ausstatten konnten. Ich glaube, daß wir diesen Bereich ausbauen werden, und zwar nicht nur für die unmittelbare Beschaffung von Bauland, sondern auch für die Maßnahmen im Umfeld des Wohnens. Ob das jetzt Bauplatzbeschaffung für Kindergärten ist, also für Kinderspielplätze ist, ob das Einrichtungen sind im Zusammenhang mit dem Siedlungsbau. Ich möchte eine dieser Umfeldverbesserungen auch gezielt ansprechen, das ist die Förderung der Fernwärme, die wir heuer schwerpunktmäßig im Zusammenhang mit dem Smogalarm und mit der Smogsituation eingeführt haben, indem wir Mittel des Wohnbaues auch einsetzen, um Wohnungen und Siedlungen umzustellen auf Fernwärme. Hier kann ich sagen, diese Aktion ist in einem überaus starken Maße in Anspruch genommen worden. Wir haben heuer bereits 2300 Wohneinheiten gefördert mit einem Förderungsvolumen von 27,2 Millionen Schilling. Das heißt, der Fernwärmeboom in Graz ist enorm. Wir haben hier eine Zunahme der Anschlüsse durch diese gezielte Förderung um 99 Prozent gegenüber 1988. Und wenn man die Zunahme der Anträge zugrunde legt, ist es so, daß wir sogar eine Steigerung der Anträge um 216 Prozent haben. Also eine durchaus erfreuliche Entwicklung. Da möchte ich jetzt schon sagen, daß ich die Rechtsabteilung 14 beauftragt habe, diese Fernwärmeförderung nicht nur für die Belastungsgebiete vorzusehen, sondern für die gesamte Steiermark, so daß wir damit – glaube ich – auch einen massiven Impuls setzen können in Richtung Verbesserung der Luftqualität und bessere Energienutzung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Noch einen kurzen Hinweis zum Thema „Wohnbauschek“. Auch diese Förderung ist erstmals im neuen Wohnbauförderungsgesetz vorgesehen, obgleich wir diese Form schon bisher in die Förderung einbezogen haben. Es ist so, daß wir derzeit 14 Bauvorhaben mit 110 Wohneinheiten, die von den Bauträgern zur Begutachtung eingereicht worden sind, bereits bewilligt haben. Drei weitere Projekte mit 58 Wohneinheiten sind in Prüfung bei der Rechtsabteilung 14. Von der Fachabteilung Ib, die ja ebenfalls in dieses Prüfungsverfahren miteinbezogen ist, wurden bisher insgesamt 35 Bauvorhaben mit 500 Wohneinheiten bereits positiv begutachtet. Weitere 26 Bauvorhaben mit 203 Wohneinheiten sind in Begutachtung. Das heißt, wir können davon ausgehen, daß dieser Wohnbauschek nach einer gewissen Verzögerung jetzt durchaus zu laufen beginnt. Abschließend möchte ich noch sagen, weil das von Herrn Abgeordneten Mag. Rader auch in Diskussion gebracht worden ist: Wir haben heuer erstmals sehr wohl auch aus Überlegungen heraus, daß der geförderte Wohnhausbau auch immer wieder im Hinblick auf die hohen Wohnungskosten kritisiert wird, und angesichts der Tatsache, daß unsere Bauträger offensichtlich doch beachtliche Rücklagen haben, ein Sonderprogramm mit 1000 Wohneinheiten unter der Voraussetzung freigegeben – der Abgeordnete Kanduth hat bereits darauf hingewiesen –, daß einerseits die Gemeinde die Grund- und Aufschließungskosten beistellt, und andererseits – das ist neu gegenüber dem Gesetz – wir nur dann die Mittel freigeben, wenn der

Bauträger seine Eigenmittel einsetzt. Ich gestehe, daß die Bauträger bei dieser Bedingung geknurren haben, aber dieses Programm ist voll ausgebucht und hat eben zur Folge, daß wir – wie Kanduth gesagt hat – praktisch die Mittel um die Hälfte reduzieren konnten. Das heißt, wir beginnen nicht bei etwa 55 bis 60 Schilling je Quadratmeter, sondern zwischen 28 und 30 Schilling. Und zwar auch im selben Ausmaß dann im Laufe dieser 20 Jahre steigend. Ich glaube, daß das eine sinnvolle Aktion ist, weil meiner Meinung nach die Gemeinnützigkeit voraussetzt, daß eben hier die Mittel wiederum eingesetzt werden sollen und müssen, um auch jenen zu helfen, die Hilfe benötigen, und das sind die sozial Schwachen. Daher werden diese 1000 Wohneinheiten ausschließlich für jene reserviert sein, die zu den sozial Schwächeren zählen. Das heißt, es dürfen diese Wohnungen nur jenen zugewiesen werden, die auf jeden Fall Anspruch auf Wohnbeihilfe haben.

Ich meine daher – damit komme ich schon zum Schluß –, daß wir einen richtigen Weg gehen, und sehe auch den Grund darin, daß in den entscheidenden Punkten Übereinstimmung herrscht. Und wenn der Herr Kollege Mag. Rader – um das noch zu sagen – gemeint hat, wir sollen alles hier privatisieren, dann möchte ich mich eigentlich eher an die Meinung der Frau Abgeordneten Kammlander halten: Wohnbaupolitik ist primär heute Sozialpolitik, und ich glaube nicht, daß man die Sozialpolitik zur Gänze privatisieren kann. Das wird immer auch eine Aufgabe der öffentlichen Hand sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich ebenfalls bei Herrn Hofrat Dr. Nopp und auch bei Herrn Hofrat Dr. Rauchlatner persönlich sehr bedanken. Es ist ein Vergnügen, Referent zu sein, wenn man mit solchen Mitarbeitern arbeiten kann, die einsatzbereit, engagiert sind und ihre Aufgabe nicht nur so erfüllen, wie man es sich von Beamten erwartet, sondern über das Maß hinaus sich für ihre Sache einsetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bedanke mich herzlich vor allem auch bei Herrn Hofrat Dr. Rauchlatner, der mit dem Wohnbauförderungsgesetz eine enorme Arbeit hinter sich gebracht hat, und ich glaube, wenn wir nicht nur eines der ersten Länder gewesen sind, sondern wenn wir auch ein – wie ich sicher bin – sehr gutes und sehr modernes Wohnbaugesetz haben, dann ist es auch deren Verdienst.

Ich danke Ihnen herzlich und darf Sie ersuchen, den Ansätzen zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 16.10 Uhr.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat der Herr Landesrat Dr. Klauser das Wort.

Landesrat Dr. Klauser (16.10 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat im Schlußwort zum Budgetkapitel 3 behauptet, daß der Regierungssitzungsantrag „Miet- und Pachtzinse für die Landesausstellung 1990 in Gamlitz“ über zwei Monate in meinem Büro zur Bearbeitung lag und damit eine schleunige Behandlung behinderte.

Ich bin erstaunt darüber, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter ausgerechnet diesen Akt zum

Gegenstand seiner Kritik am Finanzressort und meinem Büro macht, und will zunächst den Antrag und dann den Aktenlauf darstellen: Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Zur Vorbereitung der Landesausstellung 1990 in Gamlitz stehen für bauliche Maßnahmen der Rechtsabteilung 6 im Landesvoranschlag 1989 Kreditmittel im Betrag von 9,620.000 Schilling zur Verfügung.

Von diesem Betrag wurden bis zum heutigen Tag Freigaben von 9,268.000 Schilling teils mit Regierungsbeschluß, teils mit Freigaben von der Rechtsabteilung 6 mit Zustimmung des Büros des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Prof. Kurt Jungwirth vergeben.

Auf Grund von Verhandlungen (Land Steiermark mit dem Gebäudeinhaber Ing. Siegfried Melcher) wurde eine Vereinbarung getroffen, daß das Land Steiermark eine Miete für die zur Verfügung gestellten Räume und des Areals zur Abhaltung der Landesausstellung zu bezahlen hätte. Die Mietzahlung beläuft sich auf 4,560.000 Schilling (siehe Mietvertrag und Zusatzvereinbarung). Gleichzeitig wurde vereinbart, daß dieser Betrag zur Gänze für bauliche Investitionen an den Objekten, in denen die Landesausstellung gezeigt wird, zur Verfügung steht.

In der Hypo-Bank Graz, Zweigstelle Paulustorgasse, wurde daraufhin ein Konto auf den Namen „Ing. Siegfried Melcher, 8462 Gamlitz Nr. 32, bauliche Maßnahmen Schloß Gamlitz“ errichtet, zu dem nur Landesbedienstete Zugriff haben.

Um jetzt auf Grund dieser Mietvereinbarung, welche von der Regierung am 8. Mai 1989 genehmigt wurde, vorgehen zu können, wird ersucht, die bereits zugesagten Freigaben nachträglich wie folgt zuzuordnen: Baupenglerarbeiten zur Gänze Ing. Melcher, Bautischlerarbeiten 260.000 Schilling Land Steiermark, 340.000 Schilling Ing. Melcher, Dachdeckerarbeiten zur Gänze Ing. Melcher, Zimmermannsarbeiten 605.000 Schilling Land Steiermark, 150.000 Schilling Ing. Melcher, Baumeisterarbeiten 3,340.870 Schilling Land Steiermark, 2,109.130 Schilling Ing. Melcher, Fliesenlegerarbeiten 180.000 Schilling Land Steiermark, 40.000 Schilling Ing. Melcher, Heizungs- und Sanitärinstallationen 135.000 Schilling Land Steiermark, 110.000 Schilling Ing. Melcher, Elektroinstallationsarbeiten zur Gänze Ing. Melcher, Stromverstärkung/Erweiterung zur Gänze Ing. Melcher, Statikerleistungen 45.000 Schilling Land Steiermark, 40.000 Schilling Ing. Melcher.

Dies ergibt vorerst einen Betrag von 4,234.130 Schilling als Anteil Melcher. Freigaben im Betrag von 200.000 Schilling für eine zu errichtende Eisenstiege fehlen noch. Ebenso fehlt noch eine Freigabe im Betrag von 125.870 Schilling für die elektrische Außenbeleuchtung, so daß sich im Endbetrag von 4,560.000 Schilling genau jener Betrag wieder ergibt, der als Miete Herrn Ing. Siegfried Melcher überwiesen werden soll.

Es wird daher ersucht, die Regierungsbeschlüsse dahin gehend aufzuheben, daß der Betrag von 4,560.000 Schilling als Miete von der VSt. 1/381033-0632 entnommen werden kann.

Die Anweisung der Miete hat überplanmäßig bei der neu zu errichtenden Post 7020 mit der Bezeichnung „Miet- und Pachtzinse“ beim Ansatz 1/381039 zu

erfolgen. Die Bedeckung im gleich hohen Betrag ist bei VSt. 1/381033-0632 gegeben. Es wird daher der Antrag gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wolle folgenden Beschluß fassen:

Erstens: Die Regierungsbeschlüsse und Freigaben werden wie im AV. beschrieben dahin gehend aufgehoben, daß der Betrag von 4.560.000 Schilling als Miete von der VSt. 1/381033-0632 entnommen werden kann.

Zweitens: Die Anweisung der Miete hat überplanmäßig bei der neu zu errichtenden Post 7020 mit der Bezeichnung „Miet- und Pachtzinse“ beim Ansatz 1/381039 zu erfolgen.

Drittens: Die Bedeckung für diese Ausgabe ist im gleich hohen Betrag bei der Voranschlagsstelle 1/381033-0632 gegeben. Gezeichnet am 9. September 1989. Der Landeshauptmannstellvertreter.

Dieser Antrag ist in der Rechtsabteilung 6, meine Damen und Herren, am 17. Oktober 1989 abgefertigt worden. Er ist in der Finanzabteilung am 24. Oktober 1989 eingelangt, in meinem Büro auf Grund verschiedener Rücksprachen, die der Klärung dieses Sachverhaltes dienten, am 14. November 1989. Ich habe ihn mit meiner Unterschrift am 20. November 1989 der Rechtsabteilung 10 zurückgemittelt. Er ist am 21. November 1989 der Rechtsabteilung 6 rückübermittelt worden.

Ich stelle jedenfalls fest, daß von der Unterschrift des Herrn Landeshauptmannstellvertreters bis zum Eintreffen des Aktes in der Finanzabteilung 45 Tage vergingen, während dieser für das Kulturressort, wie ich sofort ausführen kann, wahrhaft unrühmliche Akt in meinem Büro in sechs Tagen erledigt wurde.

Die Erledigung der Rechtsabteilung 10 schaut wie folgt aus: „Dem vorliegenden Sitzungsantrag wird entnommen, daß nach einer von der Landesregierung am 8. Mai 1989 genehmigten Vereinbarung in Zusammenhang mit der Landesausstellung 1990 die Auftragserteilung an die Professionisten fälschlicherweise zur Gänze im Namen und auf Rechnung des Landes Steiermark erfolgte, obwohl laut dieser abgeschlossenen Vereinbarung die Firmenleistungen, die vom Vermieter Ing. Melcher durch die Mieten zu finanzieren sind, vom Land im Namen und auf Rechnung des Ing. Melcher zu vergeben sind.“

Dem Antrag gemäß dem angeführten Betreff wird bei Sicherstellung nachstehender erforderlicher Maßnahmen zugestimmt. Erstens die Einschränkung beziehungsweise Aufhebung der in der dem Antrag beiliegenden Aufstellung genannten bisherigen Sitzungsbeschlüsse betreffend Auftragsvergaben auf das genannte Ausmaß des Landesanteiles, soweit es sich nicht um alleinige Landesvergaben handelt. Zweitens der Auftrag an die LBD, in solchen Fällen die Auftragsvergaben an die Firmen auf das Landesausmaß einzuschränken und die Anteile des Gebäudeinhabers an den Aufträgen im Namen und auf Rechnung ‚Melcher‘ zu berichtigen. Drittens die noch zu erfolgenden Professionistenarbeiten, die den Anteil ‚Melcher‘ betreffen, im Namen und auf Rechnung ‚Melcher‘ zu vergeben.“

Diese Äußerung habe ich, wie gesagt, nach sechs Tagen Bearbeitung in meinem Büro am 20. November unterschrieben. Ich weiß daher nicht, wie der Herr

Landeshauptmannstellvertreter zur Behauptung kommt, der Akt sei zwei Monate in meinem Büro gelegen. (Beifall bei der SPÖ. – 16.18 Uhr.)

Präsident: Am Wort ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (16.18 Uhr): Ich möchte mich zu diesem Intermezzo auch zu Wort melden und danke für die Aufklärung, Herr Kollege Dr. Klauser. Sie zeigt zwei wesentliche Punkte: erstens, daß die Unternehmungen der Landesausstellungen dadurch, daß sie von einem Bezirk in den anderen wandern, immer andere Partner haben, immer einen neuen Partner haben, der das Haus zur Verfügung stellt, manchesmal waren es Stadtgemeinden, wie beispielsweise in Judenburg, manchesmal sind es Private. Wir versuchen – ich glaube – im Einvernehmen zwischen der Rechtsabteilung 10 und der Kulturabteilung immer, den Vorgang, die Vorgangsweise herauszufinden, die für die Finanzen des Landes die günstigsten sind. Da gibt es eine Reihe von Problemen, besonders steuerlicher Natur, die zu lösen sind und die auch dazu führen können, daß Anträge neu formuliert werden müssen und noch einmal zur Unterschrift vorgelegt werden. Das zum einen. Zum Zweiten ergibt sich daraus, daß die Wege der Bürokratie – wie wir alle wissen – verschlungen und manchmal recht langwierig sind und daß solche Umwege manchmal sehr energieverzehrend sind für jene, die auf Zahlungen warten. Das hat es bereits in der Vergangenheit bei Firmen gegeben, die monatelang ihre Leistungen erstattet hatten und noch immer auf die Bezahlung warten mußten. Ich unterstelle niemandem, daß er aus Böswilligkeit hier eingreift oder blockiert. Ich habe das – glaube ich – auch heute nicht gesagt. Es ist nur alles wünschenswert, was diese Wege wirklich in Zukunft auch beschleunigt. Vielleicht ist das heutige Intermezzo ein Beitrag für die Belebung dieser Aktenwege. Ich danke jedenfalls für die Aufklärung. (Beifall bei der ÖVP. – 16.20 Uhr.)

Präsident: Die Frau Berichterstatterin hat auf ihr Schlußwort verzichtet. Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 5 „Gesundheit“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (16.21 Uhr): Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Gruppe 5 behandelt das Kapitel „Umweltschutz und Gesundheit“. Den Einnahmen von 2.859.752.000 Schilling stehen Ausgaben von 4.384.217.000 Schilling gegenüber. Ich ersuche um Annahme. (16.21 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 5 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Umweltschutz und im zweiten Teil Gesundheit behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 5, Umweltschutz:

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (16.22 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich auch noch zwei Sätze zu diesem Intermezzo zwischen dem Finanzreferenten und dem Landeshauptmannstellvertreter sage. Für mich gibt es auch zwei Lehren aus dieser Situation: erstens, daß es tatsächlich stimmt, was ich schon mehrfach in diesem Hause und nicht zuletzt zu den Landesausstellungen gesagt habe, daß nämlich das Budget in Wahrheit ein Fetzen Papier ist und wir eigentlich über den Rechnungsabschluß diskutieren sollten, weil worüber reden wir eigentlich, wenn im Budget drinnen steht, es handelt sich um Mieten, und in Wahrheit kommt man drauf, daß um über vier Millionen umgebaut wird. Das ist sowieso eine Irreführung dieses Hauses, so wie es gehandhabt wird, und zum Zweiten, ich habe daraus auch entnommen, daß die Landesausstellungen zu einem hohen Maße ein Renovierungsunternehmen sind. Das hat bei Herberstein begonnen und endet derzeit bei Melcher, in einem hohen Maße ein wirkliches Renovierungsunternehmen für verschiedene Dinge.

Meine verehrten Damen und Herren! Ich nehme an, das Umweltressort hat uns heute schon einen Luftgüterbericht vom Oktober auf den Tisch gelegt, und es wäre natürlich sehr interessant, gerade in dieser Situation jetzt über die Smogsituation oder Nichtsmogsituation in Graz zu diskutieren. Wir haben das in den vergangenen Jahren eigentlich immer wieder getan. Ich will das heute nicht tun. Nicht zuletzt deshalb, weil ich der Überzeugung bin, daß es zu diesem intensiven Smog nicht kommen wird, weil die Auslösungsmechanismen ganz andere geworden sind wie im vergangenen Winter. Aber ich will nur eine Anmerkung machen: Ich halte es für positiv, daß allein diese Androhung, daß unter Umständen bestimmte Fahrten nicht gemacht werden können, schon dazu geführt hat, daß es im Augenblick einen Nachrüstboom für Katalysatoren gibt. Übrigens, ich habe mich daran erinnert vor kurzem, daß eigentlich vor zweieinhalb Jahren unsere Fraktion mit Unterstützung der Frau Kollegin Kammlander und des Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Dr. Korber diese Nachrüstaktion beantragt hat, und habe nachgesehen, ob die Landesregierung da überhaupt darüber berichtet hat, weil es an sich eine so positive Aktion ist, und ich hatte schon den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller in Verdacht, daß das in seinem Büro liegengelieben ist. Ich darf sagen, das war nicht der Fall, sondern aus irgendwelchen mir nicht verständlichen Gründen ist dieser Bericht dem Ressort Klasnic zugegangen, und ich hoffe, daß wir hier im Landtag demnächst einen Bericht bekommen werden.

Meine verehrten Damen und Herren! Ich will mich aber nicht mit der Grazer Luftsituation beschäftigen, sondern mit meinem Lieblingssteckenpferd, mit dem steirischen Müll. Meine verehrten Damen und Herren, wir haben aber auch inhaltlich schon so oft darüber gesprochen und uns widersprochen. Und ich nehme

an, daß die Meinungen seit der vorletzten oder letzten Landtagssitzung – war es, glaube ich –, als wir uns über den Umweltbericht unterhalten haben, nicht so sehr geändert haben. Meine hat sich nicht geändert, und ich nehme auch an, die des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller wird sich nicht geändert haben. Und wir haben auch damals immer wieder unterschiedliche Meinungen gehabt darüber, ob es nun tatsächlich gelingen wird, diese Planung, den Hauptteil des Mülls nach Trennung, nach Vermeidung und nach allem anderen einer Verbrennung zuzuführen, rechtzeitig funktionieren wird. Ich nehme an, der Herr Landesrat wird heute noch der Meinung sein, daß das klappen wird. Ich darf Ihnen sagen, auch ich bin heute noch der Meinung, daß das nicht klappen wird. Ganz einfach deshalb, weil wir heute eine Serie von Wahlen vor uns haben, eine Serie von Wahlen, die natürlich dazu führen wird, daß es kaum Standorte geben wird, und daß auch nur die Überlegung, wohin man mit so etwas gehen kann, nicht funktionieren kann. Wenn ich das richtig im Kopf habe, dann haben wir zu diesem Zeitpunkt jetzt eigentlich schon eine öffentliche Diskussion allfälliger Standorte angekündigt gehabt. Und natürlich ist es noch nicht so weit und wird natürlich auch vor den Gemeinderatswahlen im März nicht so sein, wird natürlich vor den darauffolgenden Nationalratswahlen nicht so sein und wird natürlich auch nicht so sein vor den kommenden Landtagswahlen. Dann schreiben wir allerdings schon 1991, und dann wird es schön langsam eng in der Steiermark. Aus diesem Grunde heraus, meine verehrten Damen und Herren, und weil ich in Wahrheit auch wie alle anderen keine Alternative zur Verbrennung sehe, vor allem in Hinblick auf die Klärschlammproblematik nicht, über die ja öffentlich diskutiert wird. Es gibt eine Menge von Klärschlamm, und alle sind eigentlich froh, daß sie nicht wissen, wohin er verschwindet. Im Hinblick auf diese Klärschlammproblematik sehe ich im Moment auch keine Alternative zur Verbrennung. Daher sollten wir das rasch vorantreiben. Diesem Grundsatz hat unser Vorschlag entsprochen, den wir versucht haben im Finanz-Ausschuß, im Rahmen einer Resolution unterzubringen, wo wir gesagt haben, wenn wir schon nicht so sehr weiterkommen, wenn man es den einzelnen Verbänden schon nicht zumuten kann, daß sie rechtzeitig die Vereinbarungen machen, wenn die Landesplanung schon quasi als Alternative angeboten hat, machen wir doch Gesellschaften, die die Planung für diese Verbrennungen vornehmen sollen und dann das Betreiben erst weitergeben soll, haben wir vorgeschlagen, tun wir doch das, was der Herr Bundesminister Schüssel auf Bundesebene vorgeschlagen hat, geben wir doch die Müllverbrennung, wenn wir uns dafür entschieden haben, und das ist ja wohl der Fall, geben wir diese Müllverbrennung an Elektroversorgungsunternehmen weiter. Der Herr Bundesminister Schüssel hat die Verbundgesellschaft gemeint, wir haben in unserem Vorschlag gemeint, geben wir es doch der STEWEAG, die hat genügend große Kapazität, um auch hier etwas weiterzubringen. Ich sage noch einmal, meine verehrten Damen und Herren, ich bin der Überzeugung, daß eine der größten Fehlentscheidungen oder Versäumnisse in den letzten Jahrzehnten, für die der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller nichts kann – das sage ich gleich dazu –, war, daß man im Zusammenhang mit der Planung des Fernheizkraft-

werkes in Mellach nicht auch darüber nachgedacht hat, ob in diesem Zusammenhang eine Müllverbrennung nicht zusätzlich möglich wäre. Eine ganz sicher große Fehlentscheidung, und man sollte überlegen, ob man das korrigieren kann. Ich bedaure eigentlich, daß sich diesem Grundgedanken niemand angeschlossen hat. Denn zumindest prüfen, meine verehrten Damen und Herren, sollte man das tatsächlich, ob nicht die STEWEAG das übernehmen soll. Eine Prüfung ist ja noch nicht die endgültige Entscheidung, aber wir wären einen Schritt weiter.

Meine verehrten Damen und Herren, weil gerade der Klärschlamm und der Müll angesprochen wurden, die ja zu einem Teil in der Vergangenheit auch in unsere Nachbarländer gebracht worden sind, und weil wir gerade – (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten.) Danke, Herr Präsident – in diesen Tagen, gestern und heute, sehr viel darüber diskutiert haben, wie wir mit unseren Nachbarn umgehen, möchte ich mir erlauben, einen Fall auf den Tisch zu legen und um Aufklärung zu bitten, von dem ich vorausschicke, daß er zwar jetzt in die Kompetenz, aber nicht in den Verantwortungszeitraum des jetzigen Landesrates Schaller fällt. Er ist mir allerdings erst jetzt in diesem Umfang zur Kenntnis gelangt, und ich möchte wirklich das zuständige Ressort und den Herrn Landesrat bitten, in diesem Fall für eine rückhaltlose Aufklärung zu sorgen.

Es handelt sich, meine verehrten Damen und Herren, um Mülllieferungen, die ab dem Jahre 1985 – also, wo er nicht dafür verantwortlich war; das sage ich noch einmal dazu – durch die steirische, in Peggau beheimatete Firma „Müllabfuhrtransport und Handels-Ges. m. b. H.“, genannt „Müll-Trans“, nach Ungarn vorgenommen wurden, und zwar in einem Vertragsverhältnis mit der ungarischen kommunalen Firma „Flexum“ in einer Stadt nahe der ungarischen Grenze – ich habe dreimal versucht, sie wirklich fehlerlos auszusprechen; ich wiederhole das jetzt nicht mehr, aber ich kann es dem Herrn Landesrat dann schriftlich geben; er weiß wahrscheinlich ohnehin, um welche Situation es sich handelt.

Und da hat es damals Beschwerden der Anrainer gegeben, und die ungarischen Behörden haben eine Umweltkommission eingesetzt, die am 11. Februar 1986, und zwar ist das das Referat des Amtes für Umwelt- und Städteschutz, einen Bericht abgegeben hat, der mir in der Zwischenzeit zur Kenntnis gelangt ist. Und was ich in diesem Bericht gelesen habe, hat mich eigentlich erschüttert. In diesem Bericht wird festgestellt, daß hier grob fahrlässig gehandelt worden ist. Man hat hier einen Vertrag abgeschlossen, daß Tannenasche nach Ungarn exportiert wird, die ungefährlich sei. Es war aber tatsächlich neben dieser Tannenasche auch noch die Schlacke aus Verbrennungsanlagen der Leykam Mürztaler in Bruck und – wie ich hier lese – auch Grazer Klärschlamm darunter. Da hat man relativ wenig Kontrollen gemacht, nur dreimal, und da hat es dann bei den benachbarten Brunnen Untersuchungen gegeben. Wie ich das gelesen habe, habe ich gesagt, diese Geschichte muß wirklich aufgeklärt werden. Da hat man zum Beispiel Grenzwerte dort in Ungarn, die ja bekanntlicherweise nicht so streng sind wie unsere, für die Konzentration von Zink von 0,05 mg. Im untersuchten Müll wurden

aber 11.000 mg pro Kilogramm gefunden; das war das 220.000fache des Grenzwertes. Dann – lese ich hier – hat man bei Blei Grenzwerte ebenfalls von 0,05 mg; im Müll hat man 1000 mg pro Kilogramm gefunden – das ist das 20.000fache. Bei Kadmium hat man dort einen Grenzwert von 0,03 mg pro Kilogramm; im Müll hat man aber 80 mg pro Kilogramm gefunden – das ist das 266.666fache.

Meine verehrten Damen und Herren, es gibt dann sehr scharfe Vorschläge dieser Kommission. Das ist dann auch weiter untersucht worden, und da könnte man sagen: „Das ist doch deren Problem, was die da nehmen. Wenn wir das hinüberführen, und die nehmen das, ist das ihr Problem, wie sie damit umgehen.“ Aber ich bin über eine zweite Geschichte gestolpert, wo es eine weitere Kommissionssitzung gegeben hat. In dieser weiteren Kommissionssitzung hat man sich natürlich den Geschäftsführer dieser Firma „Flexum“ geholt und hat ihm gesagt: „Lieber Freund, bitte, wie kann es denn sein, daß das jahrelang läuft, und ihr habt die Geschichte nicht ordnungsgemäß regelmäßig untersucht?“ Wissen Sie, was der Mann gesagt hat? Ich habe zwar eine deutsche Übersetzung vorgelegt bekommen und auch das ungarische Protokoll und habe mir extra das ungarische Protokoll noch einmal übersetzen lassen, damit ich da ja nicht einer Falschinformation aufliege. Da hat der Geschäftsführer dieser Deponie in Ungarn folgendes gesagt: „Der Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, der jetzt Vizekanzler in Österreich ist, hat einen Brief an den Umweltstaatssekretär Abraham Kalman geschrieben – im Jahr 1985 –, in dem er versichert hat, daß er für die Unbedenklichkeit dieses Mülls und dieses Stoffes, der nach Ungarn gebracht wird, die Garantie übernimmt.“ Das, bitte, ist – ich weiß nicht, was im Brief steht – ein wörtliches Zitat des Geschäftsführers. „Das“ – sagt der Geschäftsführer – „bedeutet für uns, daß wir die Garantie der Landesregierung haben.“

Meine verehrten Damen und Herren, ich weiß jetzt nicht, ob dieser Brief tatsächlich diesen Inhalt hat. Aber gerade in einer Zeit, wo Nachbarn zu Partnern werden, wo wir um Himmels willen nicht in den Verdacht geraten dürfen, daß wir mit ihnen umgehen wie mit irgend jemandem, an den wir alles abwälzen, und weil ich nicht glaube und nicht glauben kann, daß ein Mitglied dieser Landesregierung sich frank und frei hinsetzt und irgendeinen Brief nach Ungarn schreibt und sagt: „Das ist völlig unbedenklich, macht das“, sondern natürlich – wie ich mir vorstelle – in der Landesregierung ein ganz detailliertes Erhebungsverfahren vorangegangen ist, man sich ganz genau angeschaut hat, was nach Ungarn geschickt werden soll, man sicher ganz genau gemessen hat, welche Schadstoffe und Konzentrationen es dort gibt, man sicher ganz genau überprüft hat, ob eine solche Aussage überhaupt machbar ist, und dann erst dem zuständigen Landesrat empfohlen hat, eine derartige Unbedenklichkeitserklärung mit seinem Namen und damit logischerweise zwangsläufig – und die Ungarn haben das ja auch so verstanden – im Namen der Steiermärkischen Landesregierung abzugeben, bitte ich den jetzigen zuständigen – bitte, er war es nicht; das sage ich noch einmal – Landesrat, daß er auch im Rahmen dieser Debatte, soweit es möglich ist, dieses Haus voll darüber informiert:

Erstens: Hat es diesen Brief des Dipl.-Ing. Riegler an den ungarischen Staatssekretär gegeben, und welchen genauen Wortlaut hat er?

Zweitens: Welche detaillierten Erhebungen sind diesem Brief vorangegangen, und sind Sie bereit, auch diesen Akt hier vorzulegen, um genau zu sehen, ob jetzt detailliert überprüft worden ist und ob man sich hier wirklich überzeugt hat, was geschieht?

Drittens: Sind Sie bereit, dem Haus alle Informationen vorzulegen, die im Zusammenhang mit diesen Müllexporten nach Ungarn der Landesregierung bekannt sind? Wieviel ist exportiert worden? Was ist exportiert worden? Woher ist dieser Müll gekommen? Welche Schadstoffe hat er beinhaltet? Wie lange sind diese Exporte gegangen?

Meine verehrten Damen und Herren, wir sind in einem vernetzten europäischen System, und ich kann mir nicht vorstellen, daß wir sagen, wir schieben diese Verantwortung über die damals noch hinter einem Vorhang gelegene Grenze ab, und damit ist für uns die Geschichte ritterlich erledigt. Wir wissen alle ganz genau – und in jeder der Debatten hier in diesem Hohen Haus sagen es die Abgeordneten aller Fraktionen –, daß wir die Umweltprobleme in Wahrheit nicht kleinräumig lösen werden, sondern großräumig, daß da alle zusammenarbeiten müssen. Und das ist auch eine Frage, wie man sich gegenseitig vertrauen kann: den Ämtern, den Regierungen, jenen, die Umweltschutz betreiben und die für diese Problemlösung verantwortlich sind.

Daher, meine verehrten Damen und Herren: Wenn in diesem Zusammenhang diese Fakten, die in Ungarn berichtet worden sind – ich berichte das hier –, tatsächlich stimmen, und wenn man in diesem Zusammenhang vielleicht eher leichtsinnig vorgegangen ist, dann muß man auch das auf den Tisch legen, um klar zu sagen, daß ab sofort solche Leichtsinngigkeiten nicht mehr vorkommen können. Wir müssen das Vertrauen zu uns in ganz Europa aufbauen. Wenn es gestört ist – und das ist dort gestört, das ist überhaupt keine Frage; das ist dort durch alle Zeitungen gegangen, war in einer einstündigen Rundfunksendung in Ungarn und, und –, dann müssen wir alle Fakten auf den Tisch legen, um das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen, damit wir gemeinsam mit allen Partnern, seien sie im Westen oder seien sie derzeit im Osten, unsere Umweltproblemlösungen angehen können. Und da darf eine solche Geschichte, meine verehrten Damen und Herren, nicht ganz ohne ausführliche Beantwortung im Raum stehen bleiben. (16.38 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordnetem Schrittwieser das Wort.

Abg. Schrittwieser (16.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte heute zu Punkt 5 „Umweltschutz und Gesundheit“ einige Gedanken zum Müll oder überhaupt zur Umwelt hier darbieten. Ich möchte vorerst, meine Damen und Herren, auch zur Situation in der Steiermark, was den Müll betrifft, einige Bemerkungen machen. Ich glaube, man muß einleitend feststellen, daß es erfreulich ist, daß das steirische Müllwirtschaftskonzept heuer im September in der

Landesregierung einstimmig beschlossen wurde. Viele Meinungen, Bürgerinitiativen, Privatpersonen haben hier Ideen eingebracht, aber vor allem freuen wir uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die sozialistische Fraktion dieses Hauses in diesem Müllwirtschaftskonzept viele Gedanken und Ideen untergebracht hat, die sie beim Müllwirtschaftsgesetz nicht unterbringen konnte. Oberstes Ziel dieses Konzeptes ist und muß sein: Vermeiden, Verwerten und Ablagern. Wie von der SPÖ-Fraktion dieses Hauses befürchtet worden ist, daß die Müllwirtschaftsverbände des Bezirkes Probleme haben werden mit der Festlegung von Standorten für Deponie und thermische Verwertung, ist leider eingetroffen. Hier sind die Bezirksmüllwirtschaftsverbände sehr stark überfordert. Gleichzeitig muß ich aber feststellen, es war ein großer Wunsch von uns, und ich bin sehr froh, daß Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller auf Grund unseres Verlangens beim Müllwirtschaftskonzept bereit war, daß das Land zumindest die Standorte der thermischen Verwertung, die Einzugsgebiete der thermischen Anlagen und die Art und Standorte der Entsorgung von unverwertbaren Resten durch Verordnung des Landes festlegt. Dieses Müllwirtschaftskonzept zeigt auch, daß trotz verschiedener politisch unterschiedlicher Ausgangspositionen Einigung erzielt werden kann. Ich möchte, und stehe nicht an, es hier zu sagen, in dieser Frage haben sich die Herren Landesräte Dr. Klauser und Dipl.-Ing. Schaller große Verdienste erworben, daß es hier zu einer solchen Einigung gekommen ist.

Ein Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren – der Kollege Mag. Rader hat ihn angeschnitten –, muß auch bei dieser Diskussion zur Sprache kommen. Die Problematik des Klärschlammes, die eine große Last für die steirischen Gemeinden ist, aber nicht nur für diese, wird in Zukunft unser größtes Augenmerk verlangen. Derzeit fallen in der Steiermark 125- bis 130.000 Tonnen Klärschlamm jährlich an, und im Jahre 2000 werden es bereits an die 200 Jahrestonnen sein, die wir zu entsorgen haben. Eine umweltfreundliche Entsorgung wird aber weder vom steirischen Müllwirtschaftsgesetz noch vom Müllwirtschaftskonzept in ausreichender Form berücksichtigt. Es ist daher die Forderung, möglichst bald dem Steiermärkischen Landtag ein Konzept, an dem wir gerne mitarbeiten, für eine geordnete Klärschlamm Entsorgung vorzulegen und für dessen rasche Realisierung zu sorgen. Es liegt nun bei dir, sehr geehrter Herr Landesrat, dafür zu sorgen, daß bei der Lösung des steirischen Müllproblems wir wieder einen Schritt weiterkommen. Das Müllwirtschaftsgesetz, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dringend zu novellieren. Es muß aber darauf gewartet werden, bis das Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes, wo die Kompetenzen neu geregelt werden, in Kraft tritt, oder wo wir wissen, was dieses Gesetz beinhaltet. Ein besonders wichtiger Punkt in diesem Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes wird die Entsorgung gefährlicher Abfälle sein. Im Jahre 1987 wurde von Frau Bundesminister Flemming ein völlig unzureichender – wir wissen das – Entwurf der Abfallvermeidungsmaßnahmen vorgelegt. Bei der Begutachtung wurde dieser Entwurf von allen Seiten als nicht ausreichend beurteilt. Erst 1988 ist wiederum ein Entwurf für ein Abfallwirtschaftsgesetz vorgestellt worden. Bei den gefährlichen Abfällen stand im Mittelpunkt des Flem-

ming-Entwurfes ein freiwilliges Kooperationsabkommen mit der Wirtschaft. Mit der Freiwilligkeit werden wir bei den gefährlichen Abfällen nicht weiterkommen. Es ist daher abzulehnen. Die Entsorgung gefährlicher Abfälle muß zentral und unter öffentlicher Kontrolle gesteuert werden. Das bisherige Vertrauen auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes hat dazu geführt, daß die auf 4- bis 500.000 Tonnen pro Jahr geschätzte Menge an gefährlichen Abfällen nur zirka 12 bis 14 Prozent des in Österreich erzeugten gefährlichen Abfalles ordnungsgemäß im Inland behandelt worden ist. Der Rest wird entweder exportiert oder in dafür nicht geeigneten Anlagen behandelt. Es sind daher neben einer verschärften Kontrolle der Erfassung von gefährlichen Abfällen dringend die Kapazitäten für eine umweltgerechte Behandlung zu schaffen. Darüber hinaus will Österreich möglichst bald der Basler Konvention beitreten, was die Schaffung geeigneter Sonderabfallanlagen im Inland voraussetzt. In der Abfallwirtschaft hat der freie Markt, meine Damen und Herren – die Zahlen beweisen dies –, als Lösungsfeld jedenfalls weitgehend versagt. Man muß daher folgende Forderungen an dieses Gesetz richten: Es sind daher eine oder unter Umständen mehrere unter öffentlicher Kontrolle stehende österreichische Sonderabfallentsorgungsgesellschaften zu errichten. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Vor allem für Graz!“) Lieber Kollege Korber.

Träger dieser Gesellschaft, lieber Kollege Korber (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Deine Freunde in der VOEST haben alle Verträge unterschrieben!“), soll oder muß der Bund und die Länder und Vertreter der gefährlichen, abfallproduzierenden und behandelten Betriebe sein.

Darum bin ich der Auffassung, lieber Kollege Korber, daß dies der Bund, die Länder und die abfallproduzierenden Betriebe in einer Gesellschaft übernehmen sollen. Die Gesellschaft ist zur Annahme aller in Österreich entfallenden gefährlichen Abfälle verpflichtet. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Jetzt willst du den Dreck verbrennen!“) Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, ich habe mit keinem Wort von einem VOEST-Konzept gesprochen, sondern ich habe darüber gesprochen, daß der freie Markt nicht der ist, der die Sonderabfälle oder gefährlichen Abfälle ordnungsgemäß entsorgen kann. Wenn du aufgepaßt hast, die Zahlen, daß nur 12 bis 14 Prozent ordnungsgemäß entsorgt werden (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Kollege Gartler ist verantwortlich!“), verpflichtet uns sogar, daß hier die öffentliche Hand diese Gesellschaft führt, aber auch die Kontrolle über gefährliche Abfälle übernimmt.

Und daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind diese Forderungen, die ich bisher zitiert habe, an diese Gesellschaft zu richten. Die Gesellschaft – bitte, genau zuhören – errichtet beziehungsweise bedient sich bestehender Anlagen zur Behandlung gefährlicher Abfälle. Die Gesellschaft weist die gefährlichen Abfälle bestimmten Behandlungsanlagen zu.

Weitere Forderung: Der Gesellschaft sind alle in Österreich – bitte, wieder genau zuhören – anfallenden gefährlichen Abfälle anzubieten. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Aber keine Klärschlammverbrennung!“) Die von der Gesellschaft einzuhebenden Tarife – es kostet ja auch Geld –, die natürlich kostendeckend sein müssen, sind von der Paritätischen

Kommission, meine Damen und Herren, und von niemandem sonst festzulegen.

In der ÖVP-Verhandlungsgrundlage, meine Damen und Herren, wird weiterhin – und jetzt bitte ich Sie, Herr Landesrat Schaller – die Entsorgung gefährlicher Abfälle nicht ausreichend gesteuert. Angesichts des Umstandes, daß nur 12 bis 14 Prozent des in Österreich erzeugten gefährlichen Abfalles ordnungsgemäß im Inland behandelt werden, fordere ich von dieser Stelle aus alle auf, die bei den Verhandlungen über das Abfallwirtschaftsgesetz dabei sind – und wie ich weiß, Herr Landesrat, bist du in diese Verhandlungen miteingebunden –, daß die Gründung einer oder mehrerer im Eigentum – und ich wiederhole mich – von Bund und Ländern stehenden Abfallgesellschaft ins Gesetz aufgenommen wird und noch in dieser Legislaturperiode – und das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Frage – im Parlament verabschiedet wird.

Wir haben es nämlich, was die ordnungsgemäße Behandlung der gefährlichen Abfälle – früher auch Sonderabfälle genannt – betrifft, sehr eilig. Durch die Ereignisse im Osten – und, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Europa ist eine Völkerwanderung eingetreten – wird es auch, was die Sensibilität im Umweltschutz betrifft, bei den Menschen zu einer Sensibilisierung kommen. Es ist daher notwendig, daß der Mülltourismus, den wir bisher – und der Kollege Rader hat das ebenfalls angeschnitten – betrieben haben, nicht mehr weiter so betrieben wird. Durch die Sensibilisierung der Menschen kann es von heute auf morgen dazu kommen, daß die Grenzen für unseren Sonderabfall geschlossen werden und wir uns daher im besonderen Maße auf diese Tatsache vorbereiten müssen.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, einige Worte noch zur Grazer Smogsituation und zum Verkehr: Verursacher des Smogs in Graz ist zweifelsohne – und das wird mit Unterlagen belegt – zu zwei Drittel der Verkehr, und ein Drittel sind Restverschmutzer von Hausbrand, Gewerbe und Industrie. Es ist daher notwendig, den Individualverkehr zurückzudrängen und den Verkehrsverbund mit allem Nachdruck weiter zu verlangen. Selbstverständlich sind große Lösungen notwendig. Landesrat Dr. Klausner hat diese Passage auch in seiner Budgetrede verwendet. Ebenso selbstverständlich ist auch der Mut notwendig (Abg. Dr. Cortolezis: „Stingl ist dagegen!“), das zu korrigieren, wo die tägliche Praxis das notwendig macht. Aber dazu ist auch der Einsatz entsprechender Mittel einzuplanen und daran zu denken, daß für viele Pendler kein zumutbares öffentliches Verkehrsmittel da ist. Alle Bundesländer, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Ausnahme von Steiermark und Kärnten, haben Lösungen im öffentlichen Verkehr mit Mitteln der Nahverkehrsmilliarde finanziert. Die Steiermark hat diese nicht beansprucht, da die Mehrheit dieses Hauses der Auffassung war, den Verkehrsverbund nicht zu benötigen. Die Folge daraus ist, daß Graz die am meisten smoggefährdete Stadt Österreichs geworden ist.

Es ist daher notwendig, daß die Stadt Graz ein rechtlich genehmigtes Projekt vorlegt, und dann wird es auch möglich sein, daß über die Finanzierung gesprochen wird. Die Stadt Graz wird die Lösung des Verkehrsproblems nicht allein finanzieren können,

meine Damen und Herren. An die Adresse des Bundes und des Landes ist die Forderung zu richten, finanzielle Mittel für die Finanzierung des Verkehrsverbundes bereitzustellen, damit die Realisierung so rasch wie möglich erfolgen kann.

Die Vernachlässigung der Schiene hat auch eine soziale Seite, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die letzten Tage haben uns gezeigt, daß, wenn man einseitig abhängig ist, unsere Gesellschaft sowie ihre Versorgung einer kleinen Gruppe ausgeliefert ist, wenn sie ihre Lkw-Züge als vorgehaltene Waffe benützen, wenn ihre Forderungen nicht zur Gänze erfüllt werden. Ich bin sehr froh, daß Herr Bundesminister Streicher und Herr Bundeskanzler Vranitzky so konsequent geblieben sind, und ich danke ihnen dafür – (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber.) Bitte, ich will ja danken. Du mußt abwarten, daß sie das im Interesse der Personen an den Transittrouten und des Umweltschutzes getan haben.

Sollten die Gespräche von Frau Landesrat Klasnic, sicherlich motiviert von unserer dringlichen Anfrage, zur Auflösung der Blockade geführt haben, stehe ich nicht an, namens der Betroffenen, aber auch namens des Umweltschutzes ihr heute von dieser Stelle aus zu danken.

Abschließend einige Worte zur Umweltabgabe: Am Entwurf einer Umweltabgabe wird wieder mit großer Zeitverzögerung gearbeitet. Eine Vorgabe sollte man diesem Entwurf aber mitgeben. Die Öko-Abgabe muß auf alle Fälle sozial geklärt werden. Wenn man der Bevölkerung und der Wirtschaft aber zumutet, eine Abgabe zu bezahlen, dann muß man den Verwendungszweck dieser Einnahmen doch sehr gründlich diskutieren. Es ist auch darauf zu achten, daß ein unnötiger – und das ist sehr wichtig in dieser Frage – Verwaltungsaufwand vermieden wird. Ich hoffe, daß es sehr rasch zu einer solchen Umweltabgabe kommt, wo alle ihre Zustimmung geben können. Ich danke fürs Zuhören. (Beifall bei der SPÖ. – 16.55 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Kammlander das Wort.

Abg. Kammlander (16.55 Uhr): Ich muß da zuerst eine Montage anbringen. (Die Abgeordnete hängt am Rednerpult ein Bild auf.) Sie können es ja dann nachher besichtigen. (Abg. Gennaro: Wer hat das fotografiert? Das ist ein schönes Bild!) Ich mach' s ja nicht fürs Fernsehen; ich bin ja nicht so eitel wie meine Kollegen. Ja, bitte, sich näher damit zu beschäftigen. Ich werde das dann nachher zeigen. Aber im Moment ist es einmal so, daß es da vorne steht.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Wir haben in diesen Tagen vor Weihnachten ein denkwürdiges Jubiläum, und ich muß darauf hinweisen (Abg. Dr. Cortolezis: „Wer entsorgt das?“): Vor fünf Jahren begann in der Hainburger Au die Besetzung, und viele engagierte Menschen haben damals gewaltfreien Widerstand gegen die Kraftwerksbauer geleistet. Damals hat die Bundesregierung versprochen, eine Nachdenkpause (Abg. Dr. Cortolezis: „Vom Kameradschaftsbund!“) – das gilt auch für Sie, Herr Kollege Cortolezis – für den Kraftwerksbau einzuleiten, und ich denke, sie denkt immer noch und hat nichts herausgebracht. Eine umweltfreundliche Ener-

giepolitik scheint bei diesem Nachdenken jedenfalls nicht herausgekommen zu sein. Vor fünf Tagen begann die STEWEAG mit dem Bau des Murkraftwerkes Fischeing bei Zeltweg, und einer der ökologisch wertvollsten Murabschnitte – und das ist dieser Abschnitt hier auf dem Foto – soll einem Kraftwerk zum Opfer fallen. Die Besetzung dieser Flußlandschaft, die für unseren alpinen Bereich typisch ist – also keine Aulandschaft, sondern eine Flußlandschaft, dort sitzen jetzt Menschen, die sich dagegen wehren; sie werden zwar im Moment als illegal bezeichnet –, und auch der Projektleiter der STEWEAG steht daneben und schaut tatenlos zu, wie sich die Baumaschinen auf diese Menschen zubewegen. In der Energiepolitik der STEWEAG hat sich in der Steiermark – wie wir jetzt sehen – nichts geändert. Absichtserklärungen zum Energiesparen, der Herr Kollege Dr. Cortolezis hat ja letztes Mal einiges davon hier referiert, aber statt sich wirklich mit dem Energiesparen konkret zu beschäftigen, also das große Geld dort hineinzustecken und dort zu investieren, werden – wie wir jetzt sehen – energie- und umweltpolitisch fragwürdige und, wie auch der Bundesrechnungshof in seinem Bericht festgestellt hat, wirtschaftspolitisch zweifelhafte Kraftwerksprojekte in Angriff genommen. Und was nützen uns dann die Aussagen von Herrn Wirtschaftsminister Schüssel, der da meint, „daß sich bis zur Jahrhundertwende keinerlei Notwendigkeit ergibt, über neue Kraftwerkskapazitäten zu befinden“? Erst in den letzten Tagen oder Wochen eine Aussage, Originalton von ihm. Es gibt Studien, es gibt Gutachten seit den siebziger Jahren, es gibt Ausstiegsmodelle, Sparmodelle und so weiter, bis ins Detail bekannt. Und so, wie es jetzt aussieht, müssen scheinbar noch einige Jahre ins Land ziehen, bis man diese Möglichkeiten nützt oder sie konkret umsetzt. Zurück zur Steiermark. Wir Grün-Alternativen verlangen die Offenlegung der Energieplanung der STEWEAG. Ich habe das letztes Mal im Zusammenhang mit dem STEWEAG-Bericht schon gesagt. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Du kannst nicht immer für mich reden!“) Der Herr Kollege Dr. Korber leidet wirklich neben mir. Ich überlege wirklich schon, ob ich ihm nicht das Rednerpult, einmal die Hälfte, überlassen soll. (Der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber macht ein Foto der Frau Abgeordneten.) Jetzt wissen Sie erst wirklich, wo seine Liebe steht. (Abg. Trampusch: „Normal macht man die Fotos vor der Scheidung!“) Er versucht den zweiten Frühling. Es ist zwar echt kalt draußen, vielleicht sucht er Unterschlupf. (Abg. Vollmann: „Das ist möglich!“) Ich glaube, er sucht im Winter Unterschlupf unter einer warmen Decke. (Abg. Vollmann: „Er traut sich etwas!“) Er muß zuerst die Probezeit absolvieren. Gut! (Abg. Gennaro: „Er hat berechnete Chancen!“) Nein, nein, bei mir hat niemand Chancen.

Ich darf mich wieder auf mein Thema beschränken (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bravo!“), ich kann nichts dafür, daß der Kollege eifersüchtig reagiert, wenn ich sein Thema vor ihm rede. Er hat ja heute den ganzen Tag woanders verbracht, also ist er hinter mir dran. Wir verlangen als Grün-Alternative in der Steiermark die Offenlegung der Energieplanung der STEWEAG. Und diese Offenlegung muß beinhalten, wieviel Strom wird erstens mittels Wasserkraft im Sommer, im Winter erzeugt? Wieviel kalorische Energie ist im Sommer und im Winter notwendig? Wieviel und zu welchen Preisen

wird exportiert im Sommer und wieder im Winter? Beides immer getrennt, und wer sind die Abnehmer? Ergibt das dann wirklich einen zusätzlichen Strombedarf oder gibt es dem gegenübergestellt billigere Alternativmöglichkeiten oder Auskoppelungsmöglichkeiten, die auch wieder kalorische Energie substituieren würden? Und die Offenlegungsrechnung muß von einer unabhängigen Institution mit unabhängigen Sachverständigen erstellt werden. Wir glauben den Beteuerungen der STEWEAG eben nicht mehr, seit sie ihre Firmenpolitik immer hinter verschlossenen Türen aushandelt. Solange es hier keine Transparenz gibt, kann ich mich nicht darauf verlassen, daß die Zahlen, die die STEWEAG offenlegt, auch stimmen. Es muß einfach mehr Transparenz einkehren, und damit gibt es wieder mehr Vertrauen. (Beifall bei der VGÖ/AL.) Bis jetzt ist in der Bevölkerung einfach die Stimmung so, daß Mißtrauen gewachsen ist und dadurch auch der Widerstand berechtigt ist. Ich glaube schon, daß sich in diese Frage des Kraftwerkes oben in Fischeing der Umwelthanwalt einschalten wird müssen, weil die Bürgerinitiative wird sich an ihn wenden als ihr „Gegenanwaltschaft“, und der Umwelthanwalt muß natürlich auch die dementsprechenden Mittel zur Verfügung stellen, um ein solches unabhängiges Gutachten zu machen, damit wir grundsätzlich in der Steiermark einmal wissen, was brauchen wir, wohin wollen wir. Und diese Fragen sind ja von der Energiepolitik bis jetzt immer unzureichend beantwortet worden. Es wurde einfach gebaut, die Bauindustrie braucht ihre Kraftwerksbauten. So hat man es probiert. Die Verfahren sind zwar alle ordnungsgemäß abgeführt. Aber die Frage, brauchen wir denn das, die ist leider nie in diesem Sinne beantwortet worden.

Ich möchte mich jetzt aber auf einen zweiten Bereich einstellen. Der Kollege Schrittwieser hat – glaube ich – auch darauf hingewiesen, auf die Steuern. Wir wissen, jetzt gerade im Zusammenhang mit den Öko-Steuern sind das die ersten Steuern, wo es unter der Bevölkerung eine gewisse Akzeptanz gibt und sogar eine positive Einschätzung. Und jene Leute, die bis jetzt mit Öko-Steuern oder Öko-Abgaben sich beschäftigt haben, werden jetzt – Gott sei Dank – nicht mehr als grüne Spinner abqualifiziert. Wir kennen die Herren, ob dies jetzt Bruckmann oder Cap ist, die sich dazu geäußert haben, und jetzt neuerdings auch unser Finanzreferent, wir wissen auch, daß wir in der Steiermark eine solche Abgabe einführen wollen. Sinnvoll ist eine solche Abgabe dann natürlich nur, wenn nicht primär das Steueraufkommen erhöht werden soll, und der Kollege Mag. Rader hat ja einmal von den neuen Raubrittern gesprochen, sondern wenn die ökologisch handelnden Personen oder Betriebe auch ökonomische Vorteile haben und die Verschmutzer entsprechend zahlen müssen. Wir wissen von diesem Grundsatz: „mit Steuern steuern“, der Herr Landesrat hat ihn schon gesagt. Es sind nicht nur alternative oder sozialistische Vordenker, die das so formuliert haben. Ich möchte auch noch darauf aufmerksam machen, daß eine Abwasserabgabe in der Bundesrepublik Deutschland seit 1981 besteht und daß man auch in der Steiermark darüber nachdenken sollte, ob man nicht auch eine Abwasserabgabe einhebt. Und zwar eine Abwasserabgabe, die sich mit den Schadeinheiten auseinandersetzt, zum Beispiel bei den Galvanikbe-

trieben oder auch aus der Papierindustrie. Ich glaube schon, daß dann einiges schneller ginge. Für die Luftverschmutzung und die Luftreinhaltung gilt das gleiche wie für das Abwasser. Ich stimme daher generell auch der Einführung einer Energieabgabe, wenn man sie jetzt so tituliert, oder Umweltabgabe zu, die zur Dotierung des Umweltlandesfonds dienen soll. Bei der Erfassung der Luftverschmutzer und einer genauen Zuordnung der Schadstoffmenge und dann noch bei der Erhebung und Beurteilung der Gefährlichkeit der unterschiedlichen Schadstoffe gibt es sicher dann noch eine Fülle von Problemen. Es müßten zwar noch nach dem sogenannten Luftreinhaltengesetz für Kesselanlagen die Betreiber von Kesselanlagen über zwei Megawatt eine Emissionserklärung der Behörde vorlegen. Und inwieweit solche Erklärungen für die Bemessung von Abgaben dann herangezogen werden können, ist in vielfacher Hinsicht etwas fragwürdig. In der Praxis ist es eben viel wirksamer, nicht den Output der Abgase zur Bemessung heranzuziehen, sondern eben den Input, das sind eben die Brennstoffe. Und bei einer Veranstaltung des Modells Steiermark im März dieses Jahres hatte der bekannte Heidelberger Wissenschaftler Dieter Teufl referiert und hat dort vorgeschlagen, verschiedene Steuersätze für verschiedene Energieträger einzuführen, einerseits um die unterschiedliche Gefährdung zu berücksichtigen, und andererseits um einen Anreiz zum Energiesparen zu bieten. Er hat damals auch vorgeschlagen einen Steuersatz von 100 Prozent für Abwärme bei Stromerzeugung und 75 Prozent für Heizöl und Kohle und 30 Prozent für Erdgas. Dadurch soll erst die sinnvolle Energienutzung erreicht werden. Kombinationen mit der installierten Leistung sind natürlich möglich. Und das entspricht auch dem Vorschlag des Herrn Landesrates Dr. Klausner. Wenn wir jetzt aber endlich zur regelmäßigen Dotierung dieses Landesumweltfonds kommen, dann möchten wir unbedingt auch auf jene Abgabe hinweisen, die auch schon länger im Gespräch ist, das ist diese Abgabe auf die Schottergewinnung und auf die Landschaftszerstörung. Und ich glaube, bei der Landschaftszerstörung bin ich auch konform mit Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Flächenverbrauch und Flächenversiegelung eben durch Zersiedelung, Straßenbau, Schotterabbau, Kohleabbau vielleicht auch, wird durch unser jetziges Wirtschafts- und Steuersystem nicht benachteiligt, sondern durch den freien Markt dann noch begünstigt. Ein Grundstück, das für den Schotterabbau genutzt werden kann, ist eben nicht weniger, sondern viel mehr wert als ein vergleichbares landwirtschaftliches Grundstück. Eine Landschaft, die durch Straßen erschlossen, gestört und zerstört ist, ist eben unserer Gesellschaft nicht weniger, sondern mehr wert. Der Gewinn, der zum Beispiel bei der Schottergewinnung erzielt wird, wird üblicherweise nicht einmal teilweise für die Rekultivierung verwendet. Zurück bleiben dann schlechte und nicht mehr nutzbare Flächen, die Möglichkeit für eine direktere Beeinträchtigung des Grundwassers oder eine Kraterlandschaft.

Wir treten dafür ein, daß der Landesumweltfonds unter anderem auch die Aufgabe der Rekultivierung von Schotter- und anderen Abbaugebieten übernehmen soll und für diese Aufgaben auch entsprechend hohe Abgaben für den Schotterabbau eingehoben

werden und eben dem Landesumweltfonds zugeführt werden. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL. – 17.10 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Cortolezis das Wort.

Abg. Dr. Cortolezis (17.10 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich habe mich sehr gefreut, daß der Herr Kollege Schrittwieser einen – wie mir scheint – entscheidenden Punkt herausgenommen hat, der uns in der Zukunft sicherlich beschäftigen wird, nämlich die gesamte Müllfrage, weil es hier ja ähnlich wie bei dem gestern diskutierten Bereich des Verkehrs um ganz neue Fragestellungen geht, die vor einigen Jahren in der Schärfe noch gar nicht vorhanden waren und wo wir tatsächlich neue Lösungen, neue Antworten werden finden müssen.

Ich glaube, daß es im vorigen Jahr sehr gut gelungen ist, vor allem als direkte Antwort auch auf die Smog-situation vor genau einem Jahr, bei aller eifrigen legislativen und sonstigen administrativen Arbeit Schwerpunktsetzungen vorzunehmen. Nicht umsonst hat der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka gestern vom Öko-Motor Schaller gesprochen. Diese Schwerpunktsetzung im vorigen Jahr, nämlich die Luftreinhaltung und die Smogprophylaxe, hat sich ja auch tatsächlich als sehr erfolgreich erwiesen. Ich glaube, daß es wirklich wichtig ist, in dieser Art und Weise fortzufahren, das heißt, durchaus das normale Programm – und das ist ja eben im Umweltbereich so ein umfassendes, in alle Bereiche hineindringendes Programm – durchzuführen, aber gezielt Punkt für Punkt herauszunehmen und mit Jahresschwerpunkten zu versehen. Es ist heute jedem der Smogalarmplan auf der Zunge liegend, es ist Gott sei Dank auch in der Öffentlichkeit das Smogbedarfsverkehrskonzept bekannt geworden. Diese Informationswelle, die heute schon angesprochen worden ist, ist eine zweiphasige Vorgangsweise, nämlich Maßnahme und Information. Gerade in dem Bereich der Smogprophylaxe, der Luftreinhaltung, haben wir ja ein sehr schönes und anschauliches Beispiel erlebt, wie das geht und wie das tatsächlich auch funktionieren kann. Und die 36.000 Pendler, die angeschrieben worden sind und die auch ihre persönliche Route und die Umsteigemöglichkeiten, den Takt und den erweiterten Takt und die Parkmöglichkeiten in ihrem Haushalt erhalten haben, sind ja das beste Beispiel dafür. Die haben tatsächlich diese Information auf ihre persönliche Pin-Wand hinhängen können und wissen für den Fall, daß tatsächlich der Smog eintritt, wie sie mit dieser Situation umgehen können.

Genauso ist es ja auch in diesem Gesamtpaket gewesen, wo noch die Fernwärmesonderförderung, die Umstellungsförderung für Gewerbe und Industrie und die Katalysatormachrüstung dazugehören.

Ich glaube, daß wir auch 1990 so eine Schwerpunktsetzung durchaus vertragen können, und ich bin da wirklich auch der Meinung, die hier mein Vorredner gehabt hat, daß es tatsächlich der Müll sein soll, weil das eine entscheidende Frage ist, die mit einer derartigen Brisanz auf uns zukommt, wie kaum eine andere im gesamten Umweltbereich. Und hier ist schon das Leitbild des Müllwirtschaftskonzeptes zitiert worden:

vermeiden – verwerten – entsorgen, und deswegen glaube ich auch, so notwendig es ist, daß wir uns auch der letzten Aufgabe stellen, nämlich der Entsorgung, und so notwendig es ist, Anlagen dafür zu finden, und zwar sowohl in Deponie als auch im Bereich der thermischen Verwertung, so notwendig ist es aber auch, gleichzeitig vorne anzufangen: bei der Vermeidung und bei der Verwertung. Wir können es nicht so machen, daß wir warten, bis einmal die Vermeidungs- und Verwertungsmaßnahmen funktionieren, um uns dann im Entsorgungsbereich leichter zu tun. Wir können aber auch nicht so wie bisher weitertun, daß wir sagen, eine Deponie muß her, und dann wird alles verscharrt, und in Wahrheit wird inzwischen darauf vergessen, daß vermieden und verwertet werden kann und dadurch enorme Mengen des Gesamtmüllaufkommens eingespart werden können.

277 Kilogramm pro Einwohner pro Jahr beträgt das steirische Gesamtmüllaufkommen. Da liegen wir international gar nicht so schlecht, das heißt, in diesem Fall relativ weit unten, weil die Zahlen bis 700, 800 Kilogramm pro Einwohner pro Jahr gehen. In den höchst-industrialisierten Ländern innerhalb von Europa ist nur Portugal hinter uns.

Bis zum Jahr 2000 – so die Müllstudie, die dem Müllkonzept zugrunde liegt – wird ja auch bei uns in der Steiermark mit einem Zuwachs von rund 10 Prozent gerechnet, so daß wir dann mit ungefähr 300 Kilogramm pro Einwohner Jahresmüllaufkommen zu rechnen haben.

Wenn wir uns jetzt die Zusammensetzung des Mülls anschauen, dann sehen wir auch sehr deutlich, wo tatsächlich die Vermeidungsmöglichkeiten gelegen sind.

Papier, Pappe: rund ein Viertel; Glas: rund 10 Prozent; organische Abfälle: ebenfalls rund ein Viertel; in geringeren Prozentanteilen: Metalle, Kunststoffe, Textilien, Holz und sonstige verwertbare Stoffe.

Ziel der Müllmengenreduktion muß sein, die Verringerung auf knapp mehr als die Hälfte zustande zu bringen. Ein wahrhaft ehrgeiziges Ziel, ich bin aber überzeugt davon, daß es durchaus erreichbar ist. Diese Maßnahmen, die dazu führen sollen, müssen gleichzeitig im legislativen, im administrativen, im gewerblichen und im privaten Bereich ansetzen. Die Verbraucherseite allein wäre zuwenig. Begonnen werden muß bei der Produktion, es muß zu umweltschonenden Produktionsmaßnahmen kommen, und umweltfreundlichen Produkten ist der Vorzug zu geben. Es ist ja nicht von ungefähr, daß in Genf jetzt ein Institut zur Produktdauerforschung gegründet worden ist, weil die Langlebigkeit und die Dauerhaftigkeit eben diesen Umweltaspekt beinhalten.

Rückgabe- und Rücknahmeverpflichtungen sind auch Stichworte. Der heutigen Tageszeitung ist zu entnehmen, daß ein japanischer Autokonzern das tatsächlich in seine Firmenphilosophie bereits aufgenommen hat, Autowracks – also ausgefahrene Pkws – tatsächlich wieder zurückzunehmen. Nur so wird es möglich sein; die Konzerne, die Unternehmungen werden erkennen, daß das tatsächlich auch ihren eigenen Umsatz hebt. Diese Komponente der Rücknahme- und Rückgabeverpflichtung ist ein weiterer Punkt auf Produktionsseite.

Letzter Punkt: die Pfandregelungen. Hier ist die Diskussion ja österreichweit ohnedies sehr genau bekannt.

Zweiter Bereich: Haushalt. Auch da sind eben wesentliche Vermeidungspotentiale gegeben. Voraussetzung ist wiederum die Kenntnis über die Möglichkeit der Abfallvermeidung. Auch hier die Zweiphasigkeit: Maßnahme plus Information. Das, was uns so gut getan hat hier am Smogalarmplan und seiner Bekanntmachung, das ist hier auch notwendig, denn die Vermeidung beginnt zwar bei der Produktion, aber sie setzt sich fort im Einkauf und geht dann fließend über in die Behandlung der Stoffe, ob man sie tatsächlich alle zusammen in den Abfallkübel entsorgen läßt oder ob man tatsächlich trennt, vermeidet, und viel Abfall, etwa den vegetabilen im Garten, zu Humus verrotten läßt. Damit bin ich beim Punkt Eigenkompostierung. Das halte ich auch für ein Zauberwort, weil – und da ist diese vorzitierte Müllstudie auch ein Beweis dafür – 40 Prozent der steirischen Bevölkerung in der Lage wären, die Hälfte ihrer biogenen Abfälle selbst zu kompostieren. Das sind natürlich entscheidende Größenordnungen, die die Müllmenge drastisch reduzieren würde. Dazu kommen die Garten- und Grünabfälle von 82.000 Tonnen nur in der Steiermark, die vielfach heutzutage noch verbrannt oder in Deponien endgelagert werden, wo sie aber tatsächlich nicht hingehören. Möglich ist diese Eigenkompostierung nicht nur im ländlichen Raum, Stichwort Dorfkompostplatz, sondern sehr wohl auch im städtischen Raum in den nicht so dicht besiedelten und aufgelockert besiedelten Gebieten, etwa Ein- und Zweifamilienhäuser, aber auch in Siedlungen, Stichwort Siedlungskompostierung. Es ist eine völlig neue Kultur, daß die jungen Leute sich eben am Wochenende nicht mehr irgendwo bei einer sonstigen Party herumschlagen, sondern daß Kompostparties veranstaltet werden. Eine eigene Kategorie, man mag schmunzeln, aber das ist eben auch das Fühlen und Denken der jungen Leute von heute, und nicht nur der jungen Leute. Da haben die Gemeinden wichtige Hilfestellungen zu leisten, einerseits bei der Grundstücksbeschaffung für diese Dorf- und Siedlungskompostierungen, bei der Bereitstellung von Häckslern, bei der Bereitstellung von Kompostbehältern und bei der Staffelung der Müllgebühren, weil über die Tarife muß der Anreiz für die Vermeidung gegeben werden.

Notwendige Ergänzung zu dem Gesagten ist natürlich der weitere Ausbau der getrennten Sammlung von Glas und Papier, Pappe. Hier haben wir enorme Zuwächse in den Sammelergebnissen in den letzten Jahren erreicht. Wir wissen aber auch, daß diese Sammelquoten noch verdoppelt werden können. Und da liegen eben genau diese entscheidenden Mängel, die uns helfen, mit dem Müllproblem insgesamt fertigzuwerden.

Meine geschätzten Damen und Herren! 1990 kann bei Anstrengung aller zum Jahr der Müllvermeidung und Kompostierung werden. Die neuen Ansätze, die sowohl gestern als auch heute verschiedentlich bei diesen neuen Themen in der Diskussion beigetragen wurden, lassen mich hoffen, daß hier tatsächlich auch dieses Umdenken durch das Land getragen werden wird. Denn Bürgerproteste, Altlasten, Deponieprobleme und Standortprobleme zwingen uns, ja lassen

uns keine andere Alternative als rasches Handeln aller. Dabei ist aber auch klar zu sagen, daß die Vermeidung, und das gehört auch zu dieser neuen Qualität einer Politik von heute dazu, gehört auch dazu, klar zu sagen, daß das Vermeiden nicht dem einzelnen billiger kommen wird, sondern daß das wahrscheinlich bis zu einer Verdoppelung der jetzigen Müllgebühren gehen wird. Wir können nicht anders handeln, als diese Vermeidung, diese Trennung tatsächlich flächendeckend letztlich als Ziel anzustreben.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wie schnell wir in dieser Frage voranschreiten, zeigt ein kurzer Blick in das Müllkonzept der Stadt Wien aus dem Jahre 1986. Vor drei Jahren ist dieses geschrieben worden, und es findet sich kein einziges Wort der Müllvermeidung in dem seinerzeit formulierten Konzept. Heute, nur drei Jahre später, wäre es völlig undenkbar, daß ein Müllwirtschaftskonzept ohne wesentlichen Schwerpunkt auf die Vermeidung verfaßt und beschlossen werden würde. Die Steiermark kann auch mit einem durchaus positiven Beispiel in dieser ganz konkreten Maßnahme aufwarten. In Wildon wurde ein Pilotversuch gestartet, Dauer ein Jahr, getrennte Sammlung. Und was hat dieser Pilotversuch ergeben? Biomüll 28 Prozent, kompostiert, nicht in Deponien gelagert. Altpapier 21 Prozent des Gesamt müllaufkommens, getrennt gesammelt und wiederverwertet. Altglas 10 Prozent, getrennt gesammelt und wiederverwertet, das heißt, eine Reduktion des Hausmülls um 59 Prozent. Das ist eine fürwahr ermutigende Zahl. Lassen Sie uns daher wirklich diese Pilotversuche ausdehnen auf das ganze Land. Und, Herr Landesrat, ich darf dich ersuchen, diesen Schwerpunkt „Müllvermeidung, Eigenkompostierung, Kompostierung überhaupt“ auch 1990 tatsächlich zu einem Schwerpunkt zu machen, auch die entsprechenden Förderungen hier gezielt einzusetzen, weil dann bin ich überzeugt, können wir hier auch in der Steiermark einen Weg aus der gesamteuropäischen Müllmisere, die alle industrialisierten Länder erfaßt hat, tatsächlich zukunftsweisend gehen. (Beifall bei der ÖVP. – 17.26 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (17.26 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Welchen Stellenwert der Schutz unserer Umwelt und die damit verbundenen Themen in der heutigen Gesellschaft genießen, dokumentiert sich allein schon darin, daß bei diversen Meinungsumfragen der Umweltschutz wenn nicht sogar vor der Sorge um den Arbeitsplatz an erster Stelle liegt. Der Umweltschutz ist heute für alle zu einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderung ersten Ranges geworden. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften können sich nicht auf ein bloßes „Reagieren“ bei Umweltproblemen beschränken, sondern haben im voraus entsprechende Maßnahmen und Planungen zu setzen. Freilich ist es ob der Vielfalt der Probleme nicht immer leicht, wie sich dies zum Beispiel bei der Luftverschmutzung zeigt. Dem vieldiskutierten „Ozon“ beziehungsweise dem Ozonloch sowie seinen Verursachern wurde lange nicht die nötige Aufmerk-

samkeit gewidmet. Gutes Trinkwasser und reine Flüsse und Seen, in denen man baden gehen konnte, waren vor drei bis vier Jahrzehnten noch eine Selbstverständlichkeit. Große Investitionen für Fluß- beziehungsweise Seenreinhaltung, Müllbeseitigung und Grundwasserschutz haben viele zu einem mitleidigen Lächeln und manche zur Bemerkung „So werden unsere Steuergelder verschleudert!“ veranlaßt. Heute ist besonders – und darüber bin ich sehr froh – unsere Jugend um funktionierenden Umweltschutz besorgt. Seit dem Bekanntwerden von Umweltkatastrophen, sterbenden Flüssen, Seen und veralgten Meeren in unserer Nachbarschaft, denken wohl auch die ewig Gestrigen ein wenig anders. Zu einem Zeitpunkt aber, wo vorbeugende Schutzmaßnahmen noch selten waren, haben Kommunalpolitiker der Bezirke Bruck und Mürzzuschlag eine Pioniertat gesetzt: Sie gründeten den Mürzverband.

Der Mürzverband wurde mit der konstituierenden Sitzung im November 1963 gegründet. Die seinerzeitigen Zielsetzungen des Verbandes waren in erster Linie, den Mürzfluß in seiner natürlichen Beschaffenheit eines Gebirgsflusses und die im Mürztal vorhandenen Grundwasservorkommen zum Wohle der Bevölkerung zu erhalten. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, galt es, einen abwassertechnischen Sanierungsplan für die gesamte Talregion auszuarbeiten. Dieser weitblickenden Idee schlossen sich unter Führung des damaligen Nationalratsabgeordneten Ing. Heinrich Scheibengraf elf Gemeinden mit zirka 60.000 Einwohnern an. Das Projekt sah vor, das zirka 60 Kilometer lange Mürztal in vier Verbandsabschnitte aufzuteilen, wobei beschlossen wurde, daß lediglich die Hauptsammelkanäle – das sind die Verbindungs- und Transportleitungen – sowie die Herstellung von vier vollbiologischen Kläranlagen in den Aufgabenbereich des Verbandes fallen.

Die Errichtung der Ortskanalisationen mit den jeweiligen Hausanschlüssen obliegt den Mitgliedsgemeinden und hat denen zum damaligen Zeitpunkt und auch heute noch große Investitionssummen abverlangt.

Nachdem sich der Mürzverband durch rationelle Bauweisen und Förderung durch Land und Bund Beachtung verschaffte, baten im Laufe der Zeit weitere Gemeinden im Einzugsgebiet der Mürz um Aufnahme in den Verband.

Mittlerweile, meine Damen und Herren, umfaßt der Mürzverband 20 Mitgliedsgemeinden mit insgesamt 80.000 Einwohnern. Durch die frühzeitigen Baumaßnahmen konnten bereits im Jahre 1976 alle vier Gruppenkläranlagen mit einem Fassungsvermögen für 96.000 Einwohner den Betrieb aufnehmen.

Um die Wirkungsweise dieser Anlagen zu dokumentieren, kann gesagt werden, daß allein im Jahre 1988 rund 2200 Tonnen organische Feststoffe – oder Schmutzfracht, wie man sie nennt – aus dem Abwasser entfernt wurden, wobei dieser Wert einer Reinigungsleistung von zirka 96 Prozent, bezogen auf die organische Verunreinigung, entspricht. Die gesamte Abwassermenge, welche durch die Kanalisationsanlagen der Mitgliedsgemeinden den Verbandssammlern beziehungsweise den Kläranlagen zugeführt wurde, betrug im Jahre 1988 – man höre und staune – 7,200.000 Kubikmeter.

Mit Ende 1988 hat der Mürzverband das gesamte Aufgabengebiet erfüllt. Dabei sind nicht nur die Gemeinden des Talbodens, sondern auch die Gemeinden in den bedeutendsten Seitentälern, wie St. Katharein mit einem Ortsteil von Bruck an der Mur und Kapfenberg, Parschlug, Stanz, Veitsch und Spital am Semmering, angeschlossen.

Das Verbandsgebiet erstreckt sich von Kapfenberg bis Neuberg an der Mürz. Bis zum Beginn des Jahres 1988 leisteten die Mitgliedsgemeinden allein 232 Millionen Schilling an Beiträgen. Mit der Erhöhung des Bauvolumens, der Annuitäten und den Betriebsinvestitionen wurde der Beitrag jeweils dem notwendigen Stand angeglichen. Derzeit liegt dieser jährlich einzuhebende Mitgliedsbeitrag bei 230 Schilling pro Einwohner und Jahr. Als Einwohnerzahl gilt natürlich immer wieder das Ergebnis der letzten Volkszählung – diesmal 1981. Wir werden ja im übernächsten Jahr wieder eine Volkszählung haben.

Der Wasserwirtschaftsfonds des Bundes konnte zum Gesamtprojekt Darlehen in der Höhe von 194 Millionen Schilling bereitstellen, und das Land Steiermark stellte dem Mürzverband nicht rückzahlbare Subventionen in der Höhe von 37 Millionen Schilling sowie Darlehen von 22 Millionen Schilling zur Verfügung.

Insgesamt wurden für das Projekt des Mürzverbandes einschließlich Investitionen und Mehrwertsteuer sowie Betriebskosten 547 Millionen Schilling, mittlerweile also mehr als eine halbe Milliarde Schilling, aufgewendet.

Nachdem der Mürzverband über entsprechend ausgebildetes technisches Personal verfügt, wurde an ihn die Bitte herangetragen, an der Lösung des Müllproblems für diese obersteirische Region mitzuarbeiten und sie vorzubereiten.

Nach Ausarbeitung eines entsprechenden Objektes wurde im Jahre 1978 der Verbandsbereich Müllentsorgung innerhalb des Mürzverbandes gegründet. Diesem Aufgabenbereich sind derzeit 33 Mitgliedsgemeinden mit rund 112.000 Einwohnern angeschlossen. Nachdem man bereits Mitte der siebziger Jahre die Problemstellung mit der Klärschlammverwertung aus den biologischen Kläranlagen erkannt hat, wurde als Beseitigungstechnologie der Errichtung einer Müll-Klärschlamm-Kompostierungsanlage der Vorzug gegeben. Über eine entsprechende Aufbereitungslinie, welche dem eigentlichen Kompostierungsverfahren vorgeschaltet wurde, können verwertbare Rohstoffe zurückgewonnen werden, so zum Beispiel Schrott und Bram – die Kurzbezeichnung für Brennmaterial aus Müll. Das Endprodukt „Feinkompost“ konnte bislang größtenteils verkauft oder im eigenen Wirkungsbereich angewandt werden. Die Hauptanwendungsgebiete liegen dabei im Landschaftsbau und in Rekultivierungsmaßnahmen an Böschungsflächen, vor allem aber auch die Gemeinden machen regen Gebrauch von diesem Angebot.

Die Anlage wurde in Allerheiligen im Mürztal auf einem zirka 13,5 Hektar großen Grundstück errichtet. Das Anlagenareal beinhaltet überdies eine geordnete und wasserrechtlich genehmigte Restedeponie. Die Deponieflächen wurden durch geeignete Maßnahmen und Dichtungsschichten, wie zum Beispiel Dichtasphalt, gegenüber dem Grundwasserspiegel abgedichtet.

Erwähnenswert ist aber auch, daß der Verband nur für die Be- und Verarbeitung des angelieferten kommunalen Haus- und Gewerbemülls verantwortlich zeichnet. Die Sammlung und der Transport zur Kompostierungsanlage wird von jeder Mitgliedsgemeinde im eigenen Wirkungsbereich durchgeführt, wobei sich diese Gemeinden oftmals Gewerbebetrieben bedienen.

Für die Entsorgungsleistung des Verbandes bezahlen die Mitgliedsgemeinden einen Beitrag von 50 Schilling pro Einwohner und Jahr. Dieser Mitgliedsbeitrag wird seit dem Jahre 1978 beibehalten und kann auf Grund der bereits erstellten Voranschläge auch weiterhin gehalten werden.

Die Gesamtinvestition für die Müll-Klärschlamm-Kompostierungsanlage betrug mit der Inbetriebnahme im Juli 1979 zirka 45 Millionen Schilling. Auch hier wurden Förderungsmittel von Bund und Land gewährt und auch verwendet. Insgesamt wurden bislang für Investition, Betrieb, Annuität und Verwaltung bis Anfang 1989 199 Millionen Schilling aufgewendet. Von den Mitgliedsgemeinden wurden hievon 66 Millionen Schilling geleistet. Im Geschäftsjahr 1988 wurden 38.220 Tonnen kommunaler Haus- und hausmüll-ähnlicher Gewerbemüll zur Anlage transportiert. Dies entspricht einem Müllanfall von 341 Kilogramm pro Einwohner und Jahr. Der Gewerbemüll, welcher meist selbst zugestellt wird, betrug 10.601 Tonnen. Außerdem kann bemerkt werden, daß dem Müll 461 Tonnen Schrott durch die Sortieranlage entnommen wurden. Zusätzlich zur vorerwähnten Müllmenge konnten rund 3400 Kubikmeter stabilisierter Klärschlamm mitverarbeitet werden.

Meine Damen und Herren, aus den vorangeführten Schilderungen und Zahlen können Sie entnehmen, welche großartige Leistung der Mürzverband und seine Mitglieder zum Umweltschutz vollbracht haben. Ihnen allen, meine Damen und Herren, gilt unser Dank und unsere Anerkennung, besonders in einer Zeit, wo der Bereich Umweltschutz so sensibel geworden ist. Nicht unerwähnt sei aber auch die oft unbedankte Leistung der Bediensteten des Mürzverbandes, die mit großem Verantwortungsbewußtsein und mit Eifer die an sie gestellten Anforderungen bewältigen.

Der Mürzverband ist auch heute wieder jener, der für die beiden Bezirke auch in der Frage der Gründung der Müllverbandsbereiche herantreten ist, um die Beseitigung durchzuführen, und ich bin all jenen dankbar, die uns in diesem Bestreben unterstützt haben, daß hier eine leichte und schnelle Klärung dieses Problems erfolgt ist.

Mein Dank gilt aber vor allem auch den Gemeinden, die Millionen von Schillingen für die Müllbeseitigung, für den Bau dieser Anlagen und der gesonderten Versorgungsleitungen gebraucht und bereitgestellt haben. Es war eine Pionierleistung, wie ich eingangs erwähnt habe, und sie wird uns sicherlich für die Zukunft jenes fernhalten, mit dem heute viele kämpfen: verunreinigtes Wasser. Denn wir haben eine Wasserqualität der Güteklasse II, was dem Trinkwasser entspricht, und wir können heute unbedenklich sagen, daß wir Grundwasser als Trinkwasser verwenden können. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.39 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstes hat sich die Frau Präsidentin Dr. Kalnoky zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Kalnoky (17.39 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus!

Wir haben sehr viel über den Müll gesprochen, aber ich möchte auch über uns Menschen und über unsere Lebensgewohnheiten sprechen, denn auch wir Menschen sind letztendlich schon zu toxikologischen Großversuchen geworden. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Lebende Katalysatoren!“) Wir sind Endlagerung und Sonderdeponie durch unsere Philosophie, weil sie zum Teil durch lange Jahre falsch war. Genug Essen ist eine primäre Lebensvoraussetzung vieler Millionen Menschen leider auch heute noch, während wir in Europa in diesem Jahrhundert endlich satt werden. Dieses „genug“ war für uns ein großes Geschenk, aber die schlechte, die falsche Lebensphilosophie war, daß nach dem „genug“ möglichst viel kam, und nach dem „möglichst viel“ kam dann noch „möglichst billig“. Und so fing ein verhängnisvolles Rad an, sich zu drehen. Zu viel auf Kosten der Qualität, der Produktion sowohl im pflanzlichen wie im tierischen Bereich, auf Kosten der Gesundheit von Umwelt, Boden, Wasser, Luft, aber auch auf Kosten der menschlichen Gesundheit, nämlich der körperlichen und auch der seelischen. Denn daß wir toxikologische Großversuchsstätten sind, das ist nicht nur die Schuld der anderen, dazu tragen wir selber auch bei. Unsere Instinkte haben sich verzerrt. Das habe ich besonders im heurigen Herbst gemerkt, bei zwei Tagungen, einmal dem Messesymposium der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz mit dem Thema „Heimische Produkte als Basis für gesunde Ernährung“. Und andererseits auch auf der Tagung der Tierärztekammer, denn hier habe ich wieder einmal gesehen, daß nicht einzelne Personen gegen den Trend ihrer Zeit bestehen können. Die Tierärzte haben seit langem gewußt, daß eine hohe Verabreichung von Medikamenten für die Tiere falsch ist. Aber wenn sie sich geweigert haben, dann ist sofort die Industrie eingesprungen in diese Marktlücke und hat in der Futtermittelindustrie einfach diese Medikamente mitgeliefert, weil es war einfach die Voraussetzung: möglichst viel, möglichst billig. Das hat dazu geführt, daß Massentierhaltung und Monokulturen die Regel waren. Größere Tierhaltung, mehr monotone Pflanzenkultur, mehr Krankheiten, mehr Gifte, mehr Medikamente, dieses Rad drehte sich immer schneller. Ins Gleichgewicht, zur Weisheit der Natur, können wir Menschen nur dann kommen, wenn nicht nur eine Berufsgruppe dieses Wissen zu verkraften hat. Denn diese Aufgabe, Produktion und Konsum, das ist eine gemeinsame. Der ökosoziale Weg ist keine Einbahn, keine Autostraße, und es tut mir deshalb ganz besonders leid, daß heute in der „Neuen Zeit“ diese Anzeige ist, „Wir bedauern“ – schreibt der Klub der sozialistischen Abgeordneten des Landtages – „Wir bedauern die ökosoziale Marktwirtschaft, daß sie von uns gegangen ist. Sie ist ein Anschlag der steirischen Frächter geworden.“ (Abg. Dr. Cortolezis: „Wem ist das eingefallen? Das war nicht sehr gescheit!“) Ich glaube, das ist sehr unfair den steirischen Frächtern gegenüber. Wir alle müssen schauen, daß dieser ökosoziale Weg – und er ist der richtige – ein Weg für alle ist, für Fußgänger, für Radfahrer, Autofahrer, Lkw-Fahrer und vor allem auch für den Schienenverkehr. (Abg. Kohl-

hammer: „Nicht nur schauen, auch tun!“) Niemand darf zu kurz kommen, und gerade das ist die soziale Komponente. Ich bin überzeugt, daß der Name „Riegler“ noch viele Jahrzehnte dasteht für dieses Wort, das er geprägt hat, das ist eine ganze Philosophie. Die steirische Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft fördert und unterstützt diese Wandlung, diese Wandlung zum vernetzten Denken. 4,6 Prozent der steirischen Ackerfläche wurden im Jahre 1989 für Alternativkultur oder auch als Brachflächen verwendet. Bereitschaft, Einsatz, viel neues und auch altes Wissen muß eingesetzt werden, damit dieser Weg, dieser ökosoziale Weg, gelingt.

Ökosozialer Weg heißt in diesem Fall von der politischen Seite her stützen und von der Basis her motivieren. Die Räder müssen ineinandergreifen. Die Steiermark ist Vorbildlich auf diesem Weg. Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat ein Institut eingerichtet mit einem eigenen Kuratorium, um hier zu koordinieren und letztendlich ein flächendeckendes Konzept anbieten zu können. Schon Leopold Kohr hat einmal gesagt, der Wurm muß dem Fisch schmecken, und nicht dem Angler. Das heißt, wir alle sind Fische, und wir müssen diese Produkte wollen und kaufen. Die Umstellung kann nicht zu Lasten der Bauern gehen, die ohnehin viel Mühe einsetzen müssen. Daher müssen wir auch finanzielle Unterstützungen auf der politischen Ebene wollen und uns persönlich dafür einsetzen. Das ist ein Teil unserer Glaubwürdigkeit. Ich habe sie deshalb auch heute eingeladen, Dinkelbrot und Dinkelaufstrich zu essen, es ist auf mehreren Tellern ausgestellt. Es schaut nicht so aus wie sonst oft gefärbte Produkte. Man muß es einmal gekostet haben, um es zu sehen. Diese Produkte werden von kontrollierten Betrieben angeboten, und immer mehr Menschen und auch Gastgewerbe greifen danach, und das kann man nur fördern. In der Steiermark gibt es inzwischen 200 anerkannte Betriebe, und allein im heurigen Jahr sind 70 neue hinzugekommen. Wir müssen ihnen mit unserer Unterstützung die Atmosphäre schaffen, daß sie existieren können und daß weitere Bauern folgen wollen. Die steirische Sprache vermittelt dazu eine ganz besondere Stimmung. Ich glaube, wir müssen helfen, daß es den mündigen Konsumenten gibt, der bewußt auswählt. Und der mündige Konsument zieht zum Beispiel heimische Paradeiser ausländischen Tomaten vor. Er kauft Karfiol statt Blumenkohl, er bestellt im Gasthaus Hendl statt Hühnchen. (Beifall bei der ÖVP.) Steirer sollten sich für Porky-Fleisch entscheiden oder auch Styrian-Beef, und wenn es teurer ist, so ist das Motto gut „wenig ist mehr“. (Abg. Kohlhammer: „Das hat lange gedauert, bis die Vorschläge des Abgeordneten Zellnig gegriffen haben!“) Es ist gut, jeder, der das sagt, hat recht, wo immer er steht. Und ich hoffe, leider ist der Herr Landesrat Dr. Strenitz noch nicht da, ich werde es dann später noch einmal sagen, die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft kauft zu riesigen Summen natürlich auch Fleisch ein, und ich möchte bitte dafür stehen, daß ein gewisser Prozentsatz der Fleischaufkäufe auch Porky-Fleisch und Styrian-Beef beinhalten. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrammel: „Bravo!“)

Viel und billig war eine falsche Philosophie. Wir müssen zurückkehren, weil in vielen Bereichen ist das Beste dem Menschen oft gerade gut genug. Und oft ist

er mit seinen Haustieren besser als mit sich selbst. Für Katzen zum Beispiel ist oft nichts zu teuer, Fleisch für Katzen, also Katzenfutter, kostet oft umgerechnet 130 Schilling das Kilo, während für unseren persönlichen Bedarf oft 40, 50 Schilling schon zu teuer sind. (Beifall bei der ÖVP.) Durch die Aktion „Gesunde Gemeinde“ in der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz gibt es viele Gasthäuser in der Steiermark, die ganz bewußt diesen Weg gehen und ihren Gästen zusätzlich zu den herkömmlichen Speisen auch das gesundheitsbewußte Menü anbieten. Und ich habe zu meiner Freude gesehen, ich habe mit diesen Alternativbauern gesprochen, sie sind Zulieferer dieser Gasthäuser. Ich kann allen von uns nur empfehlen, Kollege Zellnig, auch Sie werden hoffentlich sehr oft diese Gasthäuser besuchen (Abg. Dr. Cortolezis: „Nein, geht er nicht hin!“), dann unterstützen wir Ihren Weg, den Sie gehen mit einer anderen Produktion. Sie sind ausgezeichnet durch ein Pickerl, vorne steht an der Tür „Ihrer Gesundheit zuliebe“. Verlockend ist dann auf der Speisekarte – und das muß man fördern –, wenn dort steht „Pöllauer Kalbfleisch“ oder „Feldbacher Paradeissalat“ oder „Forelle aus der Sölk“. Die alternativen Bauern sind eben Produzenten für unsere Gaststätten und für uns. Wir müssen sie unterstützen. Wir werden wieder bewußter leben, und diese Veränderung hat auch für unsere Umwelt dann ein humaneres Gesicht. Es darf nicht kommen, daß die nächste Generation uns fragen wird: „Habt ihr denn nichts gemerkt? Ihr seid doch dabei gewesen.“ Hier zu verändern, das ist Politik, und hier liegt die wahre Verantwortung für uns Politiker. Ich hoffe, Sie tun alle mit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.49 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (17.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

(Abg. Trampusch: „Nach den heutigen Cholesterinwerten verträge ich zwei Cortolezis!“ – Präsident Meyer: „Der Abgeordnete Dr. Korber ist am Wort!“) Wenn wir gerade beim Cholesterinwert sind, ich habe einen super Wert, ich habe 166 bitte. Wer hat weniger? (Abg. Kröll: „Ich habe 157!“) Wieviel? 155? (Abg. Kröll: „157!“) Ein obersteirischer Bergler, geht oft auf die Berge, die gute Luft. Wer hat noch weniger? Ja, Obersteiermark, gute Luft. Na ja, nicht so. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Ich habe 255. Ihr lebt sehr ruhig!“) Der Herr Landesrat sagt gerade, er hat 255, und das ist der Streß. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat 277; Sie können sich beruhigen. (Abg. Ing. Stoisser: „Wieviel hast du?“) 166! (Abg. Trampusch: „Bei dir fällt der Berufsstreß weg!“ – Abg. Schrammel: „Der Korber hat erst um 11 Uhr zu frühstücken begonnen!“) Und Blutdruck 135; da liege ich aber 100 Prozent richtig.

Gesundheit ist ja das nächste Thema, aber jetzt sind wir beim Umweltschutz.

Ich möchte gleich an die Worte der Frau Präsidentin Dr. Kalnoky anschließen: Zu verändern, das ist die Aufgabe der Politik. Wir sind eigentlich bei dem Thema, das unser Hauptthema ist und wo wir immer wieder seit Jahren verlangt haben, daß der Umwelt-

schutz in der Steiermark aufgestockt wird. Das, glaube ich, steht ja zweifelsfrei fest. Wir haben das sogar oft in sehr langen und herausfordernden Reden verlangt. Ich möchte einfach feststellen, daß der Naturschutz in der Steiermark seit 15 Jahren sträflich vernachlässigt wurde. Die Förderung war immer im Bereich von einer bis zwei Millionen Schilling. Damit hat man das Thema Naturschutz in der Steiermark abgespeist, und wenn man auch diesen Voranschlag 1990 liest, sieht man, daß vom Erfolg 1988 bis zum Voranschlag 1990 wieder eine Reduzierung von 100 Prozent stattfinden soll. Ich habe aber jetzt gerade früher mit dem Herrn Kollegen Kröll gesprochen, daß es hier auf Regierungsparteien-ebene Besprechungen und Absprachen gibt, daß von dieser sogenannten Umweltabgabe – der Herr Landesrat ist jetzt nicht da, aber ich beziehe mich auf dich, Hermann Kröll –, die angeblich 100 Millionen Schilling bringen soll. Das ist die Besteuerung der Energie primär bei Gewerbe und Industrie. Ich glaube, die kleinen Haushalte sollte man nicht wieder einmal belasten, weil die an die STEWEAG eh bereits genug zahlen. Wenn man weiß, daß dieses Geld als Reingewinn dann oder als Verlust noch immer nach Zwentendorf geht, dann wehre ich mich strikt, daß wieder der kleine Steuerzahler belastet wird. Das ist eine Einstellung, die ich habe. Ich würde auch sagen: Warum sollte man nicht aus Zwentendorf ad hoc aussteigen und diesen Betrag noch dazulegen? (Abg. Harmtoldt: „Wer bezahlt das?“) Davon 20 Prozent für den Naturschutz in der Steiermark ist ein Betrag, über den man einmal reden kann, weil meiner Meinung nach der Umweltschutz, sprich Landschaftspflegefonds, die ganzen Belange des Naturschutzes, mindestens 25 bis 30 Millionen Schilling braucht, um überhaupt existenzfähig zu sein, um auch umweltpolitisch präsent zu sein, und auch als Grundlage, daß man diesen Wahlversprechen, wo der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer, der ehemalige Landesrat Dipl.-Ing. Riegler und der Herr Prof. Wolkinger bei den Harter Teichen in einem Boot gesessen sind, endlich einmal wenigstens zu 50 Prozent nachkommt, denn die Versprechen damals bei der Umweltpost auf Hochglanzpapier waren jährlich 50 Millionen Schilling für den Umweltlandesfonds zur Sanierung von Altlasten, und 20 Prozent davon für den Landschaftspflegefonds. Wir kommen als über Umwege, Schleichwege, Umweltabgaben langsam zu dem, daß wir an euer Wahlversprechen der sogenannten Mehrheitspartei in der Steiermark wenigstens einmal zu 50 Prozent herankommen.

Wenn man das von der STEWEAG, wo das Land zu 100 Prozent Eigentümer ist, Alleineigentümer, was jährlich nach Zwentendorf geht, diese 20 bis 30 Millionen Schilling, noch dazulegt, dann wären wir endlich bei den Wahlversprechen der ÖVP im sogenannten Wahljahr 1986, beziehungsweise habt ihr ja mit der Wahl schon 1985 angefangen. Ihr seid ja eurer Zeit immer voraus, wenn es um Postwurfsendungen geht. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Stimmt schon, da hast du recht!“) Da habe ich recht, gell! Ihr seid, wenn es um Wahlstrategien geht (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wir sind immer voraus!“), um Wahlarithmetik und wie man an den Wähler herankommt, uns – das muß ich neidlos zugestehen – um Längen voraus, denn da sind wir Kleinkeuschler. Uns hat die ganze Landtagswahl 1,1 Millionen Schilling gekostet. Ich glaube, bei euch

war das Budget bei 100 Millionen Schilling oder noch mehr. (Abg. Dr. Hirschmann: „Aber Dinar!“) Dinar, ja. Bei uns waren es Dinar.

Wir kommen langsam zum ganzheitlichen Umweltschutz im Budget, wenn – denn da steht es noch nicht drinnen – das, was mir der Herrmann Kröll gesagt hat und der Herr Landesrat Schaller vielleicht dann noch bekräftigen wird – diese Umweltabgabe –, in der Steiermark zum Greifen kommt und auch bitte einmal dann in diesem Budget Eingang findet. Es gibt Regierungsbeschlüsse, und es wäre keinem ein Stein aus der Krone gefallen, wenn man mit einem Sternderl hineingeschrieben hätte: „Auf Grund der Umweltabgabe ist vereinbart, 20 Prozent für den Naturschutz in der Steiermark zu verwenden und die anderen 80 Prozent für den Umweltlandesfonds.“ Es wäre niemandem ein Stein aus der Krone gefallen, und Sie hätten sich einmal wenigstens die Kritik erspart, daß es da noch nicht schwarz auf weiß drinnen steht. Ich kann mich erinnern, daß Sie bei der Generaldebatte dazu etwas sagen wollten. Vielleicht war es das. Heute habe wir in der Spezialdebatte die Möglichkeit, das einmal grundsätzlich auszudiskutieren, und ich würde mir nichts mehr wünschen, als daß diese öffentliche Zusage, daß dieser bis jetzt stiefmütterlich behandelte Naturschutz und Umweltschutz in der Steiermark doch – wir sind wieder zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl – im Sinne Ihres Wahlprogrammes zu greifen beginnt. Damit haben wir auch einen Teil unserer Aufgabe erfüllt, diese Forderung zu realisieren.

Wir wissen, daß Umweltschutz, Naturschutzbelange, das Aufkaufen der letzten Biotope, der letzten Feuchtwiesen, der letzten Moore, dieser letzten Brachgebiete Geld kostet, und wir leben Gott sei Dank in einem Land, wo nicht so mir nichts, dir nichts enteignet wird. Daß eben hier hohe Beträge notwendig sind, steht zweifelsfrei fest. Ich denke jetzt vor allem einmal an den Ankauf oder an das Freikaufen von Erholungsgebieten, von Naturschutzgebieten, von Lebensräumen, an das ganze Gebiet des Schöckls. Dieses Schöcklmasiv ist wirklich ein, wenn über Graz diese Inversionslage ist, die Smoglage – der Gerhard Hirschmann weiß das (Abg. Dr. Hirschmann: „Wir zwei wissen das!“), weil er auch gern am Zösenberg bei seiner Tarockrunde sitzt und bei Inversionslage auch bei diesem Wirt da oben – wie heißt er geschwind? – (Abg. Dr. Hirschmann: „Keine Details!“) Wie heißt dein Wirt? Ich kenne ja dein Privatleben auch. Es ist ja schön oben.

Wenn man also über der Inversionslage ist und nach Graz hineinschaut, dann atmet wirklich jeder dreimal durch und dreimal besser, wenn er über dieser Lage ist. Nur, wenn Sie am Schöcklmasiv dann wissen, daß an einem schönen Tag bis zu tausend Autos hinauffahren, daß diese wunderbare Schöcklstraße, wo auch Mütter mit Kindern gehen können, die an Pseudo-krupp erkrankt sind – mit smoggeschädigten Kindern –, einfach nicht begehbar ist, weil ein Kübel nach dem anderen kommt, dann muß man halt sagen: „Bitte, Herr Graf Stubenberg, Sie haben damals mit öffentlichen Mitteln, sprich Forstwegebau, Wirtschaftsbau, eine Förderung des Landes bekommen. Heute ist die Straße da; Sie haben eine Mautstraße daraus gemacht, Sie verdienen praktisch jetzt mit öffentlichen Mitteln. Wir wollen eine Regelung finden.“

Welche Regelung kann man finden?

a) Man löst überhaupt dieses ganze Mautrecht dieses Herrn Stubenberg ab. Er verlangt 10 Millionen Schilling. Gut, wenn das für ganz Graz, für alle Schöcklgeher, für alle, die gute Luft suchen, 10 Millionen Schilling kostet, so ist das eine politische Entscheidung, die ich jederzeit unterstützen würde, obwohl es wahnsinnig viel Geld ist und der Stubenberg ein schönes Geschäft auch noch mit uns allen macht. Aber irgendwo hat eben alles seinen Preis. Oder die andere Möglichkeit: man sperrt diese Mautstraße wegen latenter Grundwassergefahr, wegen latenter Gefahr für die Wasserversorgung von vier Gemeinden, und sagt: „Herr Stubenberg, Sie lassen da Autos hinauffahren – das ist die harte Linie – am 11. November ist wieder einer zehn Meter abgestürzt, Benzin, Öl gelangen in den Karst, du kannst was drinnen ist nicht mehr herausbaggern, ein Feuerwehrmann, der Stunden später hinaufkommt, was soll der noch machen, wenn es bereits im sogenannten Karstwasser ist. Karstwasser ist Grundwasser, ist Trinkwasser für den Schöckl, für die Gemeinden unten, es sind Tausende Haushalte angeschlossen, und da muß man einfach einmal sagen, dieses Gebiet ist ein Wasserschutz- und Schongebiet. Da gehört eine Schutzgebietsverordnung her. Seit 1974 wird gesprochen, nachweislich, schriftlich von der wasserwirtschaftlichen Rahmenplanung gibt es Schriftstücke und alles mögliche. Nur geschehen ist nichts. Der Bürgermeister von Kumberg ist schon ganz närrisch, weil nichts geschieht, weil jeder Angst hat, wenn das Wasser verseucht ist, es ist eine Quelle bereits verseucht, ist nicht nur die Wasserversorgung auf längere Zeit blockiert, sondern was die Leute am meisten stört, daß es nicht gelingt, bis heute das so zu organisieren, daß man sagt, im Taktverkehr alle halben Stunden einen Bus hinauf, wenn Leute nicht mit der Gondelbahn fahren wollen, weil sie Angst haben, sie bleiben beim Wind hängen. Es setzt sich nicht jeder gerne in ein Blechkisterl hinein, wo vier Leute drinnen sind und wo man weiß, daß man, wenn man unter Umständen Pech hat, vier Stunden in der Kälte oben sitzt, weil die Gondelbahn nicht mehr zeitgerecht ist. Die ist 40 Jahre alt. Entweder baut man das ordentlich aus, daß man auf den Schöckl mit der Gondelbahn raufkommt, oder man macht einen Bustaktverkehr mit besonders gewarteten Fahrzeugen, mit gasbetriebenen Fahrzeugen. Das gibt es alles. Im Krieg ist man auch mit Gas gefahren und versucht hier zu sagen, Herr Stubenberg, dann bekommen Sie von jedem, der rauffährt, eine sogenannte Maut, aber nicht mehr so viel wie bisher. Aber grundsätzlich ist dieses Naherholungsgebiet meiner Meinung nach für die Grazer freizukaufen. Freizukaufen unter den Bedingungen, die ich Ihnen jetzt hier versucht habe, die Möglichkeiten einmal hier zu präsentieren. Ich selbst bin übrigens Mitglied des Wasserverbandes Schöckl-Alpenquell. Ich bin zwar Mitglied ohne Stimmrecht, ich nenne das immer wieder Mitglied ohne Glied. Aber das gibt es auch heute in Österreich, daß man zwar, wenn was schiefgeht, verantwortlich ist, aber nicht einmal mitstimmen darf. (Abg. Dr. Dorfer: „Das gibt es nicht!“ – Abg. Schrammel: „Die wissen wahrscheinlich warum!“) Ja, Herr Kollege Dr. Dorfer, das gibt es. Das gibt es, daß bei Wasserverbänden ich ein Mitglied bin, ohne daß ich mitstimmen darf! Das ist sagenhaft! Das ist sozusagen fast unbegreiflich, und trotzdem ver-

suchen wir das immer wieder anzukurbeln, weil in jedem Verein, in jedem Verband hat nach den Satzungen, nach der Verfassung das Mitglied, das ordentliche Mitglied, auch Stimmrecht. (Abg. Kröll: „Das ist gesetzlich verankert!“) Handel das mit den Beamten der Rechtsabteilung 7 aus, die den Blödsinn gemacht haben. Es geht darum, andere wunderbare Gebiete aufzukaufen, ich sage freizukaufen. Das ist das Bürgschachner Moor im Ennstal. Da sind noch gewisse Feuchtwiesen, das sind Altarme an der Feistritz zum Beispiel, da haben wir Vorverträge, daß man Altarme sofort freikaufen könnte mit dem ortsüblichen Preis. Auch an der Lafnitz, wenn du es sagst, auch an der Feistritz, wir haben Optionen für die Feistritz und werden hier versuchen, mit einer Aktion das ins Leben zu rufen und zu sagen, das haben wir zusammengebracht. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, steirische Regierung, die Regierungspartei von ÖVP und SPÖ, was gibt ihr dazu? Wir wollen einmal den Stein des Anstoßes an der Feistritz liefern. Es geht darum, daß wir die Problematik im Ennstal haben. Das ist für uns ein Landschaftsschutzgebiet, dieses ganze Ennstal, das nicht zu zerschneiden ist mit einer Schnellstraße. Früher wollten sie sogar eine Autobahn machen. Das haben wir ihnen einmal ausgedreht. Jetzt wollen sie eine Schnellstraße machen, das heißt S 8. Ich sage immer wieder die SS des Ennstales, den Achter kannst weglassen, weil die einfach gewalttätig über diesen wunderbaren inneralpinen Raum drüberfährt, weil sie dieses Ennstal in zwei Teile teilt, weil sie ökologisch uninteressant ist, weil sie Naturschutzgebiete zerschneidet, weil sie gegen das Naturschutzgesetz ist, weil überhaupt nur eine Möglichkeit wäre, wenn es keine andere Möglichkeit gibt.

Die andere Möglichkeit ist, den Altbestand zeitgerecht auszubauen mit Unterflur, mit Umfahrung, mit Tunnel. Alles kannst haben, alles, Kollege Kröll. Der Richard Kanduth ist heute nicht da. Alles könnt ihr haben. Es ist auch noch sogar in den Baukosten etwa gleich, zu den heutigen von Hofrat Theußl vorgegebenen Baukosten. Nur, da stelle ich heute die Haftungsfrage, und zwar jetzt noch einmal an dieser Stelle. Wer trägt für diese Straße, wenn sie in einem Jahr wieder saniert werden muß, in zwei, drei Jahren wieder saniert werden muß, in fünf Jahren wieder saniert werden muß, weil sie eine Waschrumpel ist, die Verantwortung? Wir haben immer gesagt, das ist die üble Eistrasse im Ennstal, weil im Talboden der Enns die Nebellage 80 Prozent höher ist als in der Randlage, und weil diese Waschrumpel, ich sage es noch einmal, ich sage es immer wieder, und auch ein Krainer von euch kann eine Straße nicht auf Wasser bauen. Die alten Römer haben es schon gewußt mit ihren Pferdefuhrwerken, daß sie entlang der Schuttkegel des voralpinen Gebietes gehen müssen (Abg. Schrammel: „Sogar der Hannibal ist über die Alpen gezogen!“), weil sie sogar mit Pferdefuhrwerken eingesunken sind. Kein Mensch hat sich in ein Moor gewagt. Und ich sage immer wieder, da ist die Kölnbreinsperre und alles andere ein Lapperl dagegen, was sich hier als Bau-skandal in der Planung bereits abspielt. Kein Mensch kann auf 98 Prozent Wasser – wenn du eine Torfstecherei einmal gesehen hast und sie siehst, wenn sie ausgetrocknet ist, daß du durch den Torf faktisch durchschauen kannst, und alles andere ist Wasser, wer das wagt, ist ein Vergehen gegen alle Naturgesetz-

mäßigkeiten, und es gäbe sowieso technisch nur eine Lösung, wie die Präbichrampe, diese ganze Straße von Liezen nach Traufenfels aufzuständern mit 80 bis 90 Meter tiefen Bohrpfählen und über das ganze eine Brücke zu machen, das wäre technisch die einzige Möglichkeit, so wahr ich hier stehe. Alles andere ist umweltpolitisch, ist baupolitisch ein Skandal. Ich sage es noch einmal, wenn der Krainer hier sagt, 1990 fangen wir mit der Straße an, dann wird er sich noch wundern. Und dann werden wir ihm in Selzthal eine Blockade machen und ihm zeigen, daß dort die Straße bereits 40, 50 Zentimeter als Waschrumpel ausgebildet ist. Der Landeshauptmann wird uns oben das Ennstal nicht zerstören. Und Hermann Kröll, ich ersuche dich (Abg. Kröll: „Der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer baut die Straße nicht!“) als Obmann des Naturschutzbeirates, uns zu helfen. (Abg. Kröll: „Das ist Bundes-sache!“) Gehe einmal zu deinem Joschi, und sage ihm, du fällst mit der Straße aufs Goschi. Auf Wasser kann man nicht bauen. Jedes Bauwerk braucht einen Baugrund. Das ist von mir einmal ganz klar bautechnisch. Ich mache den Hofrat Theußl hier voll verantwortlich, wenn diese Straße alle zwei, drei Jahre saniert werden muß. Denn eines steht fest, die Dynamik einer Straße ist unheimlich groß. Und jeder glaubt immer, eine Straße, da rollt der Verkehr drüber, das ist ein rollender Verkehr. Die Dynamik einer Straße, die dynamische Belastung, hinten sitzt der Herr Landesbaudirektor, ist unheimlich groß, und wir haben zum Beispiel gesehen, allein vor Weiz, wie lange das dauert. Das ist eine kleine Geschichte, das sind 100 Meter bei der alten Deponie dort, wo sie Schlamm drinnen haben, vor Weiz, die Umfahrung vor Weiz, wie lange das bereits dauert. Jedes Mal, wenn ich dort vorbeifahre, hat sich die Straße wieder gesetzt. Sie setzt sich, weicht seitlich wie ein Pudding aus, und diese Kosten da oben, das ist einfach nicht verantwortbar. Im Grunde genommen ist es eine politische Sache. Und was mich am meisten gestört hat, daß es euch gelungen ist zu sagen, eine grüne Trasse durch das Ennstal. Das ist sicher nicht euch gelungen, aber Medien- und Presseleuten, und uns zu unterschieben, daß wir bei der Straße jemals zugestimmt hätten, ist einfach ein journalistischer Skandal, wie er im Buch steht. Mir macht es nichts, wenn man uns verwechselt Grüne und Alternative. Und die Kammlander sagt, wir Grün-Alternativen, weil sie mich ständig entmündigen will und sozusagen immer für mich reden will. Das wird ihr nie gelingen. Sie ist eine Alternative, und ich bin ein Gründer. (Abg. Dr. Hirschmann: „Jawohl!“ - Abg. Schrammel: „Wer ist bei euch mehr?“) Das sind politische Sachen, aber das als grüne Trasse zu bezeichnen, die Grünen haben da mitgestimmt oder mitgetan, ist einfach ein Skandal. Und übrigens, du kannst mich ohne weiteres einmal zum Naturschutzbeirat einladen, wenn ich dort auch nur zuhören darf. Bis heute sind es drei Jahre her, ohne daß wir ein einziges Mal eingeladen wurden. Das ist jetzt einmal kollegial zu dir ein sogenannter Ruffel. Lad' uns ein! Was habt ihr denn zu verbergen, bitte schön? Warum sollen wir da nicht dabei sein und zuhören, wie es da umgeht? (Abg. Kröll: „Das ist schon lange abgehandelt!“) Und wenn der Wolkinger dann sagt, er tritt aus, das ist uns wurscht. Er kann machen, was er will. Ich möchte auch einmal dabei sein. (Abg. Harntodt: „Ich auch!“) Vielleicht gelingt es in fünf Jahren, daß du mich einmal einladest. Der Kollege

Harntodt nickt mir zu. Warum sollen wir nicht einmal dabei sein und hinten am Bankerl sitzen? Vielleicht kann man doch einmal über gewisse Dinge im Naturschutzbeirat mitreden, weil es für uns ein ganz wesentliches Instrumentarium ist, was den steirischen Naturschutz betrifft, und bitte kein parteipolitisches Instrumentarium. Und gerade dir, Hermann Kröll, mute ich zu, daß du eigentlich über parteipolitischem Kleinkram stehen kannst, wenn du willst.

Wir haben jetzt erfahren, daß allein die Begleitplanung für die S 8 - für uns sozusagen ein nicht antastbares Gebiet - bereits eine Million Schilling gekostet hat. Da ein paar Buscherl hinsetzen und da etwas, und zum Schluß sagt der Planer noch: „Da werden wir den Beton noch grün einfärben, damit die Grünen auch noch eine Freude haben.“ So geht es nicht, bitte! Und hier eine Million sozusagen hinauszuschmeißen für etwas, was rechtlich noch gar nicht durchexerziert ist. Ihr habt bis heute noch keine rechtskräftige wasserrechtliche Bewilligung, euch fehlen noch die ganzen Grundablösen. Solche Planungen in Auftrag zu geben, finde ich einfach problematisch. Ich hoffe, man kann diese Planung vielleicht noch stoppen und sagen: „Lieber Freund, rechne einmal ab“, aber die eine Million jetzt auszuzahlen, ist eigentlich ein Wahnsinn.

Grundsätzlich werden für uns im Ennstal 70 Hektar restlos vernichtet. Es ist ja ganz klar, daß dann die Bauern wieder sagen: „So, und jetzt möchten wir den Altarm urbar gemacht haben“, das heißt, er muß zugeschüttet werden, „dieses Moor, wo wir dräniert haben, weil wir ja schließlich die 70 Hektar im Ennstal im Zuge der Flurbereinigung wieder zurückbekommen wollen.“ Dann werden uns die sozusagen letzten Brachflächen da oben noch bereinigt, und dann ist das ganze Ennstal parteipolitisch bereinigt.

Wir unterstützen oben eine zeitgerechte Lösung bei Stainach, die Tunnellösung. Wir haben Experten und Spezialisten im Land, es gibt sogar den Ausdruck „steirische Tunnelbauweise“, „österreichische Tunnelbauweise“, und es wäre gar kein Problem, gerade in Stainach dort schnell und rasch eine Lösung zu finden. Denn eines steht fest: Die Ennstalstraße derzeit ist sicher eine Problemstraße - das will ich gar nicht wegdiskutieren -, das ist der Bereich, wo die Gastarbeiter meistens einschlafen, weil das mittendrin ist, weil sie die Kontrolle über ihr Fahrzeug verlieren. Aber da ist ja nicht die Straße schuld oder ein Baum, der neben der Straße steht, sondern die Leute sollen halt zeitgerecht schlafen, und nicht 14 bis 18 Stunden durchfahren. Ich gebe dir aber recht, daß hier der Bestandsausbau ohne weiters zeitgerecht gemacht werden kann. Wörschach, eine Unterflurtrasse - da ist schon eine Umfahrung gemacht worden bei Herrn Gregori, oder wie der heißt. Bei Liezen eine südliche Umfahrung durch die Golfplätze; vom Eigner könnt ihr ruhig durchfahren, das ist gar kein Problem, und bei Stainach eine nördliche Tunneltrasse - (Abg. Kanduth: „Ist gut, daß wir überhaupt noch etwas dürfen!“) Ja, der Richard Kanduth - du, ich bin einer, der nicht gegen alles ist, merk dir das!

Ich biete hier beim Bestandsausbau an, der auch in den Gutachten von Wien als voll interessant bestätigt wurde, gleichrangig bestätigt wurde, hier voll aktiv, politisch, fachlich, technisch mitzuarbeiten. Und ich

mache dir dann für den Bestandsausbau umsonst einen Bepflanzungsplan, aber nicht um eine Million, wo du – (Abg. Kanduth: „Wann willst du das machen, wenn du so lange redest?“) Richard, noch nicht einmal eine wasserrechtliche Bewilligung hast. Und eines muß ich dir sagen: Du reitest auf der S 8 wie der Reiter durchs Moor, durchs Nebelmoor. Wie der Reiter mit seinem Kind, so kommst du mir schon vor. Akzeptier einmal unsere Meinung. Wir sind nicht gegen alles. Das Ennstal läßt sich durch eine zeitgerechte Lösung ohne weiters und nach dem Naturschutzgesetz – (Abg. Kanduth: „Euch ist es egal, wie viele Leute dort oben sterben!“) Nein, uns ist es nicht wurscht, wie viele Tote – ich habe es gerade früher gesagt –, dann muß man halt die Leute einmal kontrollieren, wenn sie über die Grenze fahren, weil die schauen ja alle schon aus wie Hushpuppies, weil sie alle schon zwölf Stunden gefahren sind. Das ist der Bereich in der Mitte, wo die Leute die Kontrolle über die Fahrzeuge verlieren, aber da ist die Straße nicht schuld.

Und eines ist auch: Wenn der Transit auf der Schiene erfolgt – und heute ist ja die Frau Landesrat beim Minister Streicher und verpaßt ihm ein paar Streichleinheiten. Man kann es auch anders ausdrücken: Die Frau Landesrat Klasnic ist heute in Wien und wird mit der steirischen „Grazbürste“ einmal den Streicher behandeln. Das können Sie auch haben. Denn die Schiene gehört ausgebaut. Ist die Schiene ausgebaut, muß dieser Transitverkehr nicht mehr ins inneralpine Gebiet des Ennstales, dann kann er ohne weiters über die Schiene auch ohne Nachtfahrverbot ins voralpine Gebiet nach Linz hinaus, und wir haben gerade dein Argument – die Toten auf der Straße – weg. Und, bitte schön, ich sage da immer wieder: Die Leute sollen entsprechend der Situation fahren und nicht am Steuer einschlafen. Das ist die Antwort auf dein Argument. (Abgeordneter Harntodt zeigt auf die Uhr. – Abg. Mag. Rader: „Mußt du auch bezahlen? Bei der ÖVP müssen sie bezahlen!“) Bei der ÖVP muß ich zahlen? Ja, du, Harntodt, kriegst einmal 5 Schilling (Abg. Mag. Rader: „Nein, 100 Schilling!“) von mir oder 15 Schilling, kannst dir Kastanien kaufen.

Geht bitte nicht mit dem Argument der Toten hausieren. Das ist so unanständig, das ist einfach eine Erpressung, eine umweltpolitische Erpressung. Ich sage es hier im Landtag: Ich lasse mich nicht erpressen! Und du weißt genau, daß oben die Jung-ÖVP gegen die Straße ist, die Landwirtschaftskammer – alles eure Leute –, es ist der Sebastian Berger dagegen, es ist eine Bürgerinitiative dagegen, und tut die Leute oben nicht reizen! Und ich sage es auch hier: Es ist der Herr Landesrat Schaller nicht dafür! Und ich hoffe, er steht zu dem Wort. Das ist ein Mann, dessen Meinung ich akzeptiere, und bitte, Herr Landesrat, noch einmal: Reden Sie noch einmal mit dem Herrn Joschi Krainer – es hilft nichts –, die „steirische Breite“ darf da oben nicht drüberfahren. Ich weiß nicht, was wir da oben noch alles machen werden. Werden halt wir eine Blockade machen, dann werden wir sehen, ob wir nicht abgestraft werden. Für mich ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller ein Ehrenmann, und ich hoffe, daß wir das doch noch über die Runden bekommen und daß wir hier auch für die steirische Naturschutzpolitik sehr, sehr viel gutmachen können beziehungsweise verhindern können.

Eines an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: Dieser Naturschutzbescheid, der jetzt abläuft – ich ersuche Sie höflichst und in aller Form – ich werde nicht auf den Knien rutschen –, diesen Bescheid nicht zu verlängern. Bitte, diese andere Alternativtrasse, die in Wien untersucht wurde, noch einmal einer Umweltverträglichkeitsprüfung zuzuführen und nicht gegen das Naturschutzgesetz vorzugehen. Vielleicht gelingt Ihnen auch, was oben an der Granitzen gelungen ist, daß man sagt: „Okay, diesen Bescheid ziehen wir bis zu einer Umweltverträglichkeitsprüfung wieder zurück.“ Wenn Sie uns da miteinspannen, wären wir sehr froh.

Hermann Kröll, du hast gesagt, deine Schischaukel in Schladming ist eine Belebung der Fremdenverkehrssituation. Deswegen brauchen wir auch vielleicht die Straße, damit die Leute schneller zu euch hinaufkommen. Ich hoffe, das hängt damit nicht zusammen. Ich bin eigentlich mehr der Ansicht, wie die Tiroler das machen. Die Tiroler haben bereits im Beirat drei Jahre alle Schischaukelprojekte und so weiter zurückgestellt. (Abg. Kröll: „Wir haben noch keine!“) Und wenn ihr zum Beispiel für diese Schischaukelgeschichte ein Gutachten in Auftrag gegeben habt, das dem Land ungefähr eine Million kostet, vielleicht könnt ihr diese Geschichte auch noch einmal einbremsen.

Zur Umweltabgabe: Ich bin der Ansicht, wenn die Energie durch eine Umweltabgabe besteuert wird, ist das für mich eine Sache, die positiv ist, weil damit der Anreiz gegeben wird, Energie zu sparen. Wir wissen ja heute wirklich nicht mehr, was wir auf dem Energiesektor machen sollen. Gegen die Granitzen sind wir, gegen das ÖDK Zeltweg sind wir, gegen das Farrach sind wir, ja, gegen alles sind wir schon! Das ist einmal ein Selbstbekenntnis hier im Landtag: Gegen alles sind wir! Ich muß Ihnen aber auch gestehen, es gibt da oben im Bereich Judenburg sogenannte Umweltgrüne, die sagen – ich gehöre nicht dazu –: „Gegen alles kann man nicht mehr sein, wir werden unglaubwürdig.“ Und diese Energie, wenn man in die Wasserstofftechnologie geht, daß man die Sommerüberkapazität in Wasserstoff speichert, um sie im Winter in Form von elektrischer Energie einzusetzen, ja, darüber muß man reden. Ich kann der Frau Abgeordneten Kammlander, die hier mit ihrer Alternativen Liste sagt: „Über unsere Leiche“, nicht widersprechen. Es ist sicher ein Flußgebiet, das man, wenn man kann, schonen soll. Aber die Diskussion, die Überschußenergie bei Laufkraftwerken im Sommer in sogenannte Wasserstoffenergie umzusetzen und damit im Winter dazuzufahren, ist im Sinne eines Modells Steiermark und wird von mir voll unterstützt, und das sollte man durchziehen. Und dann werden wir vielleicht auch diese Differenz zwischen Sommerüberangebot und Winterdefizit in eine ausgleichende Bewegung bringen, und vielleicht gelingt es uns mit der Strategie, wirklich die letzten Flußläufe in der Steiermark zu erhalten. Ich bin nicht für den Ausbau von Farrach-Fisching, aber irgendwo müssen wir jetzt. Vielleicht ist das ein Thema, daß man sagt, stellen wir das hintan, obwohl alles bewilligt ist. Wir waren die einzigen, die gesagt haben, es ist wegen der Grundwassergefährdung, weil dort die Murwalddeponie ist, sehr problematisch. Aber ich glaube, wir wollten die derzeitige Kraftkette, Flußkraftwerke an der Mur und an anderen Flüssen, in der Richtung Wasser-

stofftechnologie überprüfen. Vielleicht kann man bis dorthin sagen, warum sollen wir das mit Gewalt durchziehen, warum sollen wir mit Gewalt dort Demonstranten mit irgendwelchen Ministerbewilligungen weg-schleppen. Ich glaube auch, daß das so wie in Hainburg eine Nachdenkphase sein muß. Vielleicht kommt man drauf, daß man das in der jetzigen Phase gar nicht braucht. Etwas, was den sogenannten Naturschutz, Umweltschutz in der Steiermark betrifft, was ein absolutes Positivbeispiel ist, das ist die Gemeinde Wildon. Ich sage immer wieder, dieser Bürgermeister verdient den Umweltschutzpreis, wenn er ihn nicht so schon bekommen hat. Gemeinsam mit dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller ist unten diese Relatex mit organisatorischen Problemen ins Leben gerufen worden. Ich meine, das sind Probleme der Andritzer, weil die interessiert sein müssen, in diesen Markt einzusteigen, das Know how. Und es wäre für so einen Konzern überhaupt nichts dabei, jetzt die Folienstärke von 1 my auf 0,7 my zu bringen. Es wäre nichts dabei, Herr Landesrat! Ich finde einfach, das ist ein Vergehen, daß man solche Betriebe, wertvolle CA-Betriebe, an deutsche Unternehmen verschleudert. Die sind heute nicht mehr in der Lage, wirklich auf diesem Gebiet wissenschaftlich, forschungsmäßig tätig zu sein. Daher würde ich sagen, dieser Geschäftsführung, dieser Leitung der Andritzer Maschinenfabrik ein absolutes Minus, wenn sie unten Leute, die guten Willens sind, die Politiker, die guten Willens sind, in derartige Probleme hineinmanövriert, weil sie nicht in der Lage sind, aus dem Vertrag von 1 my auf 0,7 my umzusteigen. (Abgeordneter Harmtodt zeigt auf die Uhr.) Ja, Herr Harmtodt, ich weiß, ich weiß! Aber deine Uhr ist heute wirklich für die Fische. Dieses Beispiel – (Abg. Harmtodt: „Eine halbe Stunde redest du schon!“) Du, ich habe wirklich in meiner Generaldebatte zu allen anderen Themen bereits gesprochen, und ich habe mich in den anderen Themen nicht wiederholt. Aber eines muß mir lassen, zum Thema Umweltschutz muß ich ein bißchen ausführlicher reden. Dafür habe ich mich wirklich bei den anderen Themen heute nicht zu Wort gemeldet. Es ist der Frau Kammlander sogar aufgefallen, daß ich redefaul bin. Das ist es nicht, weil ich in der Generaldebatte bereits über das Thema „Sozialdienerin“ in der Steiermark schon gesprochen habe. Soll ich noch einmal reden über das gleiche? (Abg. Schrammel: „Dann hör auf!“) Aber das, was sich hier in Wildon abspielt, dieses mustergültige Projekt, was meinst du, Freund? Ist das nicht mustergültig? Das ist einer von eurer Riege. Hier mit einer Mülltrennung von fast 60 Prozent Abfall zu reduzieren! Das ist ja genau der Erfolg, von dem wir nicht nur geredet haben, sondern den wir alle brauchen. Und dieser Erfolg muß in alle anderen 544 Gemeinden getragen werden. Es gibt nämlich zwei, drei Gemeinden, wo es auch schon in die Richtung läuft, auch schon eine in Mürztal und eine dort. Es sind ungefähr vier, fünf Gemeinden.

Wir müssen auch den Beamten helfen, die das Gesetz zu realisieren haben. Und das können nur die Bürgermeister an Ort und Stelle. Die haben das Gesetz einzuhalten. Die haben für die Mülltrennung zu sorgen. Die haben für die Kompostierung zu sorgen. Die haben zu schauen, daß ihr Dreck gesondert in Form von Papier – Müll ist für mich ein Ausdruck für Dreck – der Abfall, Papier, Glas, Kompost in der Gemeinde behalten wird, und zwar getrennt über die

Gemeindegrenze übergeben wird. Das ist der Verantwortungsbereich des Bürgermeisters, die Gemeindegrenze, und in der Gemeinde hat er nach der gesetzlichen Grundlage zu arbeiten. Und was hinausgeht, hat er so vorzubereiten, daß das in Rohstoffrecycling, in diesen ganzen Prozeß, wo ich der Ansicht bin, daß das ein Privater ohne weiteres hätte übernehmen können, dort nahtlos eingeführt und nicht nur, weiß Gott wie, auf irgendeinem Platz nachsortiert wird. Und das ist ein Verantwortungsbereich, der gesetzlich vorgegeben ist. Da draußen sitzt Hofrat Grancy, der plagt sich. Die Leute fahren nächtelang herum, und die Bürgermeister müssen jetzt auch mitziehen. Das Gesetz ist da, die Verwaltung ist da, wir können nicht, weil die Bürgermeister nicht wollen, jetzt wieder 10 oder 20 neue Beamte dazugeben, weil es auch nichts hilft. Grundsätzlich, wenn Bürgermeister nicht in die Richtung wie Wildon arbeiten, dann gehören ihnen einmal gewisse Förderungen streitig gemacht. Es geht ja alles, ein Bürgermeister, der keine Förderung bekommt, was will der arme Hascher? Er hat dann nichts mehr an öffentlichen Mitteln zu verteilen. Also, man muß sich hier das überlegen. Und wenn einer wirklich absolut nicht will, dann muß man ihn einfach einmal an die Kandare nehmen und sagen, so, da steht es einmal voll für die Conrad-von-Hötzendorf-Straße, weil sie damit Vorschub leisten, daß diese gesetzliche Grundlage nicht funktioniert. Herr Landesrat, in der Steiermark gibt es glaube ich 544 Gemeinden, 350 Gemeinden sind schwarze Gemeinden, die anderen sind rote Gemeinden, wen kann ich da ansprechen, der Franz Trampusch ist jetzt nicht da. Es gibt – glaube ich – nur ein, zwei Gemeinden, eine Listengemeinde, Preding ist auch keine blaue Gemeinde momentan, es liegt in eurer Hand, in der Hand der Regierungspartei, daß dieses Modell Wildon rasch und unverzüglich durchgezogen wird. Und das Jahr des Kompostes, das ausgerufen werden soll, absolut positiv. Im ländlichen Raum hat eigentlich schon jeder einen Kompostbereich in seinem Garten. Und das, was Kollege Vollmann angeschnitten hat, Müll-Klärschlamm-Konzept, ja, das kann funktionieren, das funktioniert auch, wenn der sogenannte Klärschlamm nur häuslicher Klärschlamm ist. Solange der nur häuslicher Klärschlamm ist, daß eben im Kanalsystem eine Trennung stattfindet, daß man Gewerbe und Industrie extra behandelt, auch mit Förderung des Wasserwirtschaftsfonds und auch des Umweltlandesfonds, dann kann das funktionieren. Wir haben Leute auf der Hochschule, Leute auf den Universitäten, die sagen, der sogenannte Klärschlamm vom häuslichen Abwasser ist eigentlich bedenkenlos und bakteriell auch kein Problem, wenn das eine Zeitlang liegt, wird auch das bakteriologische Problem relativ entschärft. In dem Sinne tentiere ich zur Dezentralisierung von Klärsystemen, und es ist überhaupt kein Problem, wenn heute ein Gewerbebetrieb in ein zentrales Kläranlagensystem einspeist oder einleitet, daß man sagt, lieber Freund, so wie dein Freund, der Schmidt, Kollege Harmtodt, jetzt kannst hinschauen, dein Freund Schmidt, unten bei dir zu Hause, unten in Feldbach, ist ja auch in ein Chromrecycling eingestiegen, der gewinnt das heute wieder. Du kannst es ihm bestätigen, heute ist er froh, daß er es gemacht hat. Er hat nicht mehr den Staatsanwalt am Hals. Er hat nicht mehr die Leute am Hals, und das ganze arbeitet sogar produktiv. Stimmt es oder habe ich recht? (Abg. Harm-

totd: „Stimmt!“) Der hat sogar in der wirtschaftlichen Bilanz einen Vorteil. Und genau das Schmidt-Problem, ich denke immer wieder an den Prozeß, wo du käseweiß dort gesessen bist vor dem Staatsanwalt Wladkowsky und nicht gewußt hast, wie der Richter reagieren wird. Wir hätten gerne dem Schmidt wenigstens eine bedingte Strafe gegeben, verstehst so, was wir meinen. Weil der Schmidt ja zweifelsfrei am Samstagabend aufgedreht hat, damit er am Montag in der Früh seine Behälter leer gehabt hat zur Produktivitätssteigerung. Ich habe immer gesagt, da hat der Harmtodt nichts damit zu tun. Du weißt das, das habe ich immer gesagt, und für mich bist du in der Geschichte außer Zweifel. Du hast dich ja auch an die fachliche Meinung deiner Fachberater in der Landesbaudirektion gehalten. Irgendwo bist du für mich vollkommen entlastet. Trotzdem, man sieht, daß heute, wenn es um Umweltschutz geht, um Gewässerschutz, der Staatsanwalt relativ schnell da ist, der Wladkowsky ist heute Untersuchungsrichter. Das ist noch eine gefährlichere Situation, wenn du heute angeklagt wirst wegen Gewässerverschmutzung. Man sieht aber auf Grund dieses Beispiels, daß es geht, wenn man will und wenn der nötige Druck dahinter ist. Und ich glaube, der Druck, wenn du ehrlich genug bist, du wirst in der Geschichte auch gewisse schlaflose Nächte gehabt haben. Stimmts oder habe ich recht? (Abg. Harmtodt: „Ja!“) Ja. In dem Sinne gehört einfach das weiter forciert.

Wir wollen ein Ende des Mülltourismus in der Steiermark. Es ist sagenhaft, daß wir immer wieder von Tirol erfahren, daß jetzt die SDH – oder wie die heißt – Halbenrain mit Minister Streicher wieder Vereinbarungen in Tirol getroffen hat: Jetzt kommt der Reutte-Müll zu uns, dann kommt das zu uns, und wir wollen aber keinen Mülltransittourismus auf der Schiene. (Glockenzeichen des Präsidenten – Präsident Dr. Kalnoky: „Ich würde Sie gerne fragen – wir haben dann eine Unterbrechnung –, wie lange würden Sie noch reden?“) Wenn ich zur Sache rede, können Sie mich gar nichts fragen. Sie haben nicht das Recht, mich hier zu unterbrechen, wenn ich zur Sache spreche:

Und Mülltourismus in der Steiermark, wenn der Tiroler Dreck – (Präsident Dr. Kalnoky: „Herr Abgeordneter, wie lange ungefähr werden Sie noch reden?“) Sie haben mir nichts zu sagen. Also bitte schön, ich bin höflich, fragen Sie mich. (Präsident Dr. Kalnoky: „Ich habe Sie ganz höflich gefragt, ich würde sehr gern wissen, wie lange Sie zirka noch sprechen, weil wir dann eine Pause danach machen.“)

Ich muß jetzt aufholen, was ich heute schon versäumt habe, und ich muß einmal Luft holen. Wie spät haben wir jetzt? Jetzt haben wir halb sieben, ich hoffe, in einer halben Stunde fertig zu sein.

Also, gehen wir weiter, Mülltourismus in der Steiermark: Das, was der Minister Streicher hier machen will, daß er die Tiefladerwaggons von der Transitroute abzieht, damit sie nach Tirol gehen, damit die uns den ganzen Dreck herüber nach Halbenrain bringen, ist einfach umweltpolitisch ein Skandal, und daher bestehe ich darauf, daß diese Mülldeponie Halbenrain unverzüglich überprüft wird, denn es sind bereits um acht Hektar, das sind 80.000 Quadratmeter, mehr gerodet als bewilligt. Wir wollen nicht, daß die Steiermark, der südliche Zipfel, mit dem Argument: „Der

Dreck geht dann eh hinunter nach Jugoslawien“ – so wie die Ostdeutschen nach Westdeutschland im Grundwasser den Dreck fließen haben lassen –, daß diese Grenzlandregion, lieber Dr. Gerhard Hirschmann, von der ihr immer so viel redet und für die ihr immer so viel übrig habt, zum Müllkübel der Nation über den Bahntransit auserkoren wird. Das wollen wir nicht! Daher ist die Regionalisierung durchzuziehen, und daher ist endlich einmal diesen Leuten, wie Minister Streicher und Schöffel und wie sie heißen, der dann den ATSE sponsert, und da steht dann oben „Kommunalservice“ wie seinerzeit „Brot und Spiele“, das Handwerk zu legen.

Die Deponie Halbenrain ist bereits widerrechtlich überzogen, wurde widerrechtlich gerodet, und das, was dort passiert, ist eine Erpressung des Müllverbandes. Ich ersuche von hier aus, daß dieser Müllverband nicht in die Knie geht und sich – aber nicht einmal mit dem Schwarzen, was ich unter meinem Fingernagel habe – nicht mit der SDH arrangiert. Diese SDH hat genug Unsinn und genug Blödsinn in der Steiermark zusammengebracht, und wir müssen zur Abfallregionalisierung kommen und weg vom zentralen Mülltourismus. Da möchte ich auch sagen, daß hier der Minister Streicher und wie sie alle heißen ein absolut negatives Beispiel setzen.

Und weil wir gerade beim „Mistkübel Steiermark“ sind: Ja, bitte, warum suchen sich denn die Seibersdorfer gerade in der Steiermark drei Platzerl aus? Eines da oben am Bosruck, eines auf der Gleinalm und eines in der Stainzer Gegend, wo der Schilcher wächst. Ja, warum denn? Weil die Steiermark anscheinend politisch zu schwach ist, um gegen die Streiche des Streichers einmal zu parieren. Und da erwarte ich mir, lieber Kollege Dr. Maitz, daß die „steirische Breite“ auch mit dir – also nicht nur Krainer-Volkspartei, sondern auch die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs, Verband Steiermark, als Regierungspartei, so wie ihr das in eure Regierungssitzungen hineinschreibt – endlich einmal dem Streicher und seinen Streichern da unten das Handwerk legt, ihnen einmal so richtig das Gas abdreht – auch dieses Müllgas, das die ganze Gegend belastet. Und redet einmal dort, wo die Schule ist: Die Kinder haben Luftwegeerkrankungen, die Kinder sind luftgeschädigt, weil dieses Deponiegas natürlich nicht nur Methangas ist und nicht nur H_2S , also Schwefelwasserstoff, weil sonst würde man es ja nicht riechen, sondern da kommen ja noch ganz andere Gase heraus. Alles, was da hineinkommt, vergast mit der Zeit, und dann sollen die Leute dort vergast werden.

Ich bin auch sehr froh, wenn der Herr Umweltlandesrat immer wieder sagt: Ende der Volldeponie in der Steiermark. Daher muß man einmal dieser Deponie den Garaus machen, das Gas abdrehen, das als Biogas verkauft wird. Das ist alles ein Blödsinn, das ist ein hochbrisantes Deponiegas, wo alle Arten von Giften drin sind. (Präsident Dr. Kalnoky: „Bitte, sprechen Sie zum Mikrophon. Die armen Sekretärinnen haben keine Pause, die müssen wenigstens hören können.“) Ich rede jetzt mit dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, bitte, unterbrechen Sie mich nicht. Wie mache ich das jetzt? Da ist das Mikrophon, und jetzt soll ich zum Herrn Landesrat reden.

Wichtig ist, daß wir einmal – was ja unser aller Intention ist – diese ganze Bundesgeschichte aus der Steiermark hinausbringen. Tirol soll seinen Dreck und seinen Abfall selber trennen und entsorgen. Wir wollen, daß unten der Müllwirtschaftsverband dann nur mehr für diese Region, ohne mit irgendwelchen Zwischenverträgen mit der SDH, im Sinne des Abfallwirtschaftsgesetzes in der Steiermark arbeitet. Das wollen wir durchsetzen, und in diesem Sinne, Herr Landesrat, fahren Sie hinunter – nicht morgen, aber vielleicht am Montag –: Es ist mit Flugbildaufnahmen nachgewiesen, daß diese Deponie bereits um acht Hektar mehr gerodet wurde. Ist Ihnen das bekannt? (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Nicht mehr gerodet, aber daß sie schütten, wo noch nicht alle Genehmigungen vorhanden sind.“) Der Herr Landesrat bestätigt mir das, was unten die Menschen sozusagen auch durch Luftbildaufnahmen wissen, weil die Gemeinde Halbenrain das einmal überfliegen lassen hat. Der Herr Primar Feischl ist ein absolut ernstzunehmender Mensch, der keiner Partei zugehört und einfach ein Umweltkämpfer ist ohne parteipolitisches Fahnenl. Auf solche Leute muß man stolz sein, und die haben das nachgewiesen. Es wird dort auf Flächen geschüttet, wo es keine Bewilligung gibt.

Herr Landesrat, im Rahmen meiner halben Stunde, die ich so vorveranschlagt habe, weil wir heute gerade beim Voranschlag des Landes Steiermark sind, machen Sie bitte morgen die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Graz, und hoffen wir, daß der Untersuchungsrichter Wladkowsky diesen Fall in die Hand bekommt, und versuchen wir endlich einmal, hier entsprechend der gesetzlichen Grundlage vorzugehen. Denn das ist überhaupt eine Negierung der gesetzlichen Grundlage und so, wie das weitergeht da unten, eine fahrlässige Gefährdung für das ganze Grundwasser.

Und eines muß man auch noch dazusagen, was ich immer wieder sage: Diese Volledeponie ist gegen das Grundwasser überhaupt nicht abgesichert. Dieser lächerliche Lehm, der in kurzer Zeit durch ist, weil die Deponiesickerwässer die ganzen Innenkräfte und wie man das nennt – also, der Lehm hat gewisse naturchemische, -physikalische Grundlagen. Ist er trocken, dann geht er auseinander, macht Risse. Ist er feucht, quillt er, dann wird er dichter. Lehm unterliegt – da gibt es Unterlagen in Deutschland, Nachweise; dort hat man Lehmdichtungen von sechs Meter gehabt, 15-Meter-Lehmstöcke, die in 15 Jahren durch waren – dem Chemismus des Sickerwassers. Da sind alle Gifte drinnen, die es gibt – von den chlorierten Kohlenwasserstoffen angefangen bis zu Schwermetallen, alles mögliche –, und die verändern den Lehm in seiner physikalischen, chemischen Zusammensetzung, in seiner Bindigkeit. Dieser Lehm ist meiner Meinung nach – das sage ich hier noch einmal – längst durch, und dieses ganze Gebiet gehört mit einer klaren Sondiermessung untersucht. Diese lächerlichen Folien sind in ein paar Jahren durch diese aggressiven Deponiesickerwässer ebenfalls durch.

Für uns gibt es sowieso nur eines: Das sogenannte Restedeponieproblem ist nur technisch zu lösen, und zwar mit Bauwerken dreifacher Sicherheit. Das kostet Geld, und daher ist es wichtig, daß das Müllaufkommen reduziert wird. Wir haben in jedem Haus, das

gebaut wird, eine dreifache Sicherheit gegen weiß Gott was – bis hin zu Erdbeben –, und bei diesen Deponien haben wir eigentlich gar keine Sicherheit. Wir haben nur die eine Sicherheit, daß wir die in 15 bis 20 Jahren alle ausräumen müssen, weil das Grundwasser vergiftet und verseucht wird.

Aber es ist die einzige Sicherheit der Volledeponie. Was im Budget die Dotierung betrifft, wie gesagt, nach dieser Budgetpost wäre das eine 50prozentige Reduzierung des Erfolges 1988 in der Betreuung von Schutzgebieten und alle Belange, die die Rechtsabteilung 6 betrifft. Und wenn diese Zusage, daß hier doch 20 Millionen dazukommen, dann wären wir gerade dort, 25 bis 30 Millionen, was wir glauben, wo es in der Steiermark, unserer grünen Mark, zeitgerechten Umweltschutz und Naturschutz notwendig ist. Ich möchte auch hinweisen, daß immer wieder versprochen wurde, daß die ÖDK-Aktien in den Umweltlandesfonds einlaufen. Das ist teilweise geschehen. Es ist aber teilweise auch der Österreicherling damit gesponsert worden, und es hat auch die STEWEAG, die eher Reingewinne hat und das Geld noch nach Zwentendorf zahlt, zu diesem Atomsarg seit elf Jahren, auch 34 Millionen bekommen. Diese Zusagen sind alle wieder ein bißchen durchlöchert, verwässert, und der Österreicherling ist sozusagen von der Förderungsfinanzierung sowieso ein Dorn im Auge. Ich glaube, daß hier die steirische Politik auf die falschen Pferde gesetzt hat. Wir wissen, daß wir auf dem Gebiet des Nationalparks Niedere Tauern nur weiterkommen werden, wenn die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Bisher wurde man praktisch jahrelang von einem Grundbesitzer gefoppt. Der Herr Resch, oder wie er heißt, hat eigentlich als Grundbesitzer die Behörden seit Jahren an der Nase herumgeführt. Daher braucht man für den Nationalpark mindestens 10 Millionen, um hier in den Verhandlungen weiterzukommen. Ich möchte bedenken, daß etwa 0,5 Prozent der steirischen Flächen heute noch natürlich sind. Alle anderen Flächen sind der Landwirtschaft, dem Forst und Monokulturen zugänglich gemacht worden. Ich möchte hier aber vor allem in diesem Budget auch darauf hinweisen, wenn es hier um die Reinhaltung der Luft geht, daß unserer Meinung nach hier noch ein großes Manko besteht. Wir haben in der Steiermark Betriebe, ich verweise hier mit vollem Stolz, daß wir bereits im Jahre 1988 gemeinsam mit Linzer Umweltinitiativen bei der Staatsanwaltschaft Leoben eine Anzeige gemacht haben und damals schon dieses KVA-Verfahren wegen nachweislichen Dioxinaustritt der Staatsanwaltschaft weitergegeben haben. Wir sind froh, daß dieses KVA-Verfahren trotz Bogadi und dieser hohen Herren, die man aus Deutschland holt, weil man unsere steirische Wirtschaft damit beleben wollte, daß man hier das abgedreht hat, denn das Ultragift Dioxin in der Nahrungskette führt so weit, daß man – wie in Tirol –, wie man sieht, nicht einmal die Milch trinken kann. Und wenn man weiß, daß ein Kind nicht einmal mehr Muttermilch trinken kann, weil Dioxin drinnen ist, dann geht das eigentlich in Richtung DDD, und das ist einfach eine absolut falsche Richtung. Daher ist überall, wo das Dioxin eben vorkommt, Argwohn zu hegen, und vor allem ist es zu messen. Wir haben hier – das möchte ich klar voranstellen – im letzten Umweltschutzbericht eine Aussage gehabt, daß wir in Gratkorn bei der Leykam Gratkorn eine Klärschlammver-

brennung haben und daß sozusagen das ohne Kritik hingenommen wird, wenn man weiß, daß die Gratkörner in der Produktion Chlor verwenden, wenn man weiß, daß dieses Chlor natürlich selbstverständlich im Klärschlamm drinnen ist, wo soll es sonst großteils sein, ein Großteil geht sicher durch die Anlagen durch. Ich möchte auch dann dem Kollegen Vollmann zu seinem Mürzverband, zu seinem Jubellied und seiner Belangsendung zum Mürzverband kurz etwas sagen, daß diese Chlorbestandteile beim Verbrennen oder, wie es oben in Pöls geschieht, beim sogenannten Rindenvergasen in die Atmosphäre kommen, ist doch selbstverständlich. Und wenn man dann weiß, daß wir in der Steiermark trotz Umweltlandesfonds und allem möglichen das Dioxin nicht einmal messen können, dann bleibt einem eigentlich die Luft weg. Vor allem denen, die in diesen Regionen leben müssen und die Atembeschwerden haben, alle Arten von Krankheiten. Ich möchte auch im Landtag sagen, daß im Bereich Pöls einem Betroffenen in einer Nacht alle Haare ausgegangen sind. Wenn das noch mit rechten Dingen zugeht, dann würde ich ganz gerne sagen, daß die Verantwortlichen einmal dort ihren Wohnort beziehen und mit ihren Familien und Kindern dort hingehen. Diesen Menschen ist zu helfen. Helfen kann man nur, wenn man das nachweisen kann. Wir leben in einem Staat, wo man auch dem Verursacher das nachweisen muß. Das ist nicht so wie in Japan, wo der Betroffene nachweisen muß, daß er umweltfreundlich arbeitet, sondern bei uns ist leider nach dem Strafgesetz und leider auch nach der Verwaltung das Umkehrprinzip, das ist das Dilemma der Verwaltung, das ist das Dilemma, daß manche Beamte sagen, ich komme mit der Geschichte nicht mehr weiter. Messung habe ich keine, auf der anderen Seite soll ich dann als Arzt eine Gesundheitsgefährdung ausschließen. Ich kann nicht mehr, ich tu da nicht mehr mit. Das ist ein Dilemma, und daher ist für Dioxin von mir aus im Zusammenhang mit der Hochschule oder mit einem Chemieprofessor, daß man das einmal einrichtet, man muß das kurzzeitig messen können, und man muß es vor allem länger messen können. Es hat ja keinen Sinn, wenn die Leute oben wissen, jetzt wird Dioxin gemessen, heute von bis, ja, dann werden sie keinen Schlamm mitverbrennen oder keinen Klärschlamm mitverbrennen. Das ist doch klar, bitte! Die Geschichte kennen wir ja auch vom Mohik-Werk, da ist ja auch so, wenn gemessen wird, dann kommen diese ganzen PCP-Stoffe nicht zur Verbrennung. Und wenn die weg sind, dann hast unten Pflanzen. Bitte setzen Sie sich in Verbindung mit der Frau Fruhmann in Scherbing oder wie das heißt, da oben, und der Mohik, und schauen Sie sich das Album an, was die in den letzten Jahren für genetische Veränderungen an Pflanzen hat. Da wächst aus einer Blume wieder eine zweite Blume heraus. Ich habe das angesehen und gesagt, das darf doch nicht wahr sein. Und das geht auf Penspyrane zurück und auf diese ganzen Dioxine, die sind genetisch verändert. Wir wissen das. Aber wichtig ist, daß wir es einmal messen können, damit die zuständigen Behörden ihrem Auftrag nachkommen können und nicht ständig in den Bereich kommen, fahrlässig und mit vorauseilendem Gehorsam irgend eine Verhandlung einmal über die Bühne bringen zu müssen. Das gleiche Dilemma haben wir draußen in Andritz mit diesem Großasphaltwerk. Herr Landesrat, ich gratuliere Ihnen, ich danke Ihnen,

daß Sie damals gesagt haben, für mich gehört das Werk dort überhaupt weg. Wir haben jetzt die Möglichkeit, weil die ohne Bewilligung das vierfach vergrößert haben. Aber wenn ich dann wieder irgend ein Schreiberl lies, es gibt bis heute keine Messungen über Penzoapyran, über Aldehyde, über Dioxin, weil das sozusagen so teuer ist, dann fange ich wieder mit den Ohren zu Schnackeln an, und daher sage ich es Ihnen. Ich sage Ihnen, daß es dort noch keine Messungen gibt und daß die Leute dort krank sind und daß eine Mutter ständig in Hörgas ist, in Enzenbach, in der Lungenheilstation. Und wenn sie wieder oben ist, erholt sie sich relativ schnell, wenn sie wieder zu Hause ist, die Atemwege sind derart sensibilisiert durch diese Gifte, das ist schon eine allergische Reaktion der Atemwege, der Haut. Helfen Sie den Menschen draußen. Ich weiß, daß Sie guten Willens sind. Nur, was wollen Sie als Umweltlandesrat, was will ich als Abgeordneter, wenn ich dann lesen muß, bis heute liegen keine Messungen vor. Da bin ich eben froh, daß es Amtsärzte gibt, die sagen, im Zweifel, wenn das nicht vorliegt, kann ich die Gesundheitsgefährdung nicht ausschließen. Daß die Leute dann vor dem Strafrichter, vor dem Bezirksgericht, bisher unbescholtene Menschen, Beamte, dann beim Bezirksgericht aufmarschieren müssen, einmal, zweimal, dreimal, viermal, und zittern müssen, daß sie freigesprochen werden, das ist ein Wahnsinn! Und daher ist es ganz wichtig, daß man auch die Sünder überführen kann. Nur, da gehört meiner Meinung viel mehr in das Budget „Reinhaltung der Luft“ als jetzt drinnen ist. Mit fünf Millionen werden Sie eine Dioxinmeßanlage nicht installieren können, wo schon allein eine Messung in Deutschland eine Million Schilling kostet. Und wollen Sie mit sechs Messungen in der Steiermark das Auslangen finden, wo auch auf uns bei der ÖDK die Klärschlammverbrennung zukommt und die ÖDK sich als Sonderabfallverbrenner in Szene setzen will? Ich glaube, ich habe das jetzt in aller Deutlichkeit gesagt. Hier gehört sehr, sehr viel nachgeholt. Und wenn es schon nicht in dem Budget ist, dann versuchen wir das wenigstens aus dieser Umweltabgabe noch hineinzubringen, und vielleicht ziehen Sie uns auch einmal zu einem Regierungsgespräch dazu. Seit drei Jahren gibt es Regierungsgespräche. Ich bin noch kein einziges Mal, nicht einmal zu einem Umweltthema, eingeladen worden. Ich weiß, daß das sozusagen wirklich hinter verschlossenen Türen ist. Da mußt du Mitglied einer Historikerkommission sein, in 40 Jahren bekommst du das dann, was in den Regierungsbeschlüssen drinnen steht, darfst du Einsicht nehmen.

So soll es nicht weitergehen. Ich mische mich bei euren Regierungsbeschlüssen nicht drein, wo ihr parteipolitisch arbeitet, aber wenigstens bei Umweltbelangen wäre es ohne weiters einmal eine Sache des Anstandes, wenn ihr uns zuhören läßt, wie es bei solchen Sitzungen überhaupt zugeht. Jetzt bin ich drei Jahre Abgeordneter und weiß nicht einmal, wie die Regierung im Lande Steiermark arbeitet.

Grundsätzlich haben für uns in der Umweltpolitik natürlich Luft, Wasser, Boden Vorrang. Ich weise darauf hin, daß für uns alle diese Klärschlammverbrennung bei der ÖDK, wo jeder weiß, daß im Waschmittel Hyperchlorid drin ist, Chlordinge, die man auch nicht von heute auf morgen wegbringen wird und die natür-

lich auch im Klärschlamm sind, eine Umweltbelastung ist, wenn man das dann mit 2 bis 4 Prozent bei der kalorischen Energieerzeugung mitverbrennt, und für die Energiewirtschaft auch nicht positiv. Immer wird gesagt: „Schuster, bleib bei deinem Leisten“; schaut lieber, daß bei eurer Energieerzeugung einmal eine Entstickung kommt und daß der Zeltweger Kübel nicht in Betrieb geht. Aber sich hier als Energieerzeuger auf eine Sonderabfallverbrennung zu wagen, was nicht einmal Spezialisten in der BRD und so weiter nach unserer Meinung richtig schaffen, das ist halt die Umweltpolitik der hohen Schornsteine, das ist die Verteilungspolitik. Da verteilt man den Dreck in die ganze Region und wundert sich dann, wenn die Frau Kammlander schreit: „Dioxin in der Milch durch die Verpackung!“ So ein Blödsinn! Das Dioxin kommt bereits durch die Nahrungskette hinein – ich sage das hier noch einmal. Ich habe mit Leuten gesprochen; das mit dem PVC war einmal bedenklich, aber jetzt ist es wirklich nicht notwendig, damit Panik zu machen. Man muß eher sagen, woher das Dioxin kommt. Es kommt über die ganze Verbrennungstechnologie, und diese Verbrennungstechnologie ist leider eine Technologie des 20. Jahrhunderts und bewirkt den Treibhauseffekt, den CO₂-Effekt, bewirkt, daß Schwermetalle hinausgestoßen werden, bewirkt die Ultragifte Dioxin, bewirkt Benzpyrene und so weiter. Ich bin froh, wenn wir von der Verbrennungstechnologie endlich einmal zu einer Wasserstofftechnologie kommen. (Präsident Dr. Kalnoky: „Herr Kollege, Sie sind erst um 11 Uhr gekommen. Die Sekretärinnen sind aber seit 9 Uhr da, und ich bitte Sie, auch gewisse Rücksicht zu nehmen!“) Nein, ich bin nicht um 11 Uhr gekommen, sondern ich bin um 11 Uhr zu einer Besprechung in die Landesbaudirektion gegangen, weil Leute kein Wasser haben. Und seien Sie mir nicht böse, wenn ich auch einmal weggehe, lasse ich mich von Ihnen nicht maßregeln, und ich lasse mich überhaupt nicht einschränken, was ich mit meiner Zeit als freier Abgeordneter im Lande Steiermark mache. Ich war bei einer Besprechung in der Landesbaudirektion, weil Leuten das Wasser fehlt. Es gibt wirklich Beamte, die aktiv sind, die rasch reagieren, und die werden halt ihr Wasser wieder kriegen. Ich lasse mich da von Ihnen nicht maßregeln! Hören Sie auf damit!

Was mir in diesem ganzen Budget nicht paßt, das sind die Kosten für die Projektierung und Planung von Abfallbeseitigungsanlagen von 180.000 Schilling. Bitte, 180.000 Schilling! Wenn man das vergleicht, daß ein Bepflanzungsplan für das Ennstal eine Million Schilling kostet, dann ist das nicht einmal ein Butterbrot. Wie soll eine Fachabteilung mit diesem Betrag auskommen? Das ist unmöglich! 180.000 Schilling kostet ja schon die Regulierung des Annagrabens und das Verlegen mit Steinen, was vor kurzem geschehen ist. Das ist für mich ein Betrag, der uninteressant ist. Damit kann man nicht Abfallbeseitigungsanlagen in der Steiermark planen – das ist lächerlich, überheblich und präpotent der ganzen Problematik gegenüber.

Ich bin froh, daß die ARGE Müllvermeidung hier mit 1,3 Millionen Schilling veranschlagt ist, denn diese Leute haben sich seit Jahren mit einem Butterbrot idealistisch um diese Mülltrennung, sprich Müllvermeidung, bemüht. Ich möchte es hier im Landtag nicht verabsäumen, einer Dagmar Krake, einer Frau Schöller

und anderen, die hier mitarbeiten, zu gratulieren, und ich bin froh, daß sie mit dem Herrn Schöller sozusagen doch mit der ÖVP Kontakt haben, und das auch wahrscheinlich in der Art Gott sei Dank einmal endlich richtig gewürdigt und honoriert wurde.

Ich möchte meine Zusagen auch in etwa einhalten. Ich habe gesagt, ich werde versuchen, in einer halben Stunde fertig zu werden. Ich möchte das Thema abgrenzen, und zwar mit der Smogsituation in Graz. Ich gestehe allen zu, daß sie sich redlich bemühen, das Versäumte der letzten Jahre aufzuholen, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu forcieren, daß das auch wesentlich attraktiver wird. Es ist ja ein Wahnsinn, wenn man von Mariatrost bis zum Jakominiplatz fast gleich lang braucht wie vor Jahren die Pferdestraßenbahn. Hier wird also das Bemühen voll akzeptiert.

Nur eines: Wir haben immer wieder versucht, das Transitproblem – großteils für Graz – mit dem Plabutschunnel zu lösen. Der Plabutschunnel ist eine teilweise Entlastung, weil der Transitverkehr natürlich jetzt großteils durchgeht. Dadurch hat man praktisch einen Flüstertunnel, aber man hat die Abgasschächte oben. Das Teuflische für Graz ist ja gerade, daß diese Inversionslage dann gerade auftritt, wenn Smogsituation herrscht, oder umgekehrt, wir haben Smogsituation, wenn die Inversionswetterlage auftritt, und daß hier diese Tunnelgase – im Tunnel ist ja die Bergwärme, die Abgaswärme – wieder in dieses Becken Graz-West einströmen, zurückströmen. Sie können nicht hinaus, weil dieser Inversionsdeckel drüber ist. Es ist damals bei den Bürgerbesprechungen ein Tunnelkat versprochen worden. Der Kollege Pischinger von der Hochschule sagt: „Ja, was das kostet, um Gottes willen!“ und „Die Japaner haben schon eine Entstaubung zusammengebracht, und eine Entstickung kostet sehr viel, und man muß noch wissenschaftlich forschen.“ Ja bitte, dann muß man das halt, dann gehört das Geld dafür her! Was man den Leuten versprochen hat, soll man einhalten. Und solange dieser Tunnelkat nicht ist, wird halt in dieser Smogsituation auch der Tunnel für den Transitverkehr gesperrt, und man wird halt sagen, auch am Tag hat hier die Schiene verwendet zu werden. Das ist eine ganz klare Geschichte. Sie können jetzt nicht mit einer Politik der Meßstellen, wo man sagt, daß jetzt zwei Meßstellen maßgebend sind, bis der Smogalarm ausgelöst wird, operieren. Dieses ganze Gebiet Graz-West, diese Bucht, wo sich der Dreck fängt, wo er nach der Strömungstechnik zum Routieren anfängt, wo er nicht mehr hinausgeht, kann man nicht ausliefern.

Ich würde auch sagen, daß für Graz diese mobile Meßstelle – und ich habe es als Einleitung schon einmal gesagt – auch bei der Gablenz-Kaserne – die heißt Wetzelsdorf – stationär gemacht wird und selbstverständlich maßgebend ist, wenn zwei Meßstellen überschritten werden. Ich kann Ihnen heute schon sagen, daß die Meßstellen Eggenberg und Gablenz eine verblüffende Ähnlichkeit haben, weil sie in der gleichen Smogbucht liegen und in der gleichen Abluftbucht. In diesem Sinne müßte man nicht nur Nachtfahrverbot machen, sondern auch Transit-Lkw-Verkehrsverbot für Graz zur Zeit der Smoggefahr, und die Schiene – das haben wir gestern genug diskutiert. Dem Streicher muß man einerseits mit Streicheleinheiten und andererseits mit anderen Einheiten, mit steiri-

schen Einheiten, begegnen, um diesen Ostbahnhof – es ist ein Wahnsinn, daß diese Schwerst-Lkws mitten in der Stadt von der Schiene müssen –, dieses Nadelöhr, schleunigst auszubauen. Da braucht man nicht einmal Bewilligungen, weil man die schon gehabt hat. Man hat vor nicht allzu langer Zeit das zweite Gleis, weil man geglaubt hat, wir leben wirklich am Ende Europas und am Ende der Welt, und nie geglaubt hat, daß der Osten sich aufmacht – nicht einmal den Jugoslawen hat man es zugetraut –, weggerissen. Die ÖBB hat es gewagt, eine Schiene dort wegzureißen. Das heißt, man kann morgen beginnen, die Schiene zu bauen, alle Bewilligungen sind da. Und wenn man morgen zu bauen beginnt, dann brauchen wir keine Bürgerinitiative „Ostbahnhof“, wo die Leute nicht einmal mehr schlafen können, weil die Brummer natürlich auch in der Nacht von der Schiene herunter wollen. Die Züge wollen ja entladen werden, die wollen ja wieder nach Regensburg fahren, um andere zu holen. Das ist wirklich meiner Meinung nach eine „schleißige“ Politik, wenn ich auf der einen Seite sage „Nachtfahrverbot“, aber auf der anderen Seite nicht gleichzeitig sage: „Morgen fangen wir mit dem Ausbau dieser Transitschiene an“, denn der Schoberpaß und das da hinunter nach Spielfeld ist eigentlich von der ÖBB ein jahrelang versäumter Skandal, den jeder kennt, der sich mit dieser Situation beschäftigt hat.

Grundsätzlich zum Umweltschutz, weil ich hier für den Umweltschutz eine nicht unerhebliche Budgetierung sehe für Honorare und Entgelte für Leistungen von Einzelpersonen, für Gutachten in summa summarum immerhin 2 Millionen Schilling. Ich wünsche dem Herrn Dr. Oswald, daß er das Geld verwendet, daß das Geld unter die Leute kommt, unter die Bürgerinitiativen, und nicht, daß es heißt, ich habe das Geld nicht verwenden können, weil es nicht gegangen ist, und dann nächstes Jahr wieder dieses Budget eingegrenzt wird. Ich finde und habe Kontakt mit dem Umweltschutz, das, was er bisher gemacht hat, wo ich davon weiß, in Andritz, und was er jetzt noch woanders machen wird, ist in Ordnung. Ich gestehe ihm absolute Objektivität zu als Beamten. Ich bin froh, daß er weisungsungebunden ist und über diese Weisungsungebundenheit auch froh ist und sich auch nicht beeinflussen lassen wird, und daher kann man ihm nur alles Gute wünschen für die Steiermark. Wir brauchen einen Umweltschutz stärker denn je. Wir wissen, daß auch die Staatsanwaltschaft seit 1. Dezember einen Umweltschutzanwalt hat. Wir möchten auch der Staatsanwaltschaft auf diesem Wege gratulieren, daß sie doch über Versprechungen von März bis jetzt es geschafft hat, einen Umweltschutz, einen jungen, noch unverbrauchten Anwalt als Staatsanwalt mit diesen speziellen Sachen zu befassen. Wir wissen, daß es gute Untersuchungsrichter gibt. Wir bemängeln natürlich das, was Foregger gemacht hat, Gefährdung für die Allgemeinheit, es müssen 30 Personen sein. Bitte, das ist keine Einstellung zum Schutze und zur Sicherheit der Einzelperson in Österreich. Jeder einzelne, jedes Kind, jede Familie ist zu schützen auch durch den Staatsanwalt, und es ist nicht zu fragen, sind da mehr als 30 Personen gefährdet, weil das die Allgemeinheit ist. Das muß der Herr Foregger zurücknehmen, weil dies ist für uns kein zeitgerechter Menschenschutz. Da brauchen wir gar nicht mehr vom Umweltschutz und Naturschutz reden, es ist kein zeitgerechter Menschen-

schutz. In diesem Sinne hoffe ich, daß die Zusagen, die vom Kollegen Kröll gemacht wurden, vielleicht voreilig, heute von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller bestätigt werden, daß die Umweltabgabe – erwartet werden 100 Millionen – zu 80 Prozent in den Umweltschutzfonds gehen und zu 20 Prozent in den Landschaftspflegefonds. Ich habe somit meine halbe Stunde eingehalten, Frau Präsident. Sind Sie zufrieden, ja? Sagen Sie ja. (19.00 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich bin froh, daß Sie zumindest jetzt ziemlich Wort – nicht ganz, aber fast – gehalten haben. Sie haben 70 Minuten gesprochen. Hiermit ist die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen. Die Sitzung beginnt wieder um 19.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung von 19.00 bis 19.30 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Wir setzen die Debatte fort zur Gruppe 5 „Umweltschutz“. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ofner Günther. Ich erteile es ihm.

Abg. Günther Ofner (19.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Nach der elendslangen Rede von Dr. Korber werde ich mich etwas kürzer fassen, damit wir ein bißchen Zeit einholen können. Ich würde aber trotzdem vorschlagen, daß sich die Klubs wirklich überlegen und sich getrauen, eine Redezeitbeschränkung zu machen, weil ich glaube, es ist eine Zumutung, was hier gemacht wird. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein sauberes Trinkwasser ist wohl das höchste Gut, das wir besitzen. Leider sind wir nicht immer so sorgsam damit umgegangen, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre. Als warnendes Beispiel kann die Situation im Grazer und Leibnitzer Feld angesehen werden, wo es soweit gekommen ist, daß das Trinkwasser für den menschlichen Genuß nicht mehr einwandfrei brauchbar ist und vor allem für Kleinkinder auf Grund der hohen Nitratwerte, Pestizide und anderer Stoffe sogar lebensgefährlich sein kann. Aufgeschreckt durch diese Meßergebnisse wurden sehr rasch einige Maßnahmen gesetzt, die eine Verbesserung der Situation bringen sollten, wie beispielsweise das Bodenschutzgesetz, wo das Aufbringen von Gülle in den Wintermonaten verboten wurde, zweitens die verschärfte Handhabung des Raumordnungsgesetzes, wo Bauvorhaben nur mehr durchgeführt werden können, wenn eine ordnungsgemäße Abwasserreinigungsanlage errichtet wird oder vorhanden ist, die eben dem Stand der Technik entspricht, und drittens eine erhöhte Förderung beziehungsweise ein erhöhter Landesbeitrag für die betroffenen Gebiete von 10 auf 15 Prozent. Gerade die Erhöhung des Landesbeitrages, meine Damen und Herren, von 10 auf 15 Prozent ist für die Gemeinden, die eine neue Abwasserreinigungsanlage errichten wollen, glaube ich, ganz besonders sinn- und wirkungsvoll. Aber nicht nur jene Gemeinden im Bereich des Leinitzer Feldes sollten verstärkt die Errichtung von Abwasserreinigungsanlagen betreiben und eine erhöhte Förderung bekommen, sondern diese Maßnahme wäre – glaube ich – wohl für die gesamte Steiermark von größter Notwendigkeit. Ich glaube, es müßte eben vorher solch eine Erhöhung kommen,

bevor es zu spät ist, das heißt, bevor das Wasser ungenießbar ist. Ich habe daher mit meinen Kollegen den Antrag auf Erhöhung von 10 auf 15 Prozent beantragt und hoffe, daß er von Ihnen, sehr geehrter Herr Landesrat, auch dementsprechend unterstützt wird. Die Forderung auf Erhöhung ist insofern berechtigt, da bis 1982 es einen 30prozentigen Landesbeitrag gegeben hat und eben mit Beschluß vom 22. November 1982 diese Summe auf 10 Prozent gekürzt worden ist. Es wurde uns auf Grund mehrerer eingebrachten Anträge immer wieder von Herrn Landeshauptmann wiederholt erklärt, daß eine Erhöhung des Landesbeitrages wieder möglich ist, wenn eben der vorhandene Schuldenberg, der sicherlich in einer dementsprechenden Größe vorhanden war, abgebaut ist. Nun, sehr geehrter Herr Landesrat, der Fall ist eingetreten, der Schuldenberg ist abgebaut. Die Darlehen sind zurückgezahlt, und ich glaube, es wäre jetzt wirklich an der Zeit und gerechtfertigt, wenn eine Erhöhung stattfinden würde. Gerade die ländlichen Gemeinden müssen nun verstärkt darangehen, die Kanal- und Abwasserreinigungsanlagen zu errichten. Und gerade die ländlichen Gemeinden haben es auf Grund ihrer Struktur besonders schwer, diese Vorhaben zu finanzieren. Eine dünne Besiedelung und große Kanallängen verteuern die Kosten der Abwasserversorgung und -entsorgung im ländlichen Raum um ein Vielfaches. Aber nicht nur das Land sollte auf Grund der Gegebenheiten eine Erhöhung durchführen, sondern ich glaube, es wäre auch gerechtfertigt, daß der Bund, das heißt der Wasserwirtschaftsfonds, eine Erhöhung durchführen werde. Ich finde es nicht gerechtfertigt, daß das Land Steiermark jährlich etwa an die 100 Millionen Schilling an den Wasserwirtschaftsfonds einzahlt und die Gemeinden dafür nur ein zinsbegünstigtes Darlehen für die Errichtung von Anlagen bekommen. Aus diesem Grunde, glaube ich, haben wir auch einen Grund auf Erhöhung der Mittel gestellt, und zwar an den Wasserwirtschaftsfonds, und erhoffen, daß auch über diesen Wasserwirtschaftsfonds ein nicht rückzahlbarer Zuschuß – vielleicht auch in der Höhe von 15 Prozent – gewährt wird. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das habe ich seinerzeit schon oft gefordert, aber leider ohne deine Unterstützung!“) Nein, das würde ich nicht so sagen, lieber Kollege! Ich glaube, es war aber damals – das muß man auch sagen – der Bau und die Errichtung dieser Kanalanlagen noch nicht so brisant, wie es wirklich zur Zeit der Fall ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend kann man feststellen, daß im Jahre 1988 sicherlich wieder gewaltige Summen für die Abwasserreinigungsanlagen aufgewendet und verbaut wurden. Im Jahre 1988 wurden 123 Förderungsanträge für neue Bauvorhaben mit einem Bauvolumen von 1.898,1 Millionen Schilling vorgelegt, die eben 20 Wasserversorgungsanlagen, 22 Einzelwasserversorgungsanlagen, 75 Abwasserreinigungsanlagen und sechs betriebliche Abwasserreinigungsanlagen beinhalten. Man kann daraus ersehen, daß sich die Gemeinden und vor allem auch die Wasserverbände wirklich bemühen und bemüht haben, für den Umweltschutz, im besonderen aber für ein sauberes Trinkwasser einzutreten. Aus diesem Grund hoffe ich – und ich erwarte es auch, sehr geehrter Herr Landesrat –, daß unsere berechtigten Anträge nicht eben auf taube Ohren stoßen und daß sie

positiv behandelt werden. Ich glaube, das wäre der Umwelt und vor allem auch den Gemeinden sehr dienlich. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.43 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Fuchs (19.43 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich werde meine Rede kürzen. Es paßt vielleicht gerade dazu, weil wir auch dieselben Sorgen haben, die der Herr Kollege Ofner hier in seinem Referat kundgetan hat. Ich möchte meine Wortmeldung zur Gruppe 5, Umwelt, aus der Sicht der Landwirtschaft bringen. Umwelt geht alle an; nicht allein die Landwirte sind die Verursacher für hohen Nitratgehalt im Grundwasser. So kann dazu vieles beitragen, daß Grundwasser verunreinigt wird: die Siedlungsdichte, Abwasseranfall, fehlende Kläranlagen, Deponie, Flüsse, Gewerbe und Industrie, sensibler Bodenbereich, Auböden und Schotterterrassen. Und gerade bei Schotterterrassen möchte ich aus unserem Bezirk Radkersburg, wo bei der Bezirkshauptmannschaft um 134 Hektar Schotterabnahme angesucht wurde, diese Probleme aufzeigen: fehlende Kläranlagen, Düngung – Mineraldünger, Wirtschaftsdünger –, einseitige Bodennutzung – vor allem bei uns im Maisbau –, fehlende Fruchtfolgen, landwirtschaftliche Nutzung von rekultivierten Schotterböden, wo Schotter entnommen wurde. Wenn hier das dann wieder fruchtbar gemacht wurde, dann ist der Wasserspiegel sehr gering und oft gefährlich.

Es wurde in den letzten zwei Jahren von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller mit seinen Beamten in Zusammenarbeit mit der Kammer für Land- und Forstwirtschaft Abhilfe geschaffen, ein Maßnahmenkatalog mit notwendigen Gesetzen sowie Förderungsrichtlinien erstellt und Beratungen durchgeführt.

Konkret geht es um das Projekt zur Verringerung des Nitratreintrages ins Grundwasser im Leibnitzer Feld.

Zu den Maßnahmen: Gesetze und Beratungen. Gesetze: das Bodenschutzgesetz, die Gülleverordnung, die Schongebietsverordnung.

In der Beratung soll eine verstärkte Einzelberatung erfolgen, Einsatz eines Umweltberaters und ein Projekt über den LFI der Landeskammer.

In diesen Förderungsmaßnahmen – Grünbracheflächen, Energieflächen – soll ein Vertrag mit dem Heizwerk gemacht werden.

Fruchtfolge, winterharte Gründecken, Minimalbodenbearbeitung, Bandspritzen im Maisbau, mechanische Hackung – also hier diese Abhilfe, daß man weiterkommt, daß man hier die Sorgen der Landwirte mit der Bevölkerung teilen kann.

Ein Versuchsprogramm „Leibnitzer Feld 1989“, die Förderungsrichtlinien und Maßnahmen für eine grundwasserschonende Bodenbewirtschaftung in den Wasserschongebieten, Gülleverordnungsgebieten des Bezirkes Leibnitz.

Art der Maßnahmen: pflanzenbauliche Maßnahmen, Pflanzenschutz, Baumaßnahmen, technische Maßnahmen, Beratungsmaßnahmen. Also ein ganzer Katalog, wo man versucht, hier Abhilfe zu schaffen.

In den allgemeinen Bestimmungen sollen Maßnahmen zur Verringerung des Nitratreintrages ins Grundwasser erprobt und in der Praxis vorgestellt werden. Diese Maßnahmen sollen gefördert werden. Diese umfassen die Wasserschongebiete im Bezirk Leibnitz der jeweils letztgültigen Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, eine Schongebietsverordnung für des westliche Leibnitzer Feld. Die Grenze des engeren Schongebietes zum Schutze der Wassergewinnanlage der Leibnitzerfeld Wasserversorgungsgesellschaft mbH. verläuft in der Gemeinde Retznei und in der Marktgemeinde Wagna.

Ich möchte damit aufzeigen daß hier in der letzten Zeit wirklich viel getan wurde.

Auch von seiten der Landwirtschaft werden hier ökologischer Anbau, winterharte Gründüngung, Energiegrasflächen, Ökoflächen, Güllegruben, Raumförderung, Gülleausbringungsgeräte, Bahnspritzenausrüstung, Wintergerste als Gründecke forciert.

Aber wir haben eines gesehen: Wenn wir Grüngras ökologisch anbauen und nach der Saat einmal die Mahd machen, bildet sich hier vor allem wieder Ungeziefer, und wir spüren schon die große Schneckenplage. Das müßte wieder chemisch behandelt werden, und das soll nicht der Sinn und Zweck sein, sondern soll biologisch bearbeitet werden.

Erfreulich ist, daß 1988 im Leibnitzer Feld 71,52 Prozent, also 1329 Hektar, Gründecken angebaut wurden. Das hat sich auf 1440 Hektar im Jahr 1989 erhöht, das sind 77,5 Prozent.

Es ist eine Arbeitsgruppe mit Begleitmaßnahmen für das Schongebiet Leibnitzer Feld geschaffen worden und Förderungsrichtlinien vor allem für das Jahr 1990. Und hier sind in den Beratungspunkten für 1990 die Förderungsrichtlinien für 1991, 1992, 1993 schon festgesetzt worden. Zur Zeit ist eine Gründung einer Projektgruppe „sauberes Grundwasser“ in Erstellung.

In Kurzfassung gesagt: Es wird viel getan, und es gibt ein Pilotprojekt im Leibnitzer Feld, das sich dann weiter südlich, wenn es notwendig ist, auch auf den Bezirk Radkersburg ausdehnen wird.

Eine Presseaussendung vom 10. Juli 1989 besagt die Gründung des Steirischen Institutes für biologischen Landbau – die Frau Präsident Dr. Kalnoky hat es kurz angezogen.

Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, ein herzliches Dankeschön für diese Gründung, denn das Projekt „Begegnung mit den Lebensgrundlagen – der Boden“ wurde 1986 als eine Aktion von Bauern für Bauern mit dem Ziel gegründet, daß Bildungsarbeit vom bäuerlichen Anliegen her gestaltet werden soll. Erarbeitet, verwirklicht und getragen wird diese Aktion von der Familie Peter und Renate Kopeinigg, bekannt für Bodenschutz und Bodenbearbeitung. Wir arbeiten schon fünf Jahre mit der Landeskammer zusammen und versuchen hier, den Boden anders zu bearbeiten – nicht pflügen, sondern mittels eines Grubbers nur ganz leicht durchzufahren und einzueggen. Also daß auch hier eine Wintervergarung leichter möglich ist. Sie sehen, auch finanzielle Kosten sind hier notwendig. Und so wurden in der Vorschau für 1990 für das Leibnitzer Feld 7 Millionen in Aussicht gestellt und 3 Millionen für das Grazer Feld um Kalsdorf. Das sollen für 1990 zehn Millionen zur Bereitstellung sein. Die

vorgeschlagene Bedeckung wird folgend abgedeckt: mit Sonderkulturförderung 3 Millionen, mit Landesumweltmitteln aus der Fachabteilung IIIc mit 3,5 Millionen und der Bund in Umweltmittelgegenüberstellung 3,5 Millionen, so daß diese 10 Millionen möglich sind.

Abschließend kann gesagt werden, daß aus meinen Ausführungen ersichtlich war, wie ernst die Lage für Gesundung von Boden und Wasser ist. Daher ein Danke an Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, der schon viel dazu beigetragen hat, daß eine Verbesserung in diesem Gebiet stattfindet. Wir haben das um Sankt Georgen verspürt, der Nitratgehalt hat etwas nachgelassen. Ich glaube, es ist notwendig, daß man hier weiter fortsetzt ein Bodenschutzgebiet und hier auch unter die 50 Milligramm Nitratgehalt kommt. Es wird in den nächsten Jahren noch viel Arbeit, Aufklärung, finanzieller Hilfe bedürfen, um das gewünschte Ziel zu erreichen, einen gesunden Boden und gutes Wasser zu haben. Ein Dankeschön den Verantwortlichen in der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, die dazu große Aufgaben übernommen haben, aber zuletzt besonders den dort wohnenden Landwirten, die sich zum Großteil bereiterklärt haben, mitzutun. Natürlich muß eine Absicherung des Einkommens für die betroffenen Landwirte gesichert sein. Ich wollte mit meinem Beitrag aufzeigen, daß wir es von seiten der Landwirtschaft ernst nehmen, aber eine Gruppe allein wird es auch nicht schaffen, die Umwelt in Ordnung zu bringen. Nur gemeinsam mit dem Motto „Nicht gegeneinander sondern miteinander!“ (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.53 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll (19.53 Uhr): Frau Landtagspräsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Im heutigen Umweltbericht und in der Debatte ist natürlich die Problematik des Abfalles gebührend behandelt worden, und es kam doch auch in den Wortmeldungen neben einigen kritischen Anmerkungen viel Übereinstimmung zum Vorschein und eine klare Unterstreichung, daß gemeinsam viel gelungen ist. Ich möchte aus Zeitgründen jetzt nicht eine ganze Reihe von Kollegen zitieren, die das eine oder andere etwas stärker betont haben. Mich freut es ganz besonders, daß wir auch im oberen Ennstal nunmehr der dritte Verband sind, der vor wenigen Tagen die Genehmigung der Landesregierung für seinen Müllwirtschaftsplan erhalten hat, und ich darf dir, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller, sagen, daß wir bei der letzten Sitzung auch ein neues Investitionsprogramm für eine Belüftungsanlage für die Klärschlamm-Müll-Verarbeitung, vor allem aber auch eine Trennungsanlage, eine überdachte, beschlossen haben, um dem Gedanken „trennen und vermeiden“ weiter Rechnung zu tragen. Wir haben eine Analyse angestellt und können jetzt feststellen, daß wir schon 60 Prozent des gesamten anfallenden Mülls kompostieren und daher wieder dem Kreislauf zurückgeben können. Schon jetzt kommen nur noch 40 Prozent auf die Restedepone, und die wollen wir mit der Trennungsanlage weiter herunterdrücken.

Mein eigentlicher Grund der Wortmeldung ist aber der Naturschutz in diesem Kapitel. Ich wollte ursprünglich schon zum Umweltbericht, zu den Seiten 217 bis 253, sprechen. Aus Zeitgründen war es damals nicht mehr angebracht, so darf ich heute den Ansätzen des Budgets, dem Bereich Naturschutz, meinen Beitrag widmen. Ich tue dies auch als Vorsitzender des Naturschutzbeirates und damit auch stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen, die im Naturschutz tätig sind und im Beirat wirken.

Sehr verehrte Damen und Herren! Natürlich gab und gibt es auch in der Naturschutzarbeit wie auch sonstwo überhaupt im Umweltbereich viel Erfreuliches und Erfolge, daneben auch wieder einige Rückschläge zu verzeichnen und zu verkräften. So konnte zum Beispiel – ich sage das nicht gerne, es ist die Realität – bisher mit den Bauern im Bereich für den Nationalpark Niedere Tauern keine Übereinstimmung getroffen werden, die ihre Zustimmung gebracht hätte, so daß ich jetzt hoffe – und das vielleicht nicht ohne Grund –, daß es vielleicht dort im Norden leichter verwirklicht werden kann, wo der Bund mit den Bundesforsten selbst der größte Grundbesitzer ist. Ich spreche vom Toten Gebirge bis Dachstein-Nordost, wo es im Grenzraum Oberösterreich-Steiermark hier durchaus hervorragende Ansätze gibt und wo es sowohl in der Steiermark wie in Oberösterreich auch ganz klare politische Aussagen für einen Nationalpark in diesem Bereich gibt. Ich glaube daher, wenn die privaten Grundbesitzer sehen, daß dort, wo die öffentliche Hand Grund und Boden hat, selber mit dem guten Beispiel vorangeht, daß dann auch der Widerstand im privaten Bereich vielleicht leichter überwindbar ist. Dazu ist es aber notwendig, daß wir eine klare steirische Definition neu formulieren, wie wir uns, auf die lokalen Voraussetzungen abgestimmt, einen Nationalpark vorstellen, der nicht in die Skala der internationalen Richtlinien starr eingebunden ist. Das wurde auch immer wieder politisch unseren Bauern versichert, und daran haben sich auch unsere verantwortlichen Regierungsvertreter stets gehalten. Der Naturschutzbeirat hatte in einigen der letzten Sitzungen zu zwei Wasserkraftwerken Stellung zu beziehen, und es waren beileibe keine einfachen Projekte. Der Beirat bewertete, meine Damen und Herren, sowohl den Granitzenbach im Obdacher Raum als auch den Untertalbach in der Gemeinde Rohrmoos-Untertal zugunsten des Naturschutzes vor örtlich regionalen wirtschaftlichen Erschließungswünschen. Auch das soll einmal gesagt werden, weil es oft den Anschein hat, daß nichts geht in der Naturschutzarbeit. Es ist hier wieder sehr viel gegangen, und es war gar nicht so einfach, diese Abwägung wieder vorzunehmen, in dem Falle ist es wieder gelungen, daß der Beirat sich einvernehmlich und übereinstimmend für die Natur ausgesprochen hat.

Ganz besonders eindringlich setzte sich der Beirat mit einer Resolution an den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth und an den Finanzlandesrat Dr. Christoph Klauer ein, um eine gesicherte Budgetierung des Naturschutzes sicherzustellen. Ich darf auch hier für alle Unterzeichner sagen, das ist uns das wichtigste Anliegen überhaupt, nicht nur für das Jahr 1990, sondern auch mittel- und langfristig, damit die

Kontinuität in der Naturschutzarbeit sichergestellt wird. Es freut mich sehr, daß durch das engagierte Eintreten von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth die Budgetansätze für 1990 wesentlich erhöht werden konnten. Konkret wurden die Ansätze vom Entwurf von zwei auf fünf Millionen, also um drei, angehoben, was der Berg- und Naturwacht mit 0,6 Millionen, den allgemeinen Förderungen der Gemeinden und Vereine, wie zum Beispiel dem Naturschutzbund, von gesamt 1,4 Millionen Schilling mehr und der Dotierung des Landschaftspflegefonds mit einer Million, also in Summe von drei Millionen, sich niederschlägt. Und darauf hat sich die Regierung dann insgesamt einigen können. Der entscheidende Durchbruch für die Naturschutzarbeit wird aber darüber hinaus in der 20prozentigen Zweckbindung an der Umweltabgabe, die die Regierungsparteien paktiert und vereinbart haben und die es umzusetzen gilt in diesem Jahr, das ist das eigentliche Fundament für die Naturschutzarbeit, und dafür möchte ich ganz besonders danken, erstens weil ich glaube, daß der Ansatz richtig ist, daß man den Umweltfonds auf diese Weise dotiert, weil über Energiebeiträge gibt man auch etwas der Umwelt und der Natur zurück, von wo man die Energie gewonnen hat, und zweitens, sie ist ja auch etwas belastet worden.

Ich glaube, daß daher der Ansatz richtig ist und daß vor allem aber auch die Summen in einer Größe gewährleistet sind, daß sowohl für den gesamten Bereich des Umweltschutzes als aber auch für den speziellen Bereich des Naturschutzes mit der 20-Prozent-Bindung oder in Summe von 20 Millionen Schilling das Auslangen gefunden wird, und damit würde, Herr Landeshauptmann, die Steiermark einen guten Platz im vorderen Feld unter den Bundesländern einnehmen, und ich glaube, daß das in dieser bewährten Kooperation Jungwirth-Schaller, Umwelt- und Naturschutz, im Referat und im Koreferat ein ganz, ganz großer Schritt in die richtige Richtung ist. Dazu wird es dann möglich sein – und um das bitte ich sehr, und nicht nur im eigenen Namen, sondern auch für den Beirat –, daß auch der personelle Bereich für die Innenarbeit sowie für den Außendienst mit qualifizierten Mitarbeitern aufgestockt wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich kurz halten und möchte zum Schluß sagen: Neben Geld und Personal braucht der Naturschutz aber weiterhin, und zwar verstärkt, viel Überzeugungskraft, viel Liebe für die Heimat und die Mitarbeit von uns allen. Ein Glückauf dem steirischen Naturschutz! (Beifall bei der ÖVP. – 20.00 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (20.00 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Abschließend zu einigen wichtigen Themen und in Beantwortung der Fragen einige Anmerkungen:

Ich möchte mich vor allem im allgemeinen Teil mit der heute auch meistdiskutierten Frage der Abfallwirtschaft beschäftigen. Sie ist sicherlich auch das brisanteste Thema, das wir in der Steiermark in der Umweltpolitik zu bewältigen haben. Ich glaube, daß die Ziele

der steirischen Abfallpolitik einerseits im Müllwirtschaftsgesetz 1987 und andererseits in dem im heurigen Jahr verabschiedeten, gemeinsam erkämpften Müllwirtschaftskonzept niedergeschrieben sind. Das deckt sich mit dem, was heute schon gesagt worden ist. Es gibt hier ganz klare Prioritäten, über die – glaube ich – über alle Parteien hinweg völliges Einverständnis herrscht. An der obersten Spitze der Prioritäten ist die Müllvermeidung, gefolgt von der Trennung, Verwertung und Entsorgung.

Nun, ich glaube, auch das ist heute schon erwähnt worden, daß wir uns mit diesem Müllwirtschaftskonzept sehr viel vorgenommen haben, und zwar auch in Richtung Müllvermeidung. Die dort festgeschriebenen Ziele, bis zum Jahr 2000 44 Prozent, also fast die Hälfte, des Mülls durch Einsparungen und Verwertungen zu vermeiden, sind sicher sehr anspruchsvolle Zielvorstellungen, aber – ich glaube – auch erreichbar.

Ich möchte es mir ersparen, im Detail darauf einzugehen, möchte aber gleichzeitig auf die Frage des Herrn Abgeordneten Schrittwieser zurückkommen, der mit Recht angeschnitten hat, daß wir in der Frage der Vermeidung trotzdem auf den Bund angewiesen sind. Ich selbst bin als Vertreter der Umweltreferenten Österreichs bei den Parteienverhandlungen zum Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes miteingebunden. Es haben heute weitere Verhandlungen stattgefunden, und ich hoffe, daß sie gut verlaufen sind. Das Kernstück des Abfallwirtschaftsgesetzes ist die Müllvermeidung. Ich weiß schon, daß auch die vorgesehenen Lösungen nicht ungeteilte Zustimmung finden. Dem einen gehen sie zu weit – der Wirtschaft gehen sie zu weit –, dem anderen gehen sie zu wenig weit. Die Grundlage ist einerseits die im Gesetz festgeschriebene Zielvorstellung, und zwar beginnend von der Produktion bis hin zur Verordnung, die gleichzeitig mit dem Gesetz erlassen werden soll, daß künftighin auf Kunststoffgebinde – das ist einmal ein erster Schritt – generell eine Abgabe von 4 Schilling eingehoben werden soll und nur solche Kunststoffgebinde in den Verkehr gebracht werden dürfen, die entweder wiederverwertbar sind oder anderweitig entsorgt werden können.

Zum Zweiten sind Richtlinienverordnungen vorgesehen. Hier ist ein marktwirtschaftliches Modell angestrebt worden; du stehst dem eher kritisch gegenüber. Ich bin diesem marktwirtschaftlichen Modell gegenüber durchaus positiv eingestellt, das vorsieht, daß sogenannte Richtlinienverordnungen fixiert werden, wo beispielsweise die Wirtschaft bis zum 30. Juni 1991 – also ein gutes Jahr hat sie Zeit – bei den Getränkeverpackungen, und zwar bei Bier, Mineralwasser und Soda, einen Anteil der Mehrwegflaschen von 95 Prozent erreichen muß. Das ist eine sehr hohe Latte, und wenn sie das Ziel nicht erreicht, dann wird die Verordnung vom Umweltminister erlassen, die dann mehr oder minder vom Gesetz her diese Dinge regelt. Vorerst einmal der marktwirtschaftliche Ansatz, und dann, wenn diese Lösungen nicht funktionieren, käme die Verordnung. Ähnliches bei Frucht- und Kohlensäuregetränken.

Der zweite Gesichtspunkt ist die Trennung. Wir haben schon öfter in diesem Haus davon gesprochen: Es sollten die verschiedensten Komponenten möglichst beim Ort des Entstehens bereits getrennt werden, das

heißt, organische Bestandteile gehören nicht in die Mülltonne, sondern die sollen bereits beim Verursacher im Garten kompostiert werden – oder wo es nicht möglich ist, im Rahmen von Gemeindekompostplätzen, das ist kein Problem. Hier hat das Müllwirtschaftskonzept den Gemeinden klare Verpflichtungen vorgegeben. In den dichteren Siedlungsgebieten, wo Kompostplätze nicht möglich sind, haben wir uns im Rahmen des Müllwirtschaftskonzeptes zu sogenannten getrennten Sammelsystemen sehr klar entschieden. Die müssen kommen, weil wir in Zukunft organische Bestandteile nicht in den Müll bringen dürfen, sonst haben wir genau das Problem, über das schon gesprochen worden ist.

Ich glaube, ein Beispiel ist heute schon genannt worden: Es gibt außerordentlich positive Ansätze, daß eine Müllvermeidung von 44 Prozent durchaus erreichbar ist. Es war nicht nur der Bürgermeister von Wildon, der sehr engagiert dafür gearbeitet hat, es ist auch der Bürgermeister von Kindberg, der diesen flächendeckenden Versuch über die ganze Gemeinde durchführt. Es war der Bürgermeister von Mureck, es ist der Bürgermeister von Mitterdorf im Mürztal, der sich inzwischen entschieden hat, hier auch ein völlig getrenntes Sammelsystem, die sogenannte Biotonne, einzuführen. Es sind die Städte Zeltweg, Knittelfeld, es sind Trieben und Bärnbach – (Abg. Kammländer: „Bruck an der Mur!“) Bruck an der Mur. Das sind schon heute Gemeinden, die darangehen, dieses flächendeckende Trennsystem mit der Biotonne einzuführen. Für mich ist das ein sehr ermutigendes Beispiel, weil ich aus den zahlreich geführten Gesprächen den Eindruck gewonnen habe, daß die guten Beispiele wirklich auch mitgetragen und auch nachvollzogen werden können und unsere Bürgermeister diesen Dingen eigentlich sehr positiv gegenüberstehen. Daher ist es, glaube ich, keine Illusion zu meinen, daß wir in wenigen Jahren in der gesamten Steiermark flächendeckend die Biotonne dort einführen müssen, wo wir etwa die Eigenkompostierung nicht durchsetzen können.

Ich bin sehr dankbar, daß die ARGE Müllvermeidung – die Frau Dipl.-Ing. Grage sitzt ja hier, die sich in vielen Jahren sehr engagiert eingesetzt hat – erstmals auch im Budget mit einer Post verankert ist und sie uns bei diesem Vorhaben sehr unterstützen wird, genauso wie die Umweltpartnerschaft, die wir im vergangenen Jahr eingerichtet haben, und ich bin also durchaus zuversichtlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Der nächste Schritt ist natürlich, daß wir die organischen Abfälle in den biologischen Kreislauf zurückführen, die Wertstoffe in den Wirtschaftskreislauf zurückführen. Auch hier – ich möchte das Thema nicht mehr weiter behandeln – haben wir durchaus große Erfolge erreicht. Wir werden dieses System noch vertiefen und verstärken. Erst dann, bitte, wird die thermische Verwertung kommen müssen. Ich glaube, Sie haben schon verstanden, worum es uns geht: Es geht um klare Prioritäten. Wir müssen alles machen, um Müll zu vermeiden, um jene Bestandteile wieder in den Kreislauf zurückzuführen, die wiederverwertet werden können – als Kompost einerseits oder als Wertstoffe andererseits –, was dann trotzdem verbleibt, wird der thermischen Verwertung zuzuführen sein.

Ich komme dann sehr schnell auf Ihre Frage, Herr Kollege Rader, zurück.

Nun, vielleicht noch ein ganz kurzes Wort – auch das hat der Kollege Schrittwieser schon angeschnitten –: Natürlich ist es so, daß Regionalität uns in diesen Fragen sicherlich hilft, aber es ist auch so – und das sage ich ganz unumwunden und ohne irgendetwas zu beschönigen –, daß die Anlaufschwierigkeiten in der Frage der regionalen Müllwirtschaftspläne sehr groß waren und wir jetzt zum gegenwärtigen Zeitpunkt, nachdem auch innerhalb der Regierung eine Änderung der Geschäftseinteilung erforderlich war und ich erst seit etwa vier Wochen auch für die Müllwirtschaftspläne, also für die rechtliche Seite der Müllpolitik, zuständig bin, drei regionale Müllwirtschaftspläne genehmigt haben. Sechs weitere sind inzwischen beschlossen worden und sind im Genehmigungsverfahren. Drei weitere Regionen stehen vor der Beschlußfassung, und zwar die Regionen Leibnitz, nächste Woche am 11. Dezember, Bruck und Feldbach am 14. Dezember. Offen sind fünf Regionen. Ich möchte Ihnen auch ganz kurz sagen, wo die Probleme liegen. Sie liegen sicherlich daran, daß einerseits natürlich auch eine entsprechende Anlaufzeit da war und es Regionen gegeben hat – ich sage das ganz offen –, die sich nicht sehr viel angetan haben, weil sie der Meinung waren, sie werden auch in Zukunft ihr Müllproblem in Halbenrain lösen. Ich habe diesen Herren, diesen Verbänden und ihren Vorständen sehr klar machen müssen, daß Halbenrain, ob es zu einer vertraglichen Lösung kommt oder nicht, nachdem wir eine Erweiterung sicher nicht genehmigen, in drei bis vier Jahren zu ist. Daher müssen sie sich sehr wohl Gedanken machen, wie sie mit dem Müll in der eigenen Region fertig werden. Aber ein weiteres Problem, und das hat sicher dazu beigetragen, daß einzelne Regionen sich jetzt wirklich auch dahintergeklemmt haben und versuchen, mit dem Problem fertig zu werden, ist sicher auch, daß es natürlich ungeheuer schwierig ist, Standorte zu finden und einzuengen und zweitens vor allem auch die Standorte durchzusetzen. Ich möchte Ihnen hier nicht verheimlichen, daß wir nicht zuletzt deshalb bei den Plänen ein bißchen hängen, weil wir die Untersuchungen nicht durchführen können. Es gilt, im Abfallwirtschaftsgesetz – im Müllwirtschaftsgesetz 1987 ist es verabsäumt worden – Bestimmungen aufzunehmen, die das Betreten solcher Grundstücke von Rechts wegen ermöglicht hätten. Jetzt müssen wir in einem sehr umständlichen Verfahren uns erst das Zutrittsrecht zu den Untersuchungsstandorten sozusagen über das Wasserrecht mühsam erkämpfen. Das hat sicher dazu beigetragen, daß wir hier in diesen Fragen einige Verzögerungen erfahren haben. Aber insgesamt und abschließend zu diesem Thema möchte ich folgendes sagen: Ich habe persönlich schon den Eindruck, daß ungeheuer viel gearbeitet wird, die Probleme in den Regionen sehr ernst genommen werden und wir, natürlich mit entsprechenden Verzögerungen, trotzdem weiterkommen.

Ganz kurz noch zu den künftigen Vorhaben: Es ist völlig richtig, Herr Abgeordneter Schrittwieser, du hast es erwähnt, daß wir das steirische Müllwirtschaftsgesetz novellieren müssen, und zwar deswegen, weil einerseits die Kompetenzlage sich auf Bundesebene

geändert hat und wir jetzt praktisch für den gesamten Abfall mit Ausnahme der Sonderabfälle zuständig sind, worüber ich sehr froh bin – das sage ich ganz ehrlich –, weil wir erstens erst dadurch die Dinge regulieren und regeln können, und zweitens, weil wir einfach die Erfahrungen dieser zwei Jahre berücksichtigen müssen und in dieses Gesetz einbringen müssen. Der erste Vorentwurf ist fertig, und ich hoffe, daß wir vielleicht schon im Jänner in das Anhörungsverfahren gehen können. Ich lade jetzt schon alle Fraktionen ein, dann auch mitzureden und mitzuverhandeln. Das Entwicklungsprogramm für Abfallwirtschaft wird ebenfalls demnächst fertiggestellt. Es ist sozusagen der noch fehlende Rechtsteil zum Müllwirtschaftskonzept. Das heißt, jener Verordnungsteil, der die Umsetzung erst möglich macht. Wir haben bewußt zugewartet, weil wir auch die Novelle beziehungsweise das neue Abfallwirtschaftsgesetz abwarten wollten, um dann nicht wieder ändern zu müssen. Auch hier hoffe ich, daß wir im Laufe des Winters zu einem Ende kommen. Drittens, es ist völlig richtig und mehrmals urgirt worden, müssen wir uns auch forciert mit der Frage der Klärschlamm Entsorgung beschäftigen. Und damit komme ich schon zu den einzelnen Fragen, die ich versuche, ganz kurz zu beantworten.

Kollege Mag. Rader, was ist thermische Müllverwertung betrifft, darf ich Ihnen berichten, daß die Landesregierung in der letzten Sitzung den Beschluß gefaßt hat als Eigentümer, die Satzungen der STEWEAG zu ändern und die Abfallwirtschaft auch einzubeziehen in den Unternehmenszweck. Wir verhandeln bereits mit der STEWEAG in Richtung Gründung einer Gesellschaft, an der die STEWEAG beteiligt sein wird, aber in der ersten Phase sicherlich das Land und die Regionen mehrheitlich in der Planungsphase. Wir werden daher selbstverständlich jetzt, nachdem die Regionen sich auf Grund des Müllwirtschaftskonzeptes entschieden haben, auch an die Frage der thermischen Müllverwertung herangehen. Das von Ihnen angeschnittene Problem „Mülltransport allgemein“, da gebe ich Ihnen völlig recht. Wir müssen dazu kommen, daß wir unsere Probleme im eigenen Land lösen, weil alles andere ein Müllkolonialismus ist. Ich glaube, das ist auch ein Problem, das wir in Österreich kurzfristig sicher nicht lösen können, weil wir im Bereich der Sonderabfälle nicht entsprechende oder genügend Einrichtungen haben. Aber generell muß das ein Prinzip sein. Das von Ihnen angeschnittene Problem ist ja nicht neu. Die Mülltransporte nach Ungarn sind ja schon vor zwei Jahren in der Presse abgehandelt worden. Sie haben ja gebeten, daß Sie eine genaue Information bekommen. Ich bitte um Verständnis, daß ich in der Kürze sie heute nicht mehr erarbeiten konnte, Sie bekommen sie von mir.

Was die Frage des Kollegen Schrittwieser zur Klärschlammproblematik betrifft: Ich bin sehr dankbar für die Mitarbeit, selbstverständlich. Wir werden sie in Zusammenhang auch mit der thermischen Entsorgung zu sehen haben, weil wir sicherlich auch den an sich problemlosen Klärschlamm in der Landwirtschaft nicht mehr unterbringen, weil hier ein tiefes Mißbehagen da ist. Trotz Bodenschutzgesetz und trotz extrem strengen Untersuchungen werden wir über 15, 20 Prozent nicht hinauskommen. Ich bin auch der Meinung, wenn man das Problem thermisch löst, dann muß es so gelöst sein, daß die Umwelt damit nicht beeinträchtigt wird.